

# DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 10 Oktober 2011 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



## *Gewerkschaften sind Mehrwert in der Demokratie*

### **In dieser Ausgabe:**

GdP-Fachtagung Sicherungsverwahrung:  
„Wegschließen für immer“ geht nicht

Sozialpolitik:  
Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung

Piraterie:  
Die Polizei soll's richten – vielleicht sogar  
bei den Piraten

Eigensicherung:  
Der polizeiliche Umgang mit  
psychisch Gestörten

Seniorenjournal

# Sicherheit beim Einkauf.

Zehntausende Menschen kommen täglich in unsere bundesweit gelegenen Shopping-Center, um dort einzukaufen. Sie sollen ihren Aufenthalt genießen und sich wohl und sicher fühlen.

Da ist es beruhigend zu wissen, das in jeder Stadt auf hilfsbereite Polizistinnen und Polizisten Verlass ist, die uns im Falle eines Falles mit Rat und Tat zur Seite stehen.



Weisse Ross  
Braunschweig



Schloss Arkaden  
Heidenheim



Klosterhof  
Heilbronn



City-Rondell  
Schwenningen



Shopping Arkaden  
Bocholt



Shopping Plaza  
Garbsen

## Für ihre Unterstützung danken wir der Polizei

ITG · Immobilien Treuhand GmbH & Co. · Immermannstraße 12 · 40210 Düsseldorf  
Telefon: 02 11/93 54-0 · Telefax: 02 11/93 54-119 · E-mail: info@itgcom.de

## Gewerkschaften sind Mehrwert in der Demokratie



Welche Rolle spielen Gewerkschaften in einem demokratischen Rechtsstaat? Wie unbequem dürfen oder müssen sie sein?

Seite 6

Foto: Frank Leonhardt/dpa

## „Wegschließen für immer geht nicht“



Gehören gefährliche Gewaltverbrecher für immer hinter Schloss und Riegel? Bedeuten unberechenbare Sexualstraftäter nach Verbüßung ihrer Haft ein zu hohes Risiko für die Gesellschaft?

Seite 8

Foto: Michael Zielasko

## Unruhe um neue Dienstpistolen



Unruhe herrschte Anfang August in der schleswig-holsteinischen Landespolizei im Zusammenhang mit der neuen Dienstpistole Walther P 99 Q.

Seite 14

Foto: Thomas Gründemann

<b>KURZ BERICHTET</b>	<b>2</b>
<b>KOMMENTAR</b> Gewalt schwächt	<b>4</b>
<b>FORUM</b>	<b>4/5</b>
<b>TITEL/GEWERKSCHAFTSPOLITIK</b> Gewerkschaften sind Mehrwert in der Demokratie	<b>6</b>
<b>GdP-FACHTAGUNG SICHERUNGSVERWAHRUNG</b> „Wegschließen für immer“ geht nicht	<b>8</b>
<b>SOZIALPOLITIK</b> Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung	<b>11</b>
<b>PISTOLEN UND HOLSTER</b> Unruhe um neue Dienstpistolen	<b>14</b>
<b>BUNDESKRIMINALAMT</b> Bundeslagebild Wirtschaftskriminalität 2010 vorgestellt	<b>15</b>
<b>PIRATERIE</b> Die Polizei soll's richten – vielleicht sogar bei den Piraten	<b>17</b>
<b>RECHT</b> Urteile	<b>21</b>
<b>BERUFSZUFRIEDENHEIT</b> Vorstellung und Realität – der Beruf des Polizisten	<b>22</b>
<b>EIGENSICHERUNG</b> Der polizeiliche Umgang mit psychisch Gestörten	<b>28</b>
<b>ERZIEHUNG</b> Die Superhelden kommen	<b>32</b>
<b>VEREINBARKEIT</b> Familienbewusste Sicherheit gestalten	<b>34</b>
<b>SENIORENJOURNAL</b>	<b>38</b>
<b>BÜCHER/IMPRESSUM</b>	<b>40</b>

**NEONAZI-AUFMARSCH IN DORTMUND:****Angriffe auf die Polizei nutzen den Rechtsextremisten**

Mehr als 10.000 Dortmunder Bürgerinnen und Bürger haben Anfang September gegen den jährlich wiederkehrenden Aufmarsch von Neonazis in der Ruhrgebietsstadt protestiert. Während der Großteil der über das gesamte Stadtgebiet verteilten Protestaktionen friedlich verlief, nutzten 1.500 gewaltbereite Linksautonome den Neonazi-Aufmarsch

zu massiven Angriffen auf die Polizei. 42 Polizisten wurden verletzt, drei von ihnen schwer.

GdP-Landesbezirksvorsitzender Frank Richter hat die Übergriffe scharf kritisiert: „Wer sein Mütchen dadurch kühlen will, dass er Polizisten mit Steinen, Sprengkörpern und Pfefferspray angreift, arbeitet nur den Rechtsextremisten in die Hände“. Um die bereits im Vorfeld absehbare Konfrontation zu verhindern, hatte der GdP-Landesvorsitzender Frank Richter zudem Ende August die Unterstützer der Initiative „Dortmund nazifrei!“ in einem offenen Brief zu einem Verzicht auf die von ihr geplanten Sitzblockaden aufgerufen. Frank Richter weist dort ausdrücklich darauf hin, dass sowohl die GdP als auch die in Dortmund eingesetzten

Kolleginnen und Kollegen „mit aller Entschiedenheit jede Art von faschistischem Gedankengut ablehnen“. Trotzdem habe die Polizei nicht das Recht, darüber zu entscheiden, wer in Deutschland für seine politische Meinung auf die Straße gehen darf: „Wenn eine Versammlung oder Demonstration aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht verboten werden kann, muss die Polizei diese schützen – ob sie will oder nicht!“ Zugleich forderte Richter ein konsequenteres Vorgehen der Politik gegenüber den Neonazis. Dazu heißt es in dem offenen Brief: „Die GdP hat bereits 1994 auf ihrem Bundeskongress in Dresden gefordert, neonazistischen Bestrebungen die verfassungsrechtlichen Grundlagen zu entziehen. Unsere Initiative stieß auf viel Sympathie und Beifall, aber die Politik hatte nicht den Mut, diesen gemeinsamen Weg mit uns zu gehen.“

Mehr Infos: DP Landesjournal NRW

*Stephan Hegger*



**Angriff von Linksautonomen auf die Polizei**

*Foto: Stephan Hegger*

**GDP-FORDERUNG:****Neuaufgabe des NPD-Verbotsverfahrens**

Anlässlich der massiven, gewalttätigen Gegendemonstrationen während des Neonazi-Aufmarsches in Dortmund erklärte der GdP-Bundvorsitzende Bernhard Witthaut: „Neonazistischen Bestrebungen jeglicher Couleur muss konsequent das Wasser abgegraben werden – gesetzgeberisch wie in der politischen Auseinandersetzung. Gewaltige Übergriffe auf genehmigte Demonstrationen, Kundgebungen oder Parteitage rechtsextremer Gruppierungen erreichen jedoch nur das Gegenteil.“

Solche unter dem fadenscheinigen Deckmäntelchen wehrhafter Demokratie angezettelte Krawalle zwingen lediglich die Polizei dazu, den Rechten den Weg zu bahnen. Die Demokratie und die Polizei sind dabei die klaren Verlierer“. Das Demonstrationsrecht sei auch ein Minderheitenschutz: „Wenn Mehrheiten die Meinungsäußerung von Minderheiten verhindern dürften, wäre das Demonstrationsrecht ausgehöhlt. Wenn aber Minderheiten demokratische Grundrechte dafür

in Anspruch nehmen, nationalsozialistisches Gedankengut wiederzubeleben, muss dem ein gesetzgeberischer Riegel vorgeschoben werden.“ Witthaut forderte alle demokratischen Kräfte in Deutschland auf, das Grundgesetz dahingehend zu ergänzen, dass nicht nur wie bisher gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtete Handlungen (Art. 26 Abs.1 GG), sondern auch Bestrebungen zur Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankengutes für verfassungsfeindlich erklärt werden.

Angesichts des erneuten Parlamentseinzuges der NPD in Mecklenburg-Vorpommern aufkommende Forderungen eines Verbotes der Partei, unterstütze die GdP. Doch sei dies, so Witthaut, nur die halbe Miete: „Wenn ganze Landstriche von den Volksparteien und staatlichen Institutionen im Stich gelassen werden, ist es kein Wunder, wenn politische Rattenfänger von rechts dort das Ruder übernehmen.“

*red.*

**60 JAHRE BKA:****Eckpfeiler der deutschen Sicherheitsarchitektur**

„Das Bundeskriminalamt ist weltweit eine der modernsten und leistungsfähigsten Polizeibehörden sowie ein im Ausland anerkanntes Aushängeschild der deutschen Polizei. Angesichts andauernder Bedrohungen durch fundamentalistischen Terrorismus und organisierte Kriminalität sowie neuerer Herausforderungen durch den sogenannten Cyberwar ist ein reibungslos funktionierendes Bundeskriminalamt von hoher sicherheitspolitischer Bedeutung“, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, anlässlich des Festaktes zum 60-jährigen Bestehen des Bundeskriminalamtes am 18. August in Wiesbaden. Das BKA sei ein wichtiger Eckpfeiler der deutschen



Sicherheitsarchitektur und benötige daher nachhaltigen politischen Rückhalt.

GdP-Vorsitzender Witthaut sowie der Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundeskriminalamt, Jürgen Vorbeck, lobten indes die Tatkraft Bundesinnenministers Dr. Hans-Peter Friedrich, der den umstrittenen Plan seines Amtsvorgängers, BKA und Bundespolizei zu fusionieren, verwarf. Damit, so die Gewerkschafter, habe der Bundesinnenminister ein gutes Gespür einerseits für die Stichhaltigkeit besserer Argumente und andererseits für die Ängste und Sorgen der Beschäftigten bei BKA und Bundespolizei bewiesen.“

*red.*

## ELEKTRONISCHE FUSSFESSEL:

### Riskante Beruhigungspille

Als „riskante Beruhigungspille“ bezeichnete der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende, Frank Richter, die kommende Überwachung von aus der Haft entlassenen Gewalt- und Sexualtätern durch eine sogenannte elektronische Fußfessel. Anlässlich der heutigen Unterzeichnung eines Länder-Staatsvertrages zum Aufbau einer in Hessen angesiedelten gemeinsamen Überwachungszentrale für rückfallgefährdete Straftäter mahnte Richter: „Die Länder gehen ein hohes Wagnis ein. Eine Fußfessel hält Sexualstraftäter nicht davon ab, ein Kind zu missbrauchen. Die Technik ist nicht in der Lage, vor einem strafbaren Übergriff auf ein Opfer zu warnen. Und selbst wenn sie es könnte, wären die Reaktionszeiten für ein Eingreifen der Polizei viel zu kurz.“ Fußfesseln, so Richter, könnten allenfalls helfen, den Täter im Nachhinein zu überführen, aber sie böten dem Opfer keinerlei Schutz.

„Anders als von den Justizministern vorgegaukelt, sind elektronische Fußfesseln deshalb kein Ersatz für eine Unterbringung rückfallgefährdeter Sexualstraftäter in geschlossenen Therapieeinrichtungen“, betonte Richter. „Hier gibt es in den meisten Bundesländern noch immer massiven Nachholbedarf“.

*red.*

## EUGH-URTEIL ÜBER ALTERSDISKRIMINIERUNG:

### Witthaut: Urteil über Zwangsruhestand bei Lufthansa nicht fehl deuten

Die Gewerkschaft der Polizei mahnt die Arbeitgeber des Bundes und der Länder, das heutige Urteil des Europäischen Gerichtshofs über den unverhältnismäßigen Zwangsruhestand 60-jähriger Piloten der Deutschen Lufthansa AG nicht fehl zu deuten. Bernhard Witthaut, GdP-Bundesvorsitzender: „Wenn die Regierungen dieses Urteil als Signal begreifen sollten, die Lebensarbeitszeit ihrer Polizeibeamtinnen und -beamten weiter zu verlängern, dann ignorieren sie bewusst, dass der Polizeiberuf besondere Härten und Erschwernisse vorhält, die mit anderen Berufsgruppen nicht vergleichbar sind.“

Ein Jahrzehnte langer Wechselschichtdienst, massiver Überstundenaufbau, zunehmende Gewaltübergriffe oder die fortschreitende Unmöglichkeit planbarer Wochenenden sind nur Beispiele für die besonderen Belastungen, denen Polizeibeamte ausgesetzt sind.“

Die europäischen Richter, so der GdP-Vorsitzende, hätten lediglich über eine unzulässige tarifvertragliche Altersdiskriminierung der Mitarbeiter eines Transportunternehmens geurteilt, aber sicher nicht im Sinn gehabt, die Tür für eine Altersschikane anderer Berufsgruppen aufzustoßen.

*red.*

## 60 JAHRE BUNDESPOLIZEI:

### Jubiläumsfeier in Berlin

Am 20. August 2011 feierte die Bundespolizei ihr 60-jähriges Bestehen in Berlin zwischen Siegestsäule und Brandenburger Tor. Mit dabei war auch der GdP-Bezirk Bundespolizei. Die Mannschaft der Personalvertretung erhielt vom Veranstalter den „Kreativpreis“ für ihren 60 km Lauf (mit 10 Läuferinnen und Läufern je 6 km). Mit ihrer Aktion warb die Mannschaft für die

Verbundenheit der Personalräte mit den Dienststellen und machte gleichzeitig auf Unzufriedenheit der Beschäftigten aufmerksam. Das Motto „WIR lassen EUCH nicht hängen“ trugen Martin Schliff und Jörg Radek durch das Brandenburger Tor.

Zu den Feierlichkeiten auf der „Fanmeile“ fanden sich ca. 200.000 Besucher ein.

*GdP Bundespolizei*



Mit den Trikots warben die Teilnehmer für eine Aktion vom „Weißen Ring“.

Foto: GdP Bundespolizei



## Gewalt schwächt

Kaum ein Tag vergeht, an dem wir nicht eine Lektion in puncto Gewalt präsentiert bekommen. Terroranschläge, Rebellenkämpfe und Bürgerkriege, Hungernde und Brandschatzende, Piratenüberfälle und Jugendgewalt sind allgegenwärtig. Großbritannien war jüngst das dramatische Beispiel für eine Eskalation des Mobs. Norwegen steckt uns allen noch in den Knochen.

Aber wir müssen uns gar nicht so weit weg bewegen; wir haben die rohe Gewalt hautnah vor der Haustür – seien es die sogenannten U-Bahnangriffe in Berlin, die tagtägliche Jugendgewalt in Schulen und auf der Straße oder eben die brutalen Angriffe auf unsere Kolleginnen und Kollegen.

Immer öfter schlägt ihnen der nackte Hass entgegen. Im Internet wird unbehelligt auf einer linksextremen Seite sogar „Tod den deutschen Polizisten“ gefordert.


Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ich plädiere weder für Verständnis noch einen Kuschelkurs mit den Tätern – aus meiner Sicht müssen sie sofort mit der ganzen Härte des Gesetzes zur Verantwortung gezogen werden – auch als konsequenter Ausdruck der gesellschaftlichen Empörung. Wer sich allerdings neben der Verurteilung der Täter und dem Beklagen der Zustände die Mühe macht, nach den Ursachen für das enorme Gewaltpotential in der Gesellschaft zu suchen, kommt an einer vernachlässigten jungen Generation, aber auch an einer vom Arbeitsmarkt abgeschriebenen oder unintegrierten Schicht der Bevölkerung, nicht vorbei. Wie schnell sich diese Unerhörten, die Ausgeschlossenen und Abservierten – all jene, die glauben, sie haben nichts mehr zu verlieren, zu einer unberechenbaren rabiaten Masse entwickeln

können, haben uns die jüngsten Bilder aus London gezeigt. Wenn man diesen Frust und das Misstrauen gegenüber dem Staat und die Wut auf die „Verhältnisse“ verstehen will, dann greifen nur Empörung und Verurteilung eben zu kurz.

Ich sehe deshalb eine wesentliche Aufgabe der GdP darin, uns im Verbund mit den DGB-Gewerkschaften stark zu machen, damit sich weder abservierte Schichten noch verlorene Generationen in unserem Land etablieren können.

Unsere Kolleginnen und Kollegen erleben geballten Frust längst am eigenen Leibe. Sei es bei den traditionellen 1. Mai-Randalen, im Hamburger Schanzenviertel, bei Fußballspielen oder im alltäglichen Dienst.

Die Studie von Prof. Pfeiffer zur Gewalt gegenüber Polizisten belegt eindeutig: Die Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten haben zugenommen. Und zwar gehörig – an Anzahl, an Intensität, aber auch an Brutalität. Diese Studie wird eine wesentliche Grundlage für unsere Forderungen gegenüber der Politik sein. Wir werden daraus Handlungsempfehlungen zuerst für unsere Kolleginnen und Kollegen entwickeln, wir werden aber genauso darauf drängen, die sozialen Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft so gut wie möglich auszubalancieren. Wir müssen mit daran arbeiten, dass niemand sich mit Fug und Recht als Verlierer wännen kann. Dann werden weder rechts- noch linksextreme, oder islamistische und sektiererische „Rattenfänger“ Erfolg haben können. Unerlässlich ist es aus unserer Sicht, die Regierung immer wieder deutlich zu mahnen, dass sie dicht an den Bedürfnissen und Ängsten der Bevölkerung sein muss und unmittelbar ein sofortiges Austarieren von Schiefen in der Gesellschaft zu ermöglichen hat.



Bernhard Witthaut  
GdP-Bundsvorsitzender

### Zu: Einfach mal abschalten, DP 8/11

Ich danke dem Kollegen K. für seinen Artikel. Da ich selber in derselben Örtlichkeit arbeite, kann ich die von ihm genannten Beispiele nur bestätigen. Und er hat noch längst nicht alle Sünden aus dem Polizeibereich genannt, z. B. den Papier- und Spritverbrauch. Seiner Aussage, dass Umweltschutz/Energiesparen Aufgabe der Führung sind, stimme grundsätzlich zu, sehe aber genau hier das größte Problem.

Nach meiner Erfahrung ist gerade die Führungsebene auf diesem Gebiet völlig unwissend (wird wohl nicht in Hilstrup gelehrt/angesprochen), was zur einer Verdrängung und Ignorierung der Problematik führt. Einige gehen auch mit denkbar schlechtem Beispiel voran. Und wenn ein Mittlerer oder auch ein Gehobener etwas vorschlägt, dann wird das oft belächelt.

Hauptgrund aus meiner Sicht ist, dass schlichtweg kein Bedarf gesehen wird. Energie- und Wasserkosten werden nämlich i. d. R. zentral verwaltet und bezahlt – sprich nicht das Budget der Dienststelle wird nicht belastet.

Marcus Dorfner, per E-Mail

### Zu: Stellenabbau bei der Polizei

Es verschlägt einem die Sprache wenn man jetzt Politiker hört, die mehr Polizei fordern, nachdem sie jahrelang mit der Polizei Schindluder getrieben haben. Nach Frau Nahles hat sich nun Frau Künast von den Grünen in Berlin zu Wort gemeldet. Sie fordert mehr Polizei, sicher unwissend wie lange es dauert, bis ein „Schutzmann“ ausgebildet ist.

Ich sehe noch heute an den Straßenschildern die Plakate der Grünen, die sie direkt vor der Geschäftsstelle des Bundesvorstandes gehängt haben, auf welchem stand: Mehr Grün raus (Polizei), Mehr Grün rein (Pflanzen, Bäume, usw.)

Es war eine Frechheit, die Plakate direkt vor der GdP aufzuhängen, aber davon will man heute nichts mehr wissen, es ist ja Wahlkampf. Und gerade in Berlin hat man damals trotz der Warnungen der GdP, die Polizei zu reduzieren, in den Wind geschlagen, was natürlich andere Bundesländer gern übernommen haben.

Nun nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, das fordern die gleichen Politiker, dass die Polizei verstärkt werden muss. Welche Ironie, was stört mich das Geschwätz von gestern.



Eine Schande damals bei der Reduzierung und welche Schande, dass man das alles vergessen hat.

**Horst Geier, Edemissen**

### Zu: Unterwegs für mehr Zivilcourage, DP 9/11

Auf dem Weg Richtung Berlin wurde unsere Aktion von der Bevölkerung mit viel Zustimmung aufgenommen. Besonders wurde gewürdigt, dass die einheitlich gekleideten Radfahrer in ihrer Freizeit mit dieser Aktion für mehr Zivilcourage das Zusammenleben in der Gesellschaft fördern und stärken wollen. In vielen großen Städten wurden wir von den Stadtoberhäuptern begrüßt.

Am 5.8. war der Zusammenschluss der drei Strecken in Potsdam, am 6.8. ging es gemeinsam nach Berlin, geleitet durch die Polizei quer durch Berlin bis zum Brandenburger Tor zur Abschlusskundgebung. Außer den Berliner GdP-Vertretern, der Polizeivizepräsidentin und einer Vertreterin der Linken war jedoch niemand anwesend. Dass kein Vertreter des Senates erschienen war, hat nicht nur mich sehr betroffen gemacht. Diese Abwesenheit zeigt mir die Einstellung des Senates zur Polizei, die besonders in Berlin als Prügelknabe für die Politik herhalten muss.

Für mich positiv war die Betreuung und Führung durch die Berliner Kollegen. Sie haben sich vorbildlich um uns gekümmert, bestimmt waren sie über die Abwesenheit ihrer politischen Führung enttäuscht.

**Helmut Kreiß, Bruchköbel**

### Zu: Vogel – Prediger gegen Integration und Demokratie, DP 8/11

Auf Seite 33 des oben genannten Artikels befindet sich folgender Text: Um zu beweisen, dass das Christentum selbst eine latent gewalttätige Religion sei, zitiert Vogel aus dem Matthäus-Evangelium, Kapitel 10, Vers 34: „Denkt nicht, ich sei gekommen, um Frieden auf die Erde zu bringen, sondern das Schwert“. Und kommentiert den Satz im Anschluss sofort mit den Worten: „ach, das stand ja

gar nicht im Koran, sondern waren die Worte Jesu“.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Verse vor und nach dieser Textstelle hinweisen: „Wer mich bekennt vor den Menschen, den will ich auch bekennen, vor meinem himmlischen Vater (Vers. 32). Wer mich aber verleugnet vor den Menschen, den will ich auch verleugnen, vor meinem himmlischen Vater (Vers 33).

Ihr soll nicht meinen, dass ich gekommen bin, Frieden zu bringen auf die Erde. Ich bin nicht gekommen, um Frieden zu bringen, sondern das Schwert (Vers. 34).

Denn ich bin gekommen, den Menschen zu entzweien mit seinem Vater und die Tochter mit ihrer Mutter und die Schwiegertochter mit ihrer Schwiegermutter (Vers. 35). Und des Menschen Feinde werden seine eigenen Hausgenossen sein (Vers. 36).“

Jesus Christus hatte seinen Anhängern in diesen sechs Versen die Folgen ihres Bekenntnisses zu ihm vorhergesagt. Es würde Feindschaft und Tod für sie selbst in den engsten Familienkreisen bedeuten.

Seit nahezu zwei Jahrtausenden haben sich diese prophetischen Worte viele tausend Male erfüllt und erfüllen sich auch in der heutigen Zeit.

Ein einziges Mal hatte einer seiner Jünger das Schwert genommen. Dazu sagte Jesus Christus (Matthäus 26, Vers. 52): „Stecke dein Schwert an seinen Ort. Denn wer das Schwert nimmt, der soll durchs Schwert umkommen.“

Fazit: Es gibt keine Aussagen im Neuen Testament, die zu Gewalt gegen Andersgläubige oder Ungläubige aufrufen. Die Botschaft Jesu Christi richtet sich an das Herz des Einzelnen. Seine Anhänger werden aufgerufen, die Botschaft des Evangeliums zu verkünden (Matthäus 28, Vers. 19). Die Folge davon werden immer wieder die oben erwähnten Entzweigungen und die Feindschaft selbst innerhalb des Familienkreises sein.

**Reinhard Reith, per E-Mail**

### Zu den Leserbriefen „Schichtdienst“ und zum Kommentar des Jörg Radek

Schutzmann seit 1974 (ja, so nannte man das damals noch, im Gegensatz zu heute, wo man zum überwiegenden Teil

der Arbeitszeit für Verwaltungskram missbraucht wird, d.h. man bekommt Arbeit aufgedrückt, die sonst niemand machen will), seit 1977 im Wechselschichtdienst mit Unterbrechung von 5 Jahren Auslandmissionen, erlaube ich mir einige Anmerkungen, wohl wissend, wie sinnlos meine Ausführungen sind.

Von Floskeln wie „... Ausgewogenheit von Beruf, Familie und Privatleben sichern!“ sowie Forderungen nach gerechter Bezahlung des „Dienstes zu ungünstigen Zeiten“ habe ich den Keller voll. Wenn ich z. B. über die Höhe dieses Trinkgeldes DUZ im nichtbeamteten Bekanntenkreis erzähle, werde ich mitleidig angeschaut, es ist für Außenstehende schwer zu glauben und es versteht wirklich niemand, wie man für diese Peanuts u.a. an Ostern, Weihnachten und Silvester den Kopf hinhält, während die Familie allein zuhause sitzt und der privilegierte Teil des Polizeiapparates feiert.

In meiner Schichtdienstfolge habe ich maximal 11-12 freie Wochenenden pro Jahr – theoretisch. Sollte an einem „freien“ Wochenende ein personalintensiver Einsatz anstehen, ist auch dieses Wochenende nicht selten Geschichte.

Ich hätte es noch vor einigen Jahren nicht für möglich gehalten, aber ich habe seit ein paar Monaten ein Maßband an der Wand hängen: Stand heute noch 69 Monate Dienst – brutto –!!

**Achim Schäfer, per E-Mail**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

#### Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand  
Redaktion Deutsche Polizei  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-114  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-redaktion@gdp-online.de



## Gewerkschaften sind Mehrwert für die Demokratie

**S**chauen wir uns um: Wer sonst, als die GdP vertritt die Interessen der Beschäftigten in der Polizei so vehement und erfolgreich im unmittelbaren Arbeitsbereich, aber auch die Polizei als Ganzes auf politischer Ebene? Unser Slogan „GdP – gut, dass es sie gibt“ hat sich hunderte Male bestätigt.

Aber nicht jeder in diesem Land schließt sich dieser Meinung an. Das ist aus Sicht der Kontrahenten verständlich, denn die GdP kann ihrem Verhandlungspartner durchaus als unbequemer Partner gegenüberreten.

Und: Zu vielfältig sind inzwischen die Interessen, als dass Entscheidungen, die vorwiegend dem Gemeinwohl dienen, auch von jedem Einzelnen anerkannt oder unterstützt werden.

**Welche Rolle spielen Gewerkschaften in einem demokratischen Rechtsstaat? Wie unbequem dürfen oder müssen sie sein?**

**In Krisensituationen, wenn Interessen knallhart aufeinandertreffen, wird der Ton mitunter rauher, Diskussionen hitziger. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass Gewerkschaften von der politischen Ebene behindert, abgekanzelt oder gar übergangen werden.**

Erinnern wir uns: In Deutschland wurde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert dem Gemeinwohl ein deutlicher Vorrang vor persönlicher Zielsetzung gegeben. Das Wohl der Gemeinschaft, also des Staates, hatte schlicht Vorrang vor dem

bloßen Einzel- oder Gruppeninteresse. Nach dem Zweiten Weltkrieg korrigierten die Deutschen diese Auffassung und vertraten die Ansicht, dass der demokratische Staat in erster Linie dem Wohl des Bürgers zu dienen habe. Das Prinzip vom „Sozialstaat“ wurde entwickelt. In der Verfassung wurde nicht ausdrücklich so genannt, formulieren die Artikel 20 und 28 Grundgesetz aber den „sozialen Bundesstaat“ beziehungsweise „sozialen Rechtsstaat“. Ein tragendes Element ist dabei die Solidarität.

Mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und glücklicherweise ohne eine reale Kriegsbedrohung veränderten sich die Wertvorstellungen und damit auch die Vorstellungen von Solidarität. Der Begriff „Solidarität“ scheint heute vieldeutig, dabei aber verschlissen. Er



Protest am 2.3.2011 in München.

Foto: Frank Leonhardt/dpa





fehlt zwar in keiner Grundwerteliste – weder in christlichen, sozialistischen oder liberalen Parteiprogrammen noch in kirchlicher Stellungnahme zur sozialen Lage oder in der Leistungsbeschreibung einer Krankenkasse. Mit steigendem „Selbstverwirklichungsanspruch“ des Einzelnen entwickelte sich allerdings zunehmend ein Klima in unserer Gesellschaft, in der Solidarität offenbar schneller schmilzt als es die Polkappen tun.

### Personalräte

Durch die Personalräte wurzelt die Gewerkschaft im Alltag der Menschen.

Der allgemeine Überwachungsauftrag der Personalräte und ihre demokratische Legitimation bilden die Pole für das immerwährende Spannungsfeld zwischen Dienststellenleitung und Beschäftigtenvertretung. Hier spiegeln sich am deutlichsten das Demokratieverständnis und das Verständnis von einem bestimmten Menschenbild wider. Es geht dabei nicht vornehmlich um die gewerkschaftliche Einflussnahme auf einen hierarchischen Apparat. Sondern der gewerkschaftliche Einfluss gilt insbesondere der parlamentarischen Steuerung dieser Apparate. Denn die Aufgabe von Personalvertretungen als „dienststelleninternes Organ“ ist es auch, Planungen und Handlungen der Behörde dahingehend zu überprüfen, ob diese mit gesetzlichen Grundlagen vereinbar sind. Insofern ist die Mitbestimmung der Personalräte eine Ergänzung der parlamentarischen Kontrolle – ohne damit in die Organisationsgewalt des „Dienstherren“ einzugreifen.

Es ist kein allzu kühner Schluss, in den Kontrolltätigkeiten der Personalräte ein taugliches Mittel zur Verhütung von Machtmissbrauch in einem Bereich zu sehen, der vom Parlament nicht oder nicht hinreichend kontrolliert wird. Es besteht kein Zweifel daran, dass Verwaltungshandeln an Recht und Gesetz gebunden ist, doch es gibt keine freiwillige Selbstkontrolle.

Auch diese Kontrolle durch die Personalräte stellt gewiss keinen Selbstzweck dar. Sie gehört zum Prinzip der Gewaltenteilung. Das System der „Checks and Balance“ soll sicherstellen, dass die Staatsorgane und die nachgeordneten Behörden ihre Macht nicht missbrauchen.

Wir stellen jedoch fest, dass die politische Kultur in unserem Staat leidet. Der Bundestagspräsident Norbert Lammert kämpft gegen den Bedeutungsverlust des

Parlaments. Oder anders ausgedrückt: Er kämpft gegen die Entmachtung der Volksvertreter durch die Regierung. Was die parlamentarische „Beteiligung“ beim „Aufspannen“ von Rettungsschirmen im Großen betrifft, macht im Kleinen die ausbleibende Beteiligung beispielsweise bei Auslandsverwendungen aus. Krass gesagt, die Regierung ignoriert schlicht die Volksvertreter – und die lassen das leider zum Großteil mit sich geschehen.

### Politische Kultur und Unkultur

Leider gehört die Ignoranz gegenüber gewählten Gewerkschaftern auch zum

„  
**Die Gewerkschaftsfunktionäre müssen in Deutschland, was ihren politischen Einfluss angeht, entmachtet werden.**

Guido Westerwelle

Ausdruck der politischen Unkultur in unserer Gesellschaft. Manchmal gipfelt sie gar in regelrechten Angriffen.

In einer pluralistischen Gesellschaft müssen jedoch Kritik und Meinungsverschiedenheiten ausgehalten werden. Besser noch: geklärt werden. Gewerkschafter haben nun mal das Selbstverständnis, sich zu Wort zu melden. Sowohl im dienstlichen Bereich als auch in der Politik ist man gut beraten, den Gewerkschaftern zuzuhören, ihre Argumente ernsthaft zu prüfen und mit ihnen nach Lösungen zu suchen. Denn auch Gewerkschafter lassen durchaus auch bei der Interessenvertretung von Einzelnen das Gemeinwohl nicht aus dem Auge. Und dass kann eigentlich nur von den Verhandlungspartnern honoriert werden.

Der demokratische Umgang in der parlamentarischen Demokratie spiegelt sich für den Einzelnen auch im Umgang mit der Gewerkschaft wider. Sie sind der organisatorische Halt der Menschen in der Polizei. Das Ansehen einer Behörde, einer Dienststelle wird nicht allein durch deren Leiter geprägt. Das Wissen, das Können und die Leistung der Einzelnen prägen die Außendarstellung ganz entscheidend.

Auch wenn es in dem medialen Bombardement nicht so scheinen mag: In der

Zeit von „Schuldenbremse“ und „EURO – Krise“ gibt es Werte jenseits des DAX-Index. Die moralischen Kategorien lauten Gerechtigkeit und Solidarität und nicht Machtstreben und Gewinne. Unter dem Strich zählt nicht nur ich, sondern zählt das WIR.



W o r i n  
drückt sich  
die mora-  
lische Quali-  
tät im öffentlichen Dienst im Allgemeinen und in der Polizei im Besonderen aus? Durch Personalräte, die auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Gewerkschaften setzen können. Das gegenseitige Vertrauen ist der Mittelpunkt im zwischenmenschlichen Miteinander.

**Jörg Radek,  
stellvertretender GdP-  
Bundesvorsitzender**

In der modernen Gesellschaft der Gegenwart haben sich die unterschiedlichen sozialen Kreise oft voneinander entfernt: Die Familie lebt an einem Ort, der Arbeitsplatz liegt in einer anderen Stadt. Seine Freizeit verbringt der Einzelne wieder anderswo. Familie, Kollegenkreis,

Sie (die Gewerkschaften) sind ein wesentlicher Teil der Erfolgsgeschichte auch unseres Konjunkturprogramms.

„  
**Sie (die Gewerkschaften) sind ein wesentlicher Teil der Erfolgsgeschichte auch unseres Konjunkturprogramms.**

Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Treffen mit Gewerkschaftsvertretern im Bundeskanzleramt 2009

Nachbarschaft, Clique, Vereine, Kirche, politische Systeme – der Mensch findet sich in einer Vielzahl unterschiedlicher und manchmal sogar widersprüchlicher Kreise vor. Solidarität dagegen beruht in erster Linie darauf, dass verschiedene Interessen gegenseitig geachtet, anerkannt und möglicherweise ausgeglichen werden. Einen solchen Interessenausgleich zwi-



schen den Beteiligten vorzunehmen, ist eine gewerkschaftliche Aufgabe.

Im Anschluss an diesen Prozess ist es aber auch die Aufgabe von Gewerkschaften, diesen Interessenausgleich im politischen System zu vertreten. Diese Abläufe erfordern Dialogbereitschaft



**Die Gewerkschaften sind das stärkste, was die Schwachen haben.**



**Michael Sommer, DGB-Bundesvorsitzender**  
Quelle: Kölner Stadt-Anzeiger

und konstruktive Beharrlichkeit. Leider ist aber zu beobachten, dass es in der gegenwärtigen Politik offenbar nur noch um Geschwindigkeit und nicht zwingend um Gründlichkeit geht. Diskussionen mit Tiefgang sind selten geworden. Der Staat gerät dabei immer mehr in das Schleppnetz des Marktes.

Zur Erinnerung: Das Gesetz zur Stabilisierung des Finanzmarktes in 2008 wurde innerhalb von 3 Tagen verabschiedet. Die Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus anlässlich des 11.09.2001 innerhalb von 55 Tagen. Regierungshandeln kann zwar nicht an den politischen Reaktionszeiten gemessen werden. Doch das Handeln muss vermittelt werden. Dazu gehört unabänderlich die politische Debatte. Die Beteiligung der Gewerkschaften ist die Wortmeldung derjenigen, die zur Sicherung unserer Demokratie ihre Energie (und nicht selten sogar ihre Gesundheit und ihr körperliches Wohlergehen) einbringen. In jedem Fall ein Mehrwert für uns alle.

Dazu ein Zitat von Richard von Weizsäcker:

„Die Gewerkschaften haben schon für die Demokratie gekämpft, als es noch wie ein Anschlag auf den Staat wirkte, ein Demokrat zu sein. Die Gewerkschaftsbewegung ist die älteste und die mächtigste Lebenswurzel der Demokratie in Deutschland. Ihre Geschichte ist großes, sie ist ein gutes Kapitel der deutschen Geschichte.“

**Jörg Radek**

# „Wegschließen für immer“ geht nicht

**Gehören gefährliche Gewaltverbrecher für immer hinter Schloss und Riegel? bedeuten unberechenbare Sexualstraftäter nach Verbüßung ihrer Haft ein zu hohes Risiko für die Gesellschaft? Wo und auf welcher gesetzlichen Grundlage bringt man solche Täter unter, die sich im Gefängnis einer Therapie verweigern oder nicht therapiert werden können? Darf der Staat überhaupt diese Menschen bis zu ihrem Lebensende wegsperren? Nicht wenige Sicherungsverwahrte mussten bereits in die Freiheit entlassen werden. Sie werden teilweise 24 Stunden lang von der Polizei überwacht und bringen so die Polizei unweigerlich an die Belastungsgrenze.**

**G**ehören gefährliche Gewaltverbrecher für immer hinter Schloss und Riegel? bedeuten unberechenbare Sexualstraftäter nach Verbüßung ihrer Haft ein zu hohes Risiko für die Gesellschaft? Wo und auf welcher gesetzlichen Grundlage bringt man solche Täter unter, die sich im Gefängnis einer Therapie verweigern oder nicht therapiert werden können? Darf der Staat

„Wegschließen. Für immer!“ mit dieser markigen Forderung sprach der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder nach dem gewaltsamen Tod einer 12-Jährigen durch die Hand eines vorbestraften Sexualstraftäters vielen Menschen aus der Seele. Gleichzeitig gab er damit den Startschuss für die Ausweitung der Sicherungsverwahrung. Sie wurde mittlerweile vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig

erklärt. Die Irrungen und Wirrungen der öffentlichen Diskussion kennzeichnen die hohe Emotionalität, die das Thema Sicherungsverwahrung begleitet, insbesondere, wenn es sich um Täter handelt, die Kinder sexuell missbraucht haben. Rund 50 Sicherungsverwahrte wurden in den vergangenen anderthalb Jahren infolge eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg freigelassen.

GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Die Anzahl insbesondere sexuell motivierter Tötungen an der Gesamtkriminalität bewegt sich seit



**GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Die Bevölkerung hat ein Anrecht auf einen wirksamen Schutz vor Wiederholungstätern.“**

Fotos (5): Zielasko

überhaupt diese Menschen bis zu ihrem Lebensende wegsperren? Nicht wenige Sicherungsverwahrte mussten bereits in die Freiheit entlassen werden. Sie werden teilweise 24 Stunden lang von der Polizei überwacht und bringen so die Polizei unweigerlich an die Belastungsgrenze. Auf ihrer Fachtagung am 20. September 2011 in Berlin, erörterten Experten aus Strafrecht, Psychiatrie, Politik und Polizei die „Sicherungsverwahrung in Deutschland“.

Jahrzehnten auf nahezu dem gleichen Niveau. In Prozenten ausgedrückt macht sie weniger als ein Promille aller Straftaten aus. Die Reaktion der Menschen auf Sexualstraftaten insbesondere an Kindern ist aber eine ganz andere, die nichts mit der statistischen Wahrscheinlichkeit des Opferwerdens zu tun hat. Sexuell motivierte Tötung von Kindern bewegen die Menschen so stark, dass in der Regel auch nach jeder Tat nicht nur ein individuelles



## GDP-FACHTAGUNG SICHERUNGSVERWAHRUNG

„Warum?“ in den Raum gestellt wird, sondern nach einer Tat wird stets gefragt, wie man grundsätzlich solcher Art Verbrechen verhindern könnte. In diesem Klima aus Besorgnis und dem Wunsch nach Prävention ist das Bedürfnis nach totaler Sicherheit besonders vordringlich. Die Gesellschaft möchte unabhängig von

Sicherungsverwahrten spezialisiert. Sein erster Mandant in Sicherheitsverwahrung verbüßte seit 1994 Haft und Sicherungsverwahrung. Anlasstaten waren vier Einbruchdiebstahle mit einem Schaden rund 1.500 Euro. Heute vertritt er rund 42 Sicherungsverwahrte in mehreren Bundesländern. Scharmer vertrat einen der

Beschwerdeführer, die das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe veranlasste, die Gesetze zur Sicherungsverwahrung gefährlicher Täter für verfassungswidrig zu erklären. Er vertritt die Meinung: „Es ist kaum ein Eingriff in die Freiheitsrechte denkbar, der die jeweils Betroffenen härter treffen konnte. Dabei ist die Sicherungs-



**Sicherungsverwahrung kontrovers diskutiert: (v. l. n. r.) Rechtsanwalt Sebastian Scharmer, GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut, GdP-Justiziar Sascha Braun, Ministerialdirektor Thomas Dittmann und Professor Dr. Hans-Ludwig Kröber.**

der Tatsache der zeitigen lebenslangen Freiheitsstrafe trotzdem sicher sein, dass der Täter nie wieder rauskommt.“ Und wenn doch, dann soll ihnen das Leben so schwer wie möglich gemacht werden. Aufenthaltsorte von entlassenen Sexualstraftätern, so die GdP-Konkurrenzorganisation „Deutsche Polizeigewerkschaft“ laut ihrem Vorsitzenden Wendt, sollen öffentlich gemacht werden. Von einem „Internetpranger“ ist die Rede. „Alles Quatsch“, weist Bernhard Witthaut diese Forderung zurück. Derselben Auffassung ist auch Oliver Joneleit, GdP-Kollege aus Hamburg. Er arbeitet als Leiter des Sachgebietes Risikotäter und Prävention in der Fachdienststelle für Sexualdelikte beim Landeskriminalamt Hamburg. „Gerade wenn der Aufenthaltsort eines entlassenen Täters bekannt wird, muss die Polizei noch viel mehr Kräfte einsetzen, nämlich nicht nur für die Führungsaufsicht, sondern auch noch zu seinem Schutz.“

Der Berliner Rechtsanwalt Sebastian Scharmer hat sich auf die Vertretung von



**Auf die Verteidigung von Sicherungsverwahrten spezialisiert hat sich der Berliner Rechtsanwalt Sebastian Scharmer.**

verwahrung meines Erachtens weder ein effizientes Mittel für den Opferschutz, noch schafft sie es, mit den (potentiellen) Tätern rückfallvermeidend umzugehen.“

Dr. Hans-Ludwig Kröber ist Leiter des Instituts für Forensische Psychiatrie der Charité in Berlin. In mehreren spektakulären Justizfällen hat Professor Dr. Kröber bei der Begutachtung der Straftäter mitgewirkt. Nach seiner Meinung bedient die Sicherungsverwahrung eine Kriminalitätsfurcht, die sachlich nicht gerechtfertigt ist. „Eine verlässliche Kriminalprognose über die Gefährlichkeit eines Menschen ist möglich, wenn der Gutachter fachlich sehr gut ist und ihm alle Unterlagen vorliegen. Wir Psychiater können dem Gericht helfen, eine angemessene Strafe zu finden“, betont Kröber.

Zu der großen Kluft zwischen öffentlicher oder veröffentlichter Meinung auf der einen und der juristischen wie polizeilichen Faktenlage auf der anderen Seite, hat nach Meinung des Bundesvorsitzenden der GdP die Justizpolitik selbst beigetra-





**Aus der Polizeipraxis im Umgang mit freigelassenen Sicherungsverwahrten berichtete GdP-Koll. Oliver Joneleit, LKA Hamburg.**

gen. Witthaut: „Bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Bundesverfassungsgerichts hatte der Gesetzgeber die Möglichkeit geschaffen, nicht nur die Sicherungsverwahrung an sich, sondern auch in den Fäl-



**Leitet das renommierte Institut für Forensische Psychiatrie der Charité in Berlin: Prof. Dr. Hans-Ludwig Kröber.**

len, in denen das Gericht scheinbar die Anordnung der Sicherungsverwahrung im ersten Zug vergessen oder übersehen hatte, nachträglich die Sicherungsverwahrung anzuordnen. Man hatte also ein System geschaffen, das völlige Sicherheit bringen sollte. Allerdings ignorierte der Gesetzgeber mit bemerkenswerter Beharrlichkeit das vielstimmige Konzert der Grundsatzkritiken aus dem Bereich der Kriminalwissenschaften an diesem System. Es gab nicht wenige, die in Fachkreisen das Problem aufgezeigt hatten, dass sich die

Sicherungsverwahrung im Anschluss an eine verbüßte Freiheitsstrafe viel zu wenig vom Strafvollzug unterscheidet und damit wie eine Doppelbestrafung wirkt. Nun wird es viele geben, die sagen, ein Mensch der kleine Kinder tötet, hat nichts Besseres verdient. Aber mag solch ein Satz auch menschlich verständlich sein, so hat er sich juristisch als falsch erwiesen.“

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit der Sicherungsverwahrung im Strafgesetzbuch und im Jugendgerichtsgesetz festgestellt hat, ist der Gesetzgeber auf Bundesebene und in den Ländern am Zug. Prof. Kröber hat klare Vorstellungen, wie auf der Basis dessen, was das Bundesverfassungsgericht der Politik ins Stammbuch geschrieben hat, ein zukünftiges Konzept zum Umgang mit gefährlichen Gewalt- und Sexualstraftätern aussehen muss. „Nur wenn schon der Strafvollzug mit entsprechenden Therapieangeboten ausgestattet ist, der Gefangene auf seine Entlassung vorbereitet wird und wenn nach der Entlassung eine intensive Betreuung erfolgt können Verbrechen vermieden werden. Das planlose Rauslassen einer Sicherungsverwahrten, der beispielsweise 28 Jahre abgesessen hat, ist hingegen brandgefährlich.“

Das Bundesjustizministerium (BMJ) hat im Frühjahr dieses Jahres den Ländern, die von Verfassungswegen für den Strafvollzug zuständig sind, ein Eckpunkte-Papier vorgelegt. Ministerialdirektor Thomas Dittmann, im BMJ Leiter der für das Strafrecht zuständigen Abteilung, konkretisierte den schon jetzt erkennbaren Konsens zwischen Bund und Ländern. „Wir nehmen den klaren Auftrag des Bundesverfassungsgerichts nach der Trennung von Strafhaft und Sicherungsverwahrung sehr ernst. Und es wird per Gesetz klargestellt, dass schon während der Strafhaft der Vollzug so geregelt wird, dass mithilfe von Therapie und anderen Maßnahmen die anschließende Sicherungsverwahrung nach Möglichkeit vermieden wird. Das geht nur, indem sich der Strafvollzug insgesamt deutlich verändert.“

Für die Gewerkschaft der Polizei, so Witthaut, gelten folgende Prinzipien für den Umgang mit gefährlichen Tätern:

- Jeder Mensch hat Anspruch auf einen fairen Strafprozess, der alle Facetten von Tat, Opfer und Täter zum Ausdruck bringt.
  - Auf der Grundlage dieses Strafprozesses muss das Gericht ein Urteil finden, welches in der Lage ist, durch die Bestrafung des Täters Rechtsfrieden zu erlangen und gleichzeitig wesentlich dazu beiträgt, künftige Straftaten dieses Menschen zu verhindern.
  - Durch den Strafprozess muss die Gefährlichkeit eines Menschen einschätzbar werden. Damit soll das Gericht befähigt werden, eine Strafe zu finden, die das Gefahrenpotential des Täters angemessen aufnimmt.
  - Wir fordern als Gewerkschaft der Polizei einen Strafvollzug, in dem der Gefangene überhaupt erst die Möglichkeit erhält, sich mit der Tat und dem Leid der Opfer auseinanderzusetzen. Aus Geldmangel und möglicherweise aus Desinteresse hat der deutsche Strafvollzug ganz erhebliche Defizite im Umgang insbesondere mit gefährlichen möglicherweise eben auch seelisch erkrankten Straftätern.
  - Ohne ein Netz an Nachsorgeeinrichtungen von ambulant bis stationär kann es keine gute Prävention geben. Wir brauchen flächendeckend diese Einrichtungen, die mit speziellen Konzepten alles dafür tun, um mit entlassenen Straftätern die Wiederholung von Straftaten zu vermeiden. Ein solcher Ansatz würde die Sicherheit für die Bevölkerung erhöhen.
  - Die Polizei arbeitet seit langem an Einsatzkonzepten für den Umgang mit potentiell gefährlichen bis sehr gefährlichen Straftätern. Ich will nicht Wehklagen über die Tatsache, dass 24-Stunden-Bewachungen enorm viel Personal binden. Ich kritisiere aber diesen Zustand und appelliere an die Politik, nach dem Ende der alten Sicherungsverwahrung ein neues System zu schaffen, welches drei Aspekte integrieren muss:
  - Ein wirksamer Schutz der Bevölkerung vor Wiederholungstätern.
  - Ein menschenwürdiges Leben für Straftäter, auch wenn von ihnen die Gefahr der Begehung weiterer Straftaten ausgeht.
  - Die Reduzierung der Einsatzbelastung für die Polizei, weil unsere Aufgabe nicht ausschließlich darin bestehen kann, entlassene Straftäter zu überwachen.
- Auf der GdP-Homepage [www.gdp.de](http://www.gdp.de) sind die Materialien zur Fachtagung Sicherungsverwahrung abrufbar.

**Rüdiger Holec,  
Sascha Braun**



# Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung

**D**er einstige Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler hatte das Jahr 2011 zum „Jahr der Pflege“ erklärt. Die ersten Eckpunkte für eine Pflegereform sollen noch in diesem Jahr kommen, wenn auch unter einem neuen Minister. Bei der „Rente mit 67“ kehrt ebenfalls keine Ruhe ein. Der Einschätzung der Bundesregierung aus November 2010, dass mehr ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Arbeit haben, hat nicht überzeugt. Und in der Gesetzlichen Krankenversicherung stellt sich zurzeit die Frage nach verbesserten Versorgungsstrukturen. Im Folgenden eine Zusammenstellung des aktuellen Sachstandes und die Positionen des DGB, die auch von der Gewerkschaft der Polizei mit beschlossen wurden.

## Soziale Pflegeversicherung solidarisch weiterentwickeln

Die Pflegeversicherung hat sich als „fünfte Säule“ der Sozialversicherung bewährt. Damit dies auch zukünftig so bleibt, sind nachhaltig wirksame Reformen zur Verbesserung der Qualität in der Pflege sowie zur Absicherung der finanziellen Grundlagen unerlässlich.

So setzt sich der DGB deshalb für eine solidarische Weiterentwicklung der Sozialen Pflegeversicherung ein. Die Qualität und die Leistungen in der Pflege müssen nachhaltig – d.h. dauerhaft und verlässlich – verbessert werden. Die dafür notwendigen Finanzmittel müssen solidarisch aufgebracht werden: Die lohnbezogenen Beiträge werden dementsprechend von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch entrichtet. Jede und Jeder zahlt gemäß seiner Leistungsfähigkeit, wobei allen Beitragszahlern die volle Leistungspalette der pflegerisch notwendigen Versorgung zur Verfügung steht. Damit wird im System der Pflegeversicherung ein leistungsfähiger und unbürokratischer Solidarausgleich erreicht.

Der DGB fordert deshalb eine solidarische Weiterentwicklung der Pflegeversicherung, die folgende Bereiche umfasst:

- Absicherung einer qualitativ hochwertigen pflegerischen Versorgung unter Berücksichtigung kommender Bedarfssteigerungen im Rahmen der Sozialen Pflegeversicherung,
- bessere Rahmenbedingungen für die in der Pflege beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

- Absicherung des Pflegerisikos durch einkommensabhängige und paritätisch finanzierte Beiträge,
- Erweiterung der solidarischen Finanzierungsgrundlagen durch eine Weiterentwicklung der sozialen Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung Pflege,
- Schaffung eines aussagefähigen „Pflege-TÜVs“,
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Angehörigen-Pflege und Erwerbstätigkeit,
- Finanzierung der Pflegeversicherung.

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wurde vereinbart, dass das bestehende Umlageverfahren durch eine kapitalgedeckte Säule ergänzt werden soll, die „verpflichtend, individualisiert und generationengerecht“ ausgestaltet ist. Wir lehnen dieses Vorhaben entschieden ab: Der Vorschlag bedeutet eine einseitige Verlagerung der Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung zu Lasten der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das Recht auf gute pflegerische Leistungen im Bedarfsfall darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen abhängen.

„Der gewerkschaftliche Anspruch ist eine gute Versorgung für alle. Zudem würde der Arbeitgeberbeitrag als ein wesentlicher Teil zur Finanzierung der Sozialen Pflegeversicherung fehlen. Weder die kurz- noch die langfristige Sicherung einer guten pflegerischen Versorgung kann damit erreicht werden (Auszug aus dem DGB Bundesvorstandsbeschluss vom 1. März 2011).“



COP® Specials September / Oktober 2011 \*\*Gültig vom 20.8. - 31.10.11

NEU! Seit 30.06.2011 COP® Partner in Westenhellenweg 122, Tel. 0231-162357 **DORTMUND**

**1 Tactical T-Shirt Under Armour®**  
 Art.-Nr.: UA10050395-Größe (schwarz)  
 Art.-Nr.: UA10050390-Größe (oliv)  
 Art.-Nr.: UA10050398-Größe (beige)  
 Art.-Nr.: UA1005039N-Größe (navy)  
 Farben: schwarz, olivgrün, beige und navy  
 Größen: S - 3XL  
 Material: 82% Polyester, 18% Elasthan  
 Kurzärmeliges, hochfunktionelles Funktions-shirt mit HeatGear® Technologie, besonders geeignet für den Einsatz bei sehr warmen Wetter.

**heatgear®** **€ 29,90**  
 FÜR HEISSE TAGE **TOP SELLER**  
 Hält kühl und trocken

**2 Cargo-Hose COP® SP**  
 Art.-Nr.: 35PK (khaki)  
 Art.-Nr.: 35PS (schwarz)  
 Farben: khaki und schwarz  
 Größen (US Bundweite + Beinlänge):  
 Bundweite: 28 - 44, Länge: 30/32/34/36  
 Material: 100% Baumwolle  
**Größenrechner im Internet.**  
 Hose im Cargo-Stil. Hergestellt aus 100% schwerer Baumwolle mit extrem starken, doppelt ausgeführten Nähten und doppeltem Gesäßboden für längere Haltbarkeit und hohe Strapazierfähigkeit. Schlaufen für Gürtel bis 45 mm Breite. **11 praktischen Taschen!**

**Aktionspreis!**  
**€ 39,90**  
 statt 58,90\*

**3 Halbschuh S&W®**  
**8365 GTX Lo**  
 Art.-Nr. 828365-Größe EU\*\*\*  
 Farbe: schwarz  
 Größen: EU 36 - 48  
 keine halben Größen  
 Obermaterial:  
 Leder/ Nylon Kombination mit GORE-TEX® Membrane.  
 Robuster Halbschuh mit wasserdichter GORE-TEX® Membrane, athletischer Passform und geringem Gewicht. Größen siehe unten.

**Aktionspreis!**  
**€ 89,90**  
 statt 128,90\*

**4 Einsatzstiefel S&W®**  
**8600 GTX Mid**  
 Art.-Nr. 828600-Größe EU\*\*\*  
 Farbe: schwarz  
 Größen: EU 36 - 48  
 keine halben Größen  
 Obermaterial: Leder/ Nylon Kombination mit GORE-TEX® Membrane. Halbhoher Stiefel mit athletischer Passform, geringem Gewicht und wasserdichten GORE-TEX® Membranen.

**Aktionspreis!**  
**€ 99,90**  
 statt 139,90\*

Damen						Herren											
Größe EU	6	7	8	9	9,5	Größe EU	41	42	43	44	45	46	47	48			
Größe US	36	37	38	39	40												

\*\*\* EU-Größe an die Artikelnummer anfügen

**5 Luminox® Sentry 0201**  
 Art.-Nr. LU-0201  
 • Schweizer Qualitäts-Uhrwerk  
 • Datumsfunktion auf 4-Uhr Position  
 • Polycarbonatgehäuse, karbonverstärkt mit einem Durchmesser von 43 mm mit Kronenschutz  
 • Doppelt abgedichtete Krone, Gehäuseboden ist PC karbonverstärkt, 4-fach verschraubt  
 • Unidirektional drehbare Lünette aus Polymerkunststoff  
 • Wasserfest bis 10 bar/atm / 100 Meter / 330 feet  
 • Kratzfestes Mineralglas  
 • Taucherarmband aus PU-Kunststoff (26 mm breit)

**Aktionspreis!**  
**€ 159,90**  
 statt 189,90\*

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf [www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany  
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail [service@cop-gmbh.de](mailto:service@cop-gmbh.de)

**www.cop-shop.de**

\*\* Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. August bis 31. Oktober 2011 | \* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.

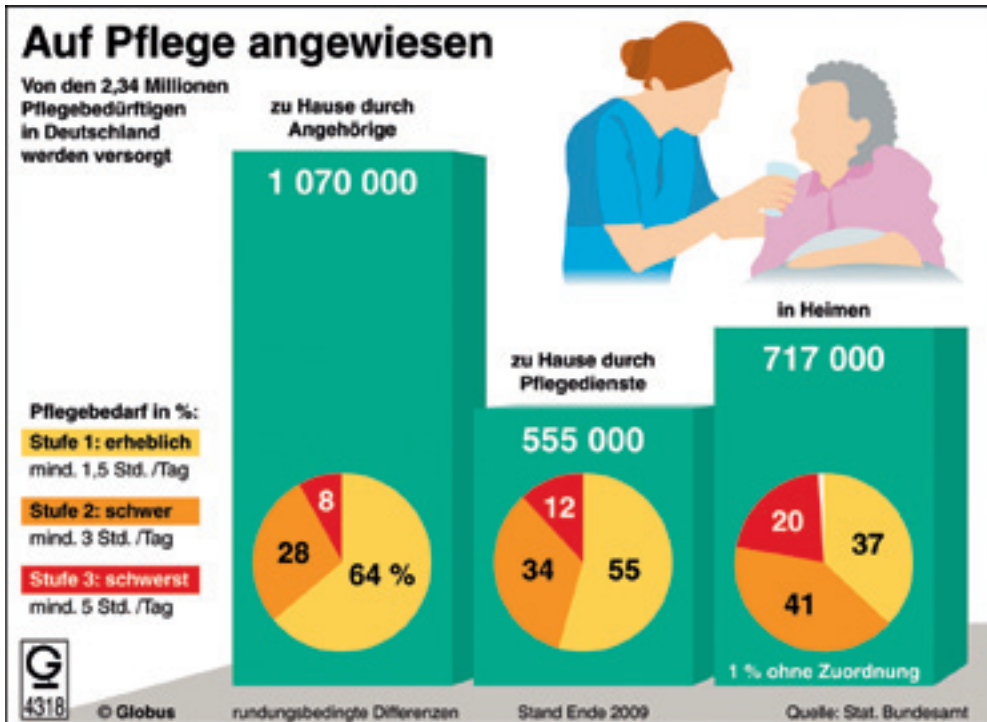
## Rentenversicherung

Der Deutsche Bundestag hat im Jahr 2007 die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre beschlossen. Das Gesetz

vertretbar erscheint und die getroffenen gesetzlichen Regelungen bestehen bleiben können.

Im Ergebnis hält die Bundesregierung in 2011 in ihrem Bericht an der beschlossenen Anhebung der Regelaltersgrenze

gelaltersgrenze auf 67 Jahre allerdings nach wie vor ab. Die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters ab dem Jahr 2012 ist unter arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gesichtspunkten nicht vertretbar, die allgemeine Arbeitsmarktlage ist für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besonders schwierig. Zudem ist die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters ab 2012 nicht notwendig, um die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung sicher stellen zu können. Die gesetzlichen Beitragsatzziele können bis 2020 zweifellos auch ohne die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters eingehalten werden. Die „Rente mit 67“ führt zu einer Reduzierung des Rentenversicherungs-Beitragsatzes um nur 0,5 Prozentpunkte im Jahr 2030. Diese kommt zur Hälfte vollständig den Unternehmen zu Gute, während viel Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters negative Auswirkungen auf ihre Rentenzahlungen hinnehmen werden müssen.



zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz) sieht vor, im Zeitraum von 2012 bis 2029 die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung auf 67 Jahre anzuheben. Dies geschieht stufenweise: ab dem Jahr 2012 steigt sie zunächst um einen Monat pro Jahrgang bis auf das vollendete 66. Lebensjahr. Ab dem Jahr 2024 steigt die Regelaltersgrenze um zwei Monate pro Jahrgang bis auf das vollendete 67. Lebensjahr. Erst für die Jahrgänge ab 1964 gilt die Altersgrenze von 67 Jahren.

Das Gesetz schreibt zugleich eine Berichtspflicht der Bundesregierung fest: Nach § 154 Absatz 4 SGB VI muss die Bundesregierung vom Jahr 2010 an alle vier Jahre einen Bericht zur Anhebung der Regelaltersgrenze (sog. Überprüfungsklausel) vorlegen, in dem sie eine Einschätzung darüber abgibt, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin

fest: „Die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters sei notwendig und bleibe weiterhin vertretbar. Sie diene der Sicherung des Wohlstands, gewährleiste die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und stärke die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt in den letzten Jahren bestärke die Bundesregierung in ihrer Einschätzung. Die Erwerbsbeteiligung und die Arbeitsmarktchancen hätten sich gerade für Ältere deutlich verbessert. Die lange Übergangszeit der Einführung der neuen Regelaltersgrenze ermögliche die notwendigen Anpassungen und verteile die Folgen des demografischen Wandels gerecht zwischen den Generationen.“ (aus: Bericht der Bundesregierung gemäß § 154 Abs. 4 des SGB VI zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre).

Dass diese sogenannte Überprüfungsklausel überhaupt in das Gesetz aufgenommen wurde, ist dem Druck des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften gegen die „Rente mit 67“ zu verdanken.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen die Anhebung der Re-

## Krankenversicherung

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung soll die flächendeckende bedarfsgerechte und wohnortnahe medizinische Versorgung der Bevölkerung gesichert und verbessert werden. Der Entwurf des Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung wurde am 3. August 2011 im Bundeskabinett beschlossen. Danach soll das Vergütungssystem der Vertragsärztinnen und Vertragsärzte flexibilisiert und regionalisiert werden, indem zentrale Vorgaben zurückgenommen werden. Zudem sollen die Leistungssektoren besser miteinander verzahnt sowie ein schneller Zugang zu Innovationen gewährleistet werden. Darüber hinaus sollen wettbewerbliche Instrumente gestärkt werden, um Qualität und Effizienz der medizinischen Versorgung zu stärken.

Das grundlegende Ziel teilen wir mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) im Interesse der medizinischen Versorgung der GKV-Mitglieder und ihrer Angehörigen. Gleichzeitig legen wir



gemeinsam Wert auf die Feststellung, dass die Versicherten sich diese Versorgung auch leisten können müssen. Der Kabinettsbeschluss kommt den Versicherten aber teuer zu stehen: Sie müssen

**Der DGB und seine Einzelgewerkschaften begleiten alle relevanten sozialpolitischen Felder u. a. durch Stellungnahmen, Beteiligung an den Anhörungen im Bundestag, Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern bis hin zu eigenen Veranstaltungen und Tagungen, in denen der DGB und seine Einzelgewerkschaften ihre Positionen darstellen, für sie werben und sich für die Umsetzung der sozialpolitischen Vorstellungen einsetzen. Eine Lobbyarbeit, die Zeit braucht, zähes Verhandeln erfordert und bei der dicke Bretter gebohrt werden müssen.**

für die steigenden Arzthonorare künftig zusätzliche Kopfpauschalen zahlen, da der Arbeitgeberbeitrag eingefroren ist. Und

statt die Gesundheitsversorgung für die Patienten zu verbessern, sollen die Ärzte und Zahnärzte mit höheren Honoraren versorgt werden.

Die Unter-, Fehl- und Überversorgung muss reduziert werden. Stattdessen bekämpft der Kabinettsbeschluss zum Versorgungsstrukturgesetz mit seinen Maßnahmen die Unterversorgung vor allem in ländlichen Regionen weitgehend mit weiteren Versichertengeldern, ohne die Fehl- und Überversorgung zu beseitigen.

Völlig verfehlt sind die erwarteten Mehrausgaben von bis zu 4 Mrd. Euro, die nur von den Versicherten über Kopfpauschalen finanziert werden sollen. Allein die Kosten für die jetzt vorgesehenen Regelungen belaufen sich damit im Durchschnitt überschlagen auf 6,70 Euro monatlich pro GKV-Mitglied. Bisher zahlen etwa 10 Mio. Versicherten bereits eine Kopfpauschale von 8 bis 15 Euro monatlich. Für diese würde sich die Kopfpauschale dann auf 14,70 bis 21,70 Euro erhöhen. Bezogen auf das durchschnittliche Monatsbruttoeinkommen wäre dann eine Belastung von 9,1 Prozent erreicht, das heißt von 215,16 Euro monatlich. Auf der anderen Seite bleibt die Beitragsbelastung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bei 7,3 Prozent. Allein von den Versicherten sind Zu- und Aufzahlungen in Höhe von 9,9 Mrd. Euro (Schätzung des Statistischen Bundesamtes) zu finanzieren, die ebenfalls hinzugerechnet werden müssen.

Wir unterstützen den DGB in seiner

Forderung nach einer Rückkehr zur realen paritätischen Finanzierung, um sowohl die einseitigen Belastungen der Versicherten zu beenden als auch die finanzielle Verantwortung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu stärken.

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften schlagen folgende Punkte zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen vor:

- **die strukturellen, das heißt auch dauerhaften Mehrausgaben müssen paritätisch finanziert werden,**
- **den Ausbau der integrierten Versorgung und Beendigung der doppelten Facharztschiene,**
- **eine bessere Verteilung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte,**
- **die generelle Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung,**
- **eine Aufwertung nichtärztlicher Berufe durch die Übertragung weiterer bisher von Ärztinnen und Ärzten wahrgenommenen Aufgaben,**
- **eine bessere Ausbildung der Medizinerinnen und Mediziner,**
- **die Kopplung von Honorar- und Qualitätsfortschritt in der medizinischen Versorgung,**
- **die Möglichkeit für Krankenkassen, Arztsitze aufzukaufen zu können.**

Mit diesen Maßnahmen werden auch Probleme der Über- und Fehlversorgung angegangen, nicht nur die der Unterversorgung.

*Bernhard Witthaut*

## Für jeden Wunsch der passende Kredit.

Nur für Sie: die Plus-Kredite der Allgemeinen Beamten Kasse.

Die Allgemeine Beamten Kasse Kreditbank AG ist seit über 30 Jahren der kompetente und zuverlässige Partner, wenn es um Kredite, Immobilienfinanzierungen und Geldanlagen geht.

Wir betreuen über 100.000 Privatkunden aus dem öffentlichen Dienst.

Erstklassige Konditionen, eine hohe Beratungsqualität und eine schnelle Kreditentscheidung sind für uns selbstverständlich.

Unsere Plus- und Sonderkredite bieten für jeden Anlass die passende Lösung.

**Rufen Sie uns an oder besuchen Sie uns im Internet!**

### Unsere Kredite auf einen Blick:

- **FlexoPlus Kredit** für langfristigen Spielraum
- **DispoPlus Kredit** hilft Zinsen sparen
- **AbrufPlus Kredit** für spontane Wünsche und unerwartete Ausgaben bis zum 10-fachen des monatlichen Haushaltseinkommens
- **AutoPlus Kredit** für PKW, Motorräder, Boote und Wohnmobile
- **RenoPlus Kredit** zum Renovieren und Modernisieren
- **SicherheitenPlus Kredit** zum Beleihen von Anlagen und Versicherungen
- **UrlaubPlus Kredit** für Nah- und Fernreisen

Kredit Hotline: (030) 2 85 35-200  
Kredit online: [www.abkbank.de](http://www.abkbank.de)

 **Allgemeine Beamten Kasse**  
BANK FÜR ALLE IM ÖFFENTLICHEN DIENST



# Unruhe um neue Dienstpistolen

So wurde gemeldet, dass leere Patronenhülsen in der Waffe stecken geblieben seien. Darüber hinaus waren Störungen beim Nachladevorgang und demzufolge bei der Abgabe eines zweiten Schusses beschrieben worden. Aber nicht nur Schwierigkeiten mit der Pistole, sondern auch Klagen über das zeitgleich ausgelieferte Sicherheitsholster „SAFARILAND“ wurden laut.

**Unruhe herrschte Anfang August in der schleswig-holsteinischen Landespolizei im Zusammenhang mit der neuen Dienstpistole Walther P 99 Q. Ursache für die Aufregung: Bei Schießübungen mit der neuen Waffe waren im Verlaufe von Einsatztrainings wiederholt Mängel aufgetreten.**

Anfrage von GdP-Landesredakteur Thomas Gründemann. Die Gewerkschaft der Polizei schlug dem Landespolizeiamt eine Anwenderbefragung zur Qualitätskontrolle vor.

Die der GdP zum Holster gemeldeten Schwierigkeiten bezogen sich auf eine hinderliche Trageweise. Diese hätte sogar zu körperlichen Beeinträchtigungen und gar Verletzungen geführt, weil das



Das Sicherheitsholster nach dem Ansnallen.

Fotos (2): Thomas Gründemann

Auf Nachfrage von Medien zeigte sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP), die ebenfalls von den Problemen unterrichtet worden war, besorgt. „Bei der Bewaffnung der Polizei sind keine Kompromisse möglich. Die Pistolen müssen im Gebrauch hundertprozentig für alle Polizeibeamtinnen und -beamten einsatzfähig sein. Versager beim Einsatz der Dienstpistole bedeuten für die Kolleginnen und Kollegen ein erhöhtes Gefährdungspotenzial. Die Folgen könnten fatal, sogar tödlich sein“, unterstrich GdP-Geschäftsführer Karl-Hermann Rehr gegenüber der Presse. Gleichzeitig müsse den Klagen der Polizisten über die verschiedenen Tragprobleme mit dem Holster ebenfalls auf den Grund gegangen werden, so der GdP-Geschäftsführer.

Die gemeldeten Störungen mit der Pistole und dem Sicherheitsholster waren dann auch Gegenstand eines Gesprächs von GdP-Vertretern mit Verantwortlichen im Kieler Landespolizeiamt (LPA).

Nach Aussagen der LPA-Fachleute sein es insbesondere kleinere und leichte Beamtinnen und Beamten, bei denen die Zwischenfälle mit der Pistole registriert worden seien, weil der Rückschlag nicht entsprechend abgefangen werden könne. Dadurch seien die gemeldeten Hemmungen und Zuführungen der Patrone verursacht worden. Darüber hinaus gäbe es individuelle Probleme mit Griffstück und Abzug. Jedoch seien drei

verschiedene Modelle mit unterschiedlichen Griffstücken beim Landespolizeiamt vorrätig. Um Abhilfe zu schaffen, werde unter anderem überlegt, eine technische Veränderung hinsichtlich eines „Damenabzugs“ vorzunehmen.

„Die bekannt gewordenen Probleme mit der P 99 Q gefährden oder beeinträchtigen aber in keinster Weise die Sicherheit der Waffenträger. Hierbei muss man zusätzlich deutlich machen, dass bei dem Begriff Sicherheit der Waffenträger zwischen der Funktionssicherheit und der Handhabungssicherheit unterschieden werden muss. Die in Schleswig-Holstein ausgelieferten Pistolen P 99 Q sind technisch einwandfrei“, erklärte die zuständige Abteilung des LPA auf schriftliche



Die neue Pistole Walther P 99 Q

Holster vereinzelt in den Hüftbereich eingedrückt habe. Auch wurde berichtet, dass es zu Problemen beim Ansnallen in Dienstfahrzeugen, vornehmlich beim VW Passat, gekommen sei. Vom Landespolizeiamt wurde in diesem Zusammenhang dargestellt, dass es Alternativen zur Trageweise gebe. So stünden sogenannte Adapter zur Verfügung, durch die eine insgesamt ergonomisch günstigere Haltung ermöglicht würde. Das Landespolizeiamt erklärte sich bereit, diese Alternativen zuzulassen. Auch die Ansnallproblematik sei erkannt. Hier sollen gegebenenfalls für den Einzelfall Alternativen gesucht und angeboten werden. Keine Kompromisse sieht das Amt hingegen bei der „Ziehtechnik“ der Waffe.

Nach Erkenntnissen der GdP sind bislang in Schleswig-Holstein ca. 1900 Pistolen ausgegeben worden. Nach weiteren Jahresraten soll 2017 die Umrüstung abgeschlossen sein. Den Aussagen des Landespolizeiamtes zufolge, würden alle Waffen eine 100-prozentige Qualitätskontrolle in der Waffenwerkstatt Eutin durchlaufen und nur ausgegeben, wenn sie diese Qualitätskontrolle bestünden. Hamburg und Bremen haben ebenfalls die P 99 Q eingeführt.

Thomas Gründemann





# Bundeslagebild Wirtschaftskriminalität 2010 vorgestellt

Bundeskriminalamt veröffentlicht Zahlen für Deutschland –  
Dramatischer Anstieg der Internetkriminalität

*Die im Bereich der Wirtschaftskriminalität des vergangenen Jahres von der Polizei bearbeiteten Fälle sind ausgewertet und in die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) eingeflossen. Wie immer muss man in dem umfangreichen Zahlenwerk aber genau hinsehen. Aus dem Zusammenhang gerissen bilden die nackten Zahlen oder Prozentangaben die Wirklichkeit oft nicht unmissverständlich ab. BKA-Präsident Jörg Ziercke hat am 7. September bei der Vorstellung der PKS im Rahmen einer Pressekonferenz die wichtigsten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr vorgestellt und erläutert.*

Im Jahre 2010 gab es laut Polizeilicher Kriminalstatistik in der Wirtschaftskriminalität gegenüber dem Vorjahr nur einen Anstieg von 1,5 Pro-

schadens von rund 8,4 Milliarden Euro. Dabei hat die Wirtschaftskriminalität nur einen Anteil von 1,7 Prozent an den insgesamt polizeilich bekannt gewordenen Straftaten (2010: 5.933.278 Fälle).

Die Anzahl der Delikte aus dem Bereich der Wirtschaftskriminalität, in denen das Internet als Tatmittel genutzt wurde, ist binnen Jahresfrist drastisch um 20.374 auf 31.093 Fälle (ein Plus von 190 Prozent) angestiegen.

Im Jahr 2010 wurde damit bereits bei mehr als jedem vierten Fall von Wirtschaftskriminalität das Internet genutzt. Maßgeblich für diese Entwicklung, so BKA Präsident Jörg Ziercke, ist der Umstand, dass klassische Betrugsformen mehr und mehr unter Verwendung des Internet begangen werden.

Die Aufklärungsquote beim Internetbetrug lag im Berichtsjahr bei 91 Prozent (2009: 92 Prozent) und damit erneut deutlich höher als bei der Gesamtkriminalität (56 Prozent). Dies liege, so der BKA Präsident, u. a. darin begründet, dass die



Quelle: BKA Bundeslagebild Wirtschaftskriminalität 2010

zent (1.473 Fälle), insgesamt also 102.813 Delikte. Obwohl die Gesamtfallzahlen somit nahezu gleich geblieben sind, belief sich der durch die Wirtschaftskriminalität verursachte Schaden 2010 aber auf 4,66 Milliarden Euro (2009: 3,43 Milliarden Euro) und ist damit um rund 36 Prozent angestiegen.

Delikte der Wirtschaftskriminalität verursachten mithin mehr als die Hälfte des in der PKS ausgewiesenen Gesamt-

Geschädigten in diesen Kriminalitätsfeldern bei der überwiegenden Zahl der Fälle den Täter kennen.

BKA-Präsident Ziercke wagte auch einen Blick in die Zukunft: „Angesichts der sich ständig weiterentwickelnden technischen Rahmenbedingungen und sich dadurch ergebender Tatgelegenheiten wird der Anteil des Internets bei der Begehung von Wirtschaftsstraftaten auch künftig weiter zunehmen.“ >



HEROES  
WEAR  
HAIX



RANGER  
GSG9-S



Der Schuh für die Elite

Mit SEKs entwickelt. Für mehr Sicherheit bei Fast Roping Zugriff und im Beflammungsfall.

10,- €  
Unser Geschenk an Sie!  
Ab einem Mindestbestellwert von 50,- € beim Kauf auf  
[www.haix-webshop.de](http://www.haix-webshop.de)

Geben Sie bei der Bestellung den Gutscheine-Code ein:

hofedy14  
Gültig bis 01.11.2011

HAIX®-Schuhe Produktions- und Vertriebs GmbH  
Auhofstrasse 10, D-84048 Mainburg,  
T. +49(0)8751/8625-0, info@haix.de

[www.haix.com](http://www.haix.com)



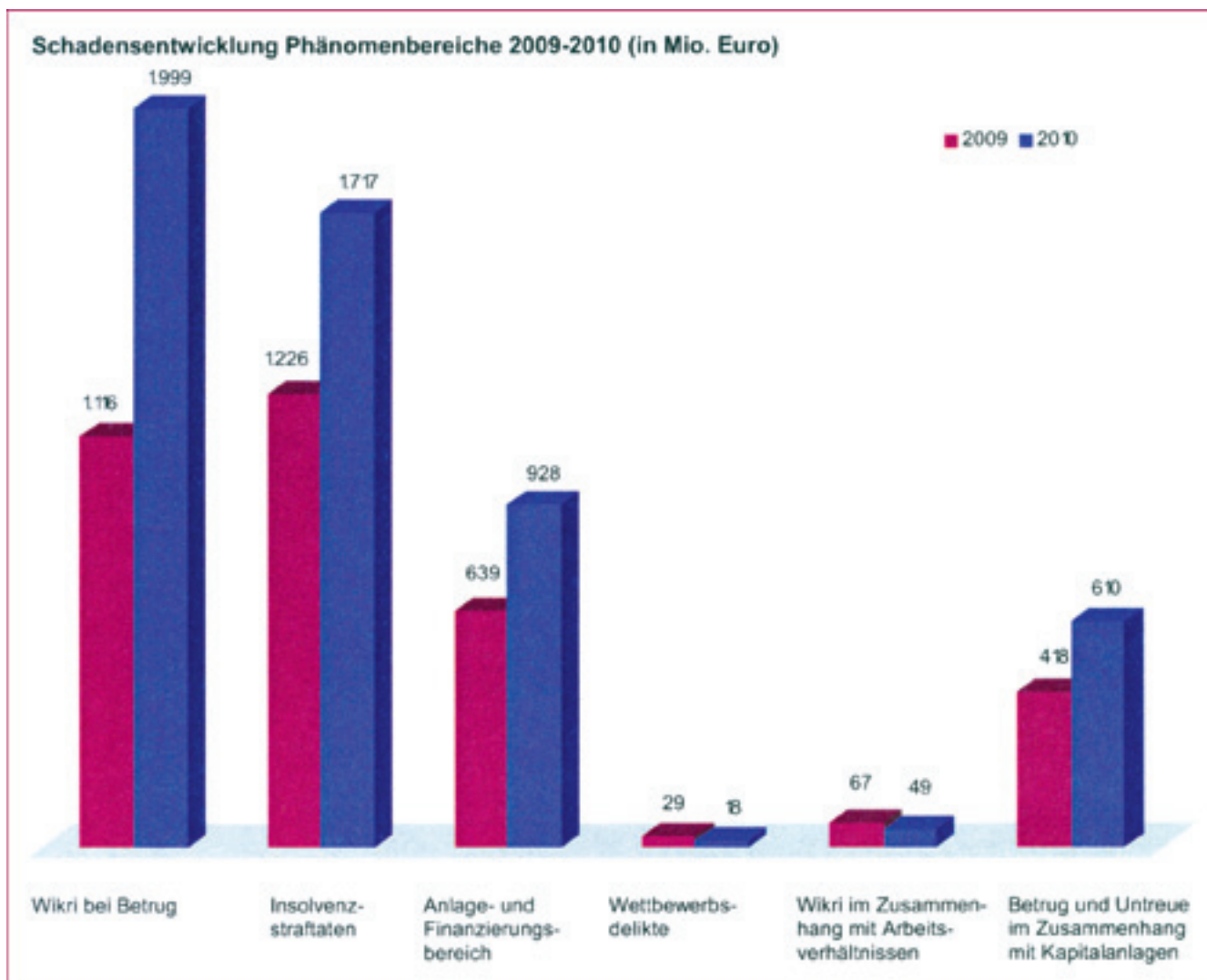
## Phänomenbereiche der Wirtschaftskriminalität

Im Jahr 2010 wurden in der PKS 12.174 Fälle der Anlage- und Finanzierungsdelikte registriert, ein Rückgang um 38

Bei den so genannten Wettbewerbsdelikten wurden 3.362 Fälle registriert, ein Rückgang von knapp 16 Prozent. Der festgestellte Schaden sank von 29 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 18 Millionen Euro (Ein Minus von 38 Prozent). Die Produkt- und Markenpiraterie bildet in diesem

werden, rund 4 Prozent mehr somit als im Vorjahr (2009: 35.801).

BKA-Präsident Ziercke abschließend: „Die polizeilichen Daten geben das tatsächliche Ausmaß der Wirtschaftskriminalität nur eingeschränkt wieder. In erster Linie sind es die Interessenlagen



Quelle: BKA Bundeslagebild Wirtschaftskriminalität 2010

Prozent also gegenüber dem Vorjahr. Der hohe Anstieg in 2009 beruhte auf Umfangersverfahren in Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Sachsen.

Das Gleiche gilt für Delikte im Bereich des Kapitalanlagebetruges. Hier wurden im Berichtsjahr 11.411 Fälle erfasst, was einem Rückgang von knapp 38 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Ziercke weiter: Bemerkenswert ist, dass in diesem Deliktsbereich trotz des Fallzahlenrückgangs der registrierte Schaden um 46 Prozent von 418 auf 610 Millionen Euro gestiegen ist.

Bereich weiterhin den Schwerpunkt.

Mit 11.707 Insolvenzdelikten stieg hier die Fallzahl um 3,5 Prozent leicht an.

Bei den Fällen von Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen gingen die Zahlen 2010 um rund 20 Prozent auf 3.790 zurück, die Schäden sanken um ca. 25 Prozent auf 35 Millionen Euro.

Arbeitsdelikte wurden der Polizei im Jahr 2010 11.191 Fälle bekannt, mithin nahezu der gleiche Wert wie 2009.

Für den Bereich der angezeigten Wirtschaftskriminalität konnten 2010 insgesamt 37.278 Tatverdächtige registriert

der Opfer, die zur Folge haben, dass nur ein Teil der begangenen Wirtschaftsdelikte bei den Strafverfolgungsbehörden angezeigt wird. Betroffene Unternehmen fürchten Image- und Reputationsverluste. Die interne Schadensbegrenzung steht oftmals noch an erster Stelle.“

Weitere Einzelheiten finden sich auf der Homepage des BKA unter: [www.bka.de](http://www.bka.de) unter Themen A-Z/W/ Wirtschaftskriminalität/Lagebilder Wirtschaftskriminalität.

Gustel Mechler



# Die Polizei soll's richten – vielleicht sogar bei den Piraten

**Lange sind sie vorbei, die Zeiten in denen Freibeuter mit königlichem Segen aus den Palästen Englands, Frankreichs Hollands, oder Spaniens ihr räuberisches Spiel auf den sieben Weltmeeren spielten. Nach einem kurzen Aufbäumen der „populären“ Piraterie zwischen 1714 und 1722 und dem Zusammenrücken der Seemächte am Ende des Spanischen Erbfolgekrieges (1713), gilt aus historischer Sicht das Jahr 1730 als Schlusspunkt einer lange dauernden Schreckensherrschaft.**

In der Neuzeit etablierte sich eine neue Piratenszene hauptsächlich in Teilen fernöstlicher Gewässer wie der Malacca-Strait, der Andamanen-See und dem Südchinesischen Meer. Weitere Gefahrengelände sind der Golf von Guinea (Westafrika) und das südliche Karibische Meer, im Dreieck zwischen Trinidad und Tobago, der Isla Margarita den Niederländischen Antillen und der Insel Grenada.

Insbesondere am Horn von Afrika zeigen einige hundert Piraten der Welt, wie man mit relativ einfachen Mitteln und einer völlig neu definierten Strategie, die mit den klassischen Ansätzen der bekannten Piraterie nur wenig gemein hat, Gelder in schwindelerregenden Höhen einnehmen oder besser gesagt, anderen wegnehmen kann.

Sicher gibt es an den Stammtischen

dieser Welt zumindest theoretische, praktikable Pauschallösungen für dieses Problem. Eine intensive Betrachtung der Situation aus militärischer, polizeilicher, ökonomischer und politischer Sicht führt aber schnell zu der Erkenntnis, dass es eine einfache und schnelle Lösung nicht geben kann. Viel zu kompliziert sind die Zusammenhänge, als dass sie mit einem Militäreinsatz oder ein paar tausend Sack Reis gelöst werden könnten.

Um etwas mehr Licht ins Dunkel der Piraterie im Indischen Ozean zu bekommen, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) beauftragt, die Situation aus wissenschaftlicher Sicht zu beleuchten. Das dort entstandene

-Anzeige-



microdrones GmbH

**Keiner kann die Augen überall haben?  
Doch. Sie schon.  
Mit der md4-1000 von microdrones!**

Ausgestattet mit Bild-, Video- und Sensorsystemen ist die md4-1000 das elektronische Auge der Zukunft. Eine Flughöhe von bis zu 1000 Metern, eine Nutzlast von 1200 Gramm, eine Flugzeit von bis zu 70 Minuten, Geräuscharmheit und Bedienerfreundlichkeit markieren diese neue Dimension des Fluggerätebaus.

Schneller, höher, länger sind Kern-Attribute der md4-1000. Entwickelt für höchste Ansprüche in Koordination, Aufklärung, Dokumentation, Erkundung, Vermessung, Inspektion und Observation bietet die md4-1000 während und nach dem Flug permanenten Datenzugriff.

Ausgerüstet mit hochauflösenden Foto- und Videokameras, leichtgewichtigen Tageslicht-, Dämmerungs-, Wärmebild- bzw. Thermalkameras liefert die md4-1000 sekundenschnell Information. Ausbleibende Schadstoffemissionen und Umweltverträglichkeit stehen zusätzlich auf der Habenseite dieses Überfliegers, der die Arbeit von Polizei, Rettungskräften und Katastrophenschutz nachhaltig erleichtert.

Tag für Tag. Erfolg für Erfolg.

microdrones. your eye in the sky.

[www.microdrones.com](http://www.microdrones.com)



SCHNELL MEHR SEHEN.



**„Die Aussage des Bundesministeriums des Innern, es sei aus logistischer, finanzieller und operativer Sicht nicht möglich, im Indischen Ozean einen individuellen Schutz an Bord von Schiffen unter deutscher Flagge anzubieten, stellt eine nicht akzeptable, staatliche Kapitulation Deutschlands vor der Piraterie und damit vor massiven Gefahren für die eingesetzten Seeleute und für die deutsche Wirtschaft dar“.**

**Das stellte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei, Josef Scheuring (58), in Berlin fest. „Natürlich können die Schiffe unter deutscher Flagge durch entsprechende Begleitung wirksam vor Piraten geschützt werden, wenn der Bundespolizei dazu das erforderliche Personal zur Verfügung gestellt wird. Der Bundesvorsitzende der GdP, Bernhard Witthaut, hat dazu einen durchaus zeitnah umsetzbaren Vorschlag gemacht“, so Scheuring. Die Bundespolizei schützt seit Jahren erfolgreich auch deutsche Passagierflugzeuge durch entsprechende Begleitung. „Der Schutz der deutschen Schiffe ist eine hoheitliche Aufgabe, die der Bundespolizei rechtlich vom Gesetzgeber zugeordnet wurde. Der Hinweis, dass diese hoheitliche Aufgabe auch aus finanziellen Gründen nicht ausgeübt werden könnte, stellt eindeutig eine unzulässige Verweigerung des Staates bei der Ausübung seiner staatlichen Kernaufgaben wahr“, so Scheuring.**

*Pressemeldung GdP Bundespolizei vom 11.8.2011*

Projekt „PiratT“ (www.maritimesicherheit.eu) hat es sich zur Aufgabe gemacht, neben den weltweit zunehmenden Piratenüberfällen auch das Risiko terroristischer Anschläge auf Einrichtungen der maritimen Wirtschaft zu untersuchen und zu analysieren. PiratT ist ein Verbundprojekt, an dem mehrere Organisationen, z.B. Reederei,

Versicherer, Sicherheitsbehörden etc. mitarbeiten. Es verknüpft politikwissenschaftliche Risikoanalysen und technologische Sicherheitslösungen mit rechtlichen und wirtschaftlichen Lösungsvorschlägen und will so zu einem effizienten Gesamtkonzept zur Maritimen Sicherheit beitragen. Die GdP ist dabei als assoziierter Partner beteiligt.

Bislang fanden zwei Workshops statt, in deren Rahmen die Projektbeteiligten Einblick in die Lage erhielten und mögliche Lösungsansätze diskutierten.

Einer der wesentlichsten Diskussionspunkte bildete die Frage der Begleitkräfte, also Personen, die an Bord eines Schiffes zu

fen ausgerüstet sind, die nach deutschem Recht unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallen, zu schützen.

Nähert man sich der Betrachtung über den Weg der Tat-/Täteranalyse, so steht das Ergebnis schnell fest. Jedenfalls scheint die Begründung einfacher zu sein, als der mühsame Weg über zivil- oder militärrechtliche Hürden.

Bei beiden Taten, Piraterie wie See-Terror, handelt es sich zunächst um zahlreiche Einzeltatbestände, die im deutschen (und anderen) Strafgesetzbüchern enthalten sind, wie Nötigung, Freiheitsberaubung, Körperverletzung, Diebstahl, Raub, Gefährdung des Schiffsverkehrs etc. – je nach



**5.000 bis 10.000 Dollar winken einem „einfachen“ Piraten nach erfolgreichem Beutezug. Dafür müssen anständige somalische Fischer ein Leben lang hinaus fahren.**

*Foto: EPA/GEORGE ESIRI/dpa*

dessen Schutz während der Passagen durch gefährdetes Gebiet, mitfahren.

Diese Maßnahme wird neben diversen technischen Schutzvorkehrungen wie Stacheldraht, Wasserkanonen etc. seitens der Reedereien favorisiert. Dem militärischen Schutz, wie er durch Marinefahrzeuge angeboten wird, messen die Schiffseigner wegen der geringen Präsenz auf dem riesigen Indischen Ozean, nur eine geringe Bedeutung zu.

Ginge es nach dem Wunsch der Reederei, so stünden an erster Stelle Militär- oder Polizeikräfte vor denen der privaten Sicherheitsunternehmen. Diese sind es allerdings, die derzeit zahlreiche Schiffe an Bord begleiten.

### Wer ist zuständig?

Wer ist nun tatsächlich am besten geeignet, Handelsschiffe vor dem Entern feindlicher Piraten, die teilweise mit Waf-

Ausgestaltung des tatsächlichen Geschehen als eigenständiger oder qualifizierter Tatbestand.

Personen, die solche Taten verüben, sind Straftäter. Die Verfolgung von Straftaten, d.h. Ermittlung des Tathergangs, Sicherung von Beweismitteln, Feststellung und Festnahme von Tätern nebst deren Zuführung zur Justiz, ist und bleibt originäre polizeiliche Aufgabe. Auf diesem Gebiet hat weder das Militär, noch die private Sicherheit eine eigene Zuständigkeit.

Daher wäre es nur folgerichtig, wenn die Begleitung von Handelsschiffen zum Schutz vor Piratenattacken durch Polizeibeamte erfolgen würde. Es ist naheliegend, sich in dieser Rolle Beamte der Bundespolizei vorzustellen. Selbstverständlich muss dann auch über eine sinnvolle und angepasste Unterstützungsleistung durch die Marine gesprochen werden. Ebenso wie über die Aus- und Fortbildung der Kräfte, über die rechtlichen Grundlagen ihres Einsatzes, einschließlich einer ange-



passten Bewaffnung und nicht zuletzt über den sozialen Schutzstandard, der für solche Dienste neu zu definieren wäre. Und in der Gesamtperspektive natürlich ausschließlich für Schiffe, an deren Flaggenmast-Top die Deutsche Flagge weht.

### Das „Geschäftsmodell“ somalischer Piraten

Warum gelingt es den somalischen Piraten zunehmend besser, immer mehr Schiffe in ihre Hand zu bekommen und warum schaut die Welt mit ihren high-tech-Möglichkeiten fast nur ohnmächtig zu. Ist es das neue „Geschäftsmodell“ der Piraten?

Beim klassischen Seeraub wird ein Schiff gekapert mit dem Ziel, die Ware zu rauben – sei es mit oder ohne Schiff. Die Besatzung des Beuteschiffs bleibt entweder unbehelligt oder geht im schlimmsten Fall über Bord.

Die somalischen Piraten sind dagegen weder am Schiff, noch an dessen Ladung interessiert. Beides bildet zusammen mit der Besatzung lediglich das Erpressungskapital gegenüber der Reederei.

Insofern ist es durchaus gerechtfertigt, von einem neuen, bisher zumindest nicht in dieser Form gekannten Geschäftsmodell zu sprechen. Sicher wurden in der Zeit der großen Eroberungsfahrten auch Schiffe gekapert und manchmal sogar gegen Lösegeld wieder an die Eigentümer zurück gegeben. Das hierbei angewendete Preisrecht, legt man es nach den allgemein anerkannten Grundsätzen des Seekriegsrechts aus, war allerdings nur zwischen kriegsführenden Parteien anzuwenden.

Die heutigen maritimen Erpresser erzielen horrende Summen an Lösegeld. Je nach Schiff und Liquidität des Reeders werden derzeit Lösegelder von über sechs Millionen US-Dollar gezahlt.

### Militärische Schutzmaßnahmen im Indischen Ozean

Warum zeigen die militärischen Schutzmaßnahmen auf See kaum Wirkung?

Die Antwort ist vielschichtig. Zum einen muss man sich die Größe des Indischen Ozeans vor Augen führen. Er ist hinter dem Arktischen- und dem Atlantischen Ozean mit 74,9 Mio. Quadratkilometern der drittgrößte Ozean der Welt. Die Piratenattacken ereignen sich nicht nur vor dem Horn von Afrika und dem Golf von Aden, sondern überdecken den kompletten Nordindien bis ca. 200 Seemeilen (1 sm = 1.852 m) südlich von Madagaskar.

Die derzeit ca. 40 im Einsatz befindlichen Kriegsschiffe sind dort weniger als die Stecknadel im Heuhaufen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die militärischen Operationen nicht ausreichend koordinierbar zu sein scheinen. Lediglich die Nato Operation „Ocean Shield“ ist als Verbundmaßnahme unter einheitlicher Führung gestellt. Die EU-Operation NAVFOR Atalanta nimmt zwar auch an der Piratenjagd teil. Ihre eigentliche Aufgabe ist es jedoch, die Versorgungsschiffe des Welternährungsprogramms AMISOM zu schützen.

Die restlichen Schiffe und -verbände aus China, Russland, Indien, Australien, Südkorea u.a. sind mehr oder weniger „Einzelkämpfer“.

Ferner: Die Piraten operieren seit dem vergangenen Jahr teilweise von „Mutterschiffen“ aus, die aufgrund ihrer Größe einen nahezu unbegrenzten Aktionsradius auf dem Ozean besitzen. Die eigentlichen Angriffe erfolgen mit Schnellbooten, die an Bord der Basisschiffe mitgeführt werden. Bei diesen handelt es sich oft um gekaperte Schiffe, die sich nebst Besatzung auf erzwungener Beutefahrt befinden. Solche Schiffe zu attackieren – sofern sie tatsächlich gestellt werden können – ist wenig erfolgversprechend, weil die an Bord befindlichen Piraten in diesem Fall mit der Ermordung der Crew drohen.

Dazu kommt: Zahlreiche Schiffsführer/Reeder ignorieren das Angebot der Anmeldung an den beiden eingerichteten „Brückenköpfen“ bzw. sind nicht bereit, zwei oder drei Tage zu warten, um sich einem Konvoi anzuschließen. Das Schicksal der Einzelfahrer ist somit oft besiegelt, zumal dann, wenn sie langsam fahren und/oder einen niedrigen Freibord haben.

Zu guter Letzt stellt sich das Rechtssystem zur Bekämpfung der Piraterie auf See als äußerst kompliziert dar und erweist sich nur als bedingt tauglich, dem Unwesen Herr zu werden. Das Seerechtsübereinkommen erlaubt zwar die Piratenjagd – aber i.d.R. nur auf hoher See, sprich 12 Seemeilen von Land entfernt. Ein anderes Übereinkommen (kurz SUA genannt) formuliert zwar strafverfahrensrechtliche Maßnahmen und erlaubt den Eingriff innerhalb der 12-sm-Zone, hat aber wiederum Mängel im Hinblick auf das Aufbringen verdächtiger Schiffe.

Sollte es tatsächlich gelingen sein, Piraten habhaft zu werden, taucht das nächste Problem auf: Welcher Justiz sollten die Täter zugeführt werden? Der „Hamburger Fall“ kann nicht die Patentlösung sein. Der optimale Weg wäre die Schaffung eines Internationalen Gerichtshofes, der über Personal verfügt, das sowohl die

Rechtsmaterie, als auch die ethnischen, sozialen und politischen Hintergründe und Ist-Zustände vor Ort genauestens kennt. Ob dieser Weg gangbar ist, wird derzeit auf politischer Ebene diskutiert. Dabei darf auch die Frage nach dem geeigneten Vollzug nicht ausgeblendet werden. Nach dem Rückzug Kenias, stehen derzeit nur eine Hand voll Betten in einem Gefängnis auf den Seychellen zur Verfügung. Aber diese sind bereits jetzt auf lange Zeit ausgebucht.



**BRUNOX®**  
**Waffenpflege ist**  
- **Lauffreinigung,**  
- **Korrosionsschutz**  
- **und Schmierung**

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:  
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913



**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

**NEU- oder GEBRAUCHTWAGEN?**  
Wir liefern Fahrzeuge aller **NAMHAFTER HERSTELLER** zu **GÜNSTIGEN PREISEN.**

**SERVICE**  
wird bei uns groß geschrieben.

Informieren Sie sich!  
**Telefon: (02207) 76 77**  
[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)

**Neuerscheinung!**

Die 2. überarbeitete Auflage richtet sich nach wie vor an den vier wesentlichen Teilbereichen des taktischen Schusswaffengebrauchs aus: **Psyche, Taktik, Schießtechnik und Ausrüstung.** Mit diesem ganzheitlichen Ansatz hat das Buch nicht nur im deutschsprachigen Raum **Alleinstellungscharakter.**



dwj Verlags-GmbH, Tel. 07953 9787-0  
[www.dwj-medien.de](http://www.dwj-medien.de), E-Mail: [vertrieb@dwj-verlag.de](mailto:vertrieb@dwj-verlag.de)

**Schwerer Streit – Trennung??**  
Mediation = Konfliktbearbeitung auf Augenhöhe!  
[www.fairtragen-statt-verklagen.de](http://www.fairtragen-statt-verklagen.de)

[www.polizeifeste.de](http://www.polizeifeste.de)

**Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick!**



## Politische Situation in Somalia

Bei einem Blick auf die politische Situation Somalias wird deutlich, wie hoffnungslos die Lage am Horn von Afrika in Wirklichkeit ist und warum es – wenn überhaupt – nur einen politischen Weg geben kann, die Lage langfristig zu beruhigen.



**Einzelfahrer, oder Schiffe die – wie hier die Magellan Star – einen niedrigen Freibord (= Höhendifferenz der Bordwand zur Meeresoberfläche) aufweisen und dazu noch mit geringer Geschwindigkeit (unter 12 Knoten - kn [Seemeilen pro Stunde]) fahren, sind dankbare Opfer der Piraten.**  
Foto: US Navy handout/dpa

Somalia ist seit 1960 ein selbständiger Staat. Zuvor war er britischer und italienischer Kolonialbesitz. Die Zentralregierung mit Sitz in Mogadischu muss sich vorwerfen lassen, dass die Hälfte der ca. 8,5 Mio. Einwohner Somalias auf Nahrungsmittelhilfen von außen angewiesen ist. Aufgrund des zweimaligen Ausfalls der Regenzeit befinden sich derzeit hunderttausende Somalier auf der Flucht in Nachbarländer oder sterben, weil sie zu schwach zum Davonlaufen sind. Ein staatliches System, das sie schützen oder gar ernähren könnte, gibt es dort nicht. Die „Transitional Federal Gouvernement – TFG“ ist als Übergangsregierung am Ende und kann sich nur aufgrund der Stützung durch AMISOM-Kräfte, einem von der Afrikanischen Union gestellten Militärkontingent (5-8 Tsd. Soldaten) am politischen Leben erhalten.

Zwei Hauptgegner der TFG sind die beiden Gruppen Al Shabaab (Die Jugend) und Hizbul Izzam (Islamische Partei). Beide trachten danach, das bestehende System mit militärischen Mitteln zu beseitigen, um einen Staat islamischer Prägung einzurichten.

Es scheint, dass Al Shabaab die Oberhand gewonnen hat. Deren Ziel ist es, ein globales islamisches Kalifat zu gründen. Dieses muss nicht zwingend das derzeitige Staatsgebiet von Somalia umfassen. Hilfestellung erhält die radikalislamistische Vereinigung durch den jemenitischen Arm der Al Qaida, der bekanntlich zum weltweiten internationalen Jihad aufgerufen hat.

Al Shabaab bestreitet, dass es in Somalia eine Hungersnot gibt und verweigert daher unter Androhung von Waffengewalt die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen im Rahmen des kürzlich angelaufenen Not-Ernährungsprogramms. An dieser Stelle zeigt sich, wie verblendet solche Vereinigungen sind und mit welchen grausamen Methoden sie unter perverser Umdeutung eigener religiöser Grundlagen ihre Machtpolitik betreiben.

Es muss daher zwingend hinterfragt werden, ob es diesen Gruppen „nur“ um die Ausbreitung bzw. Verwirklichung bestimmter fundamentaler religiöser Inhalte geht, oder ob das eigentliche Ziel „Macht um jeden Preis“ lautet. An dieser Stelle wären eigentlich die Mehrheitsorganisationen, die einen echten, dem Menschen dienenden Islam als ihre Religion bezeichnen, gefordert, quasi in eigener Sache und in eigenen Reihen zu intervenieren. Dieser Kampf ist nicht in erster Linie Aufgabe des Westens.

## Abhilfe in Sicht?

Ist in Sachen Piraterie Abhilfe in Sicht?

Nein, so muss die nüchterne Antwort lauten.

Die Zahl von Angriffen auf Schiffen am Horn von Afrika steigt unaufhörlich. Im Jahr 2009 waren es 217 von 406 weltweit und bis Oktober 2010 stand das Verhältnis 126 zu 289. Auf das Konto somalischer Piraten gingen bis dahin allein 35 der 39 Schiffsentführungen auf den Weltmeeren.

Die Lösegeldpiraterie ist kriminologisch zumindest in der jüngsten Zeit noch nie aufgetreten und überfordert offenbar alle Beteiligten – Polizei, Militär, Politik, Verwaltung und Gerichte – hinsichtlich der Entwicklung geeigneter Gegenmaßnahmen.

Die Menschen in Somalia haben keine Perspektiven. Die Piraterie bietet zumindest im Küstengürtel die Chance, wenigstens ein wenig Wohlstand erleben zu dürfen. Im Grunde handelt es sich bei den „operativen“ Piraten um Bauern und Fischer und keinesfalls um geborene oder überzeugte Rechtsbrecher. Sie wollen lediglich überleben und würden dies mit Sicherheit gerne auf eine Weise tun, wie sie es von ihren Müttern und Vätern gelernt haben.

## Was also muss getan werden?

Hauptziel muss sein, den Staat Somalia soweit zu stabilisieren, dass er in der Lage ist, seine Bürger zu ernähren. Der Weg dorthin ist lang und mühselig. Er muss aber beschritten werden, weil ein Friede auf See sonst aus den vorn dargestellten Gründen nicht erzielt werden kann. Die einzige Chance besteht darin, durch politische Maßnahmen, sei es durch technische Aufbauhilfen, Ausbildung, Unterstützung in Ernährungsfragen und vieles mehr, den Staat so aufzustellen, dass er in absehbarer Zeit seine Geschicke selbst lenken kann.

Parallel dazu muss versucht werden, die eigentlichen „Gewinner“ aus den Lösegeldzahlungen mit welchen Mitteln auch immer zu entmachten, um auf diese Weise die organisatorische Basis für Piratenaktionen zu zerstören.

Ganz wichtig ist es, das gegenüber der Weltgemeinschaft verloren gegangene Vertrauen der Menschen in Somalia wieder zu gewinnen. Diese Botschaft gilt nicht nur in Richtung der eigenen zerstrittenen Gruppen mit Führungsanspruch, sondern insbesondere auch gegen die externen Hilfeleister, die es immerhin bis heute erlauben, dass die Gewässer vor Somalia durch professionelle Fischfangflotten leergefischt werden, um anschließend Spezialschiffen Platz zu machen, die dort Wohlstandsdruck verklappen.

*hjm*





## Verantwortlichkeit für Angriff auf Polizeibeamte

Als zwei Polizeibeamte in eine Schlägerei gerieten, wurden sie empfindlich verletzt. Deshalb machte der eine Beamte einen Schadensersatzanspruch geltend. Es ging insbesondere um Schmerzensgeld, das ihm durch das **Urteil des Oberlandesgerichts Koblenz vom 8.3.2010 – 1 U 1137/08** – zugesprochen wurde. Es war auch zum Schusswaffeneinsatz durch die beiden Polizeibeamten gekommen. Dafür lag ein Grund vor, weil den Gegnern die zurechenbare und nahe liegende Folge ihres Angriffs zuzurechnen war.

Die den beiden Beamten zugefügten massiven Gesundheitsbeschädigungen lagen durchaus im Schutzbereich der gesetzlichen Schadensersatzbestimmungen. Die Täter hatten die polizeilichen Anweisungen zum Stehenbleiben und zur Beendigung des Angriffs eindeutig ignoriert; sie hatten Widerstand gegen die Polizeibeamten geleistet; sie hatten diese abgedrängt und zum Rückzug genötigt und hierdurch auch deren Freiheit beeinträchtigt sowie weiterhin auch versucht, diese körperlich durch Schläge bzw. Tritte zu verletzen.

Aus der Sicht des Gerichts hatten die beiden eingesetzten Polizeibeamten ihr „Lebens- und Berufswahlrisiko“ nicht etwa realisiert, was die Schläger behauptet hatten. Ein Polizeibeamter, wenn er von einem Angreifer geschlagen, getreten und hierdurch körperlich verletzt wird, hat einen entsprechenden Schadensersatzanspruch. Das Gericht äußert sich dagegen, dass es keinen Fall gibt, in dem der jeweilige Schädiger unter dem Gesichtspunkt „Verwirklichung des Lebens- und Berufswahlrisikos“ von der Haftung freigestellt ist. Der Schädiger ist in diesem Fall für die körperlichen Schäden verantwortlich und entschädigungs-

pflichtig. Dies gilt unter Berücksichtigung des Umstands, dass eigenes Handeln der Polizeibeamten (Schusswaffeneinsatz) ihre Erkrankung auslösendes Gesamtgeschehen mitgeprägt hat. Ihr Handeln hatte seine Ursache in dem massiven, die Rechtsgüter der Polizeibeamten verletzenden Verhalten der Schläger, ihrem massiven und höchst aggressiven Angriff.

So wurden die Täter verpflichtet, 18.000 Euro Schmerzensgeld für die bei einem Beamten vorliegende Belastungsstörung mit Berufsaufgabe zu zahlen. Dabei wurden das anstößige Prozessverhalten der Gegenseite und der hohe Unwert der Tat berücksichtigt. **RA Dr. Otto**

## Kosten durch Polizeieinsatz wegen unbegründeter Alarmierung

Als aus einem abgestellten Pkw ein akustischer Alarm zu hören war, informierte ein Nachbar die Polizei, die auch kam. Deshalb wurde ein Kostenerstattungsanspruch geltend gemacht.

Nach dem **Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover vom 21.3.2011 – 10 A 4180/09** – kam es nicht darauf an, ob die Alarmierungsanlage direkt mit der Polizei verbunden war oder ob die Polizei bei einer Streifenfahrt den Alarm bemerkte.

Es war von einer ungerechtfertigten Alarmierung auszugehen. Eine Alarmierung ist ungerechtfertigt, wenn die Polizei keinen Grund für ein polizeiliches Einschreiten feststellt, es sei denn, die oder der Verfügungsberechtigte weist Tatsachen nach, die die Annahme rechtfertigen, dass die Alarmauslösung berechtigt war.

Der Fahrzeughalter konnte keine Anhaltspunkte dafür vorgetragen, dass der Alarm unberechtigt war. Das Gegenteil war der Fall; der Halter hatte nämlich geltend

gemacht, die Alarmanlage werde schon durch ein bloßes Rütteln an dem Fahrzeug ausgelöst.

Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz gebietet es, alle Menschen vor dem Gesetz gleich zu behandeln und verpflichtet eine Behörde, wesentlich Gleiches gleich und Ungleiches entsprechend seiner Verschiedenheit und Eigenart ungleich zu behandeln. Bei Massenerscheinungen ist der Gesetzgeber befugt, zu generalisieren, zu typisieren und zu pauschalisieren, ohne allein wegen damit verbundener Härten gegen den allgemeinen Gleichheitssatz zu verstoßen.

Die Ungleichbehandlung der beiden Sachverhalte wäre nach Auffassung des Gerichts gerechtfertigt. Die Anzahl der Fälle eines Fehlalarms durch eine Alarmanlage ist nämlich ungleich höher als die eines Fehlalarms durch eine Person.

Der Fahrzeughalter war Kostenschuldner. Die Kosten wurden geltend gemacht, weil der Fahrzeughalter zu der Amtshandlung Anlass gegeben hatte. Der Tatbestand war willentlich gesetzt worden und unmittelbar Anlass für die Amtshandlung gewesen. Nicht erforderlich war, dass die Amtshandlung willentlich herbeigeführt worden war. Der Halter war dadurch Veranlasser der gebührenpflichtigen Polizeihandlung geworden, dass er eine Alarmanlage in dem Pkw installiert und diese auch nicht abgeschaltet hatte, so dass dies technisch möglich war. Ob der Halter einen Polizeieinsatz gewünscht hatte oder nicht, war unerheblich.

Der Gebührenerhebung stand nicht entgegen, dass die eingesetzten Polizeibeamten gegenüber dem Halter des Pkw geäußert hatte, die Sache habe sich erledigt. Die Gebührenerhebung erfolgte von Gesetzes wegen und steht nicht zur Disposition der Einsatzbeamten.

**RA Dr. Otto**



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) • [info@habichtswaldklinik.de](mailto:info@habichtswaldklinik.de)

... wieder Atem schöpfen

## Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWG als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



# Vorstellung und Realität – der Beruf des Polizisten

Starten die Studenten mit falschen und unrealistischen Vorstellungen in den Polizeiberuf und beenden daraufhin aufgrund von Desillusionierung beim Einblick in die polizeiliche Realität ihr Studium? Darüber hinaus sollte die Untersuchung zum Vorschein bringen, welche Berufsmerkmale Polizisten zum Zeitpunkt ihrer Einstellung und heute, also zum Zeitpunkt der Befragung, für kennzeichnend halten. Und wie angenehm oder unangenehm sie diese Merkmale im Berufsalltag einschätzen. Es wurde weiterhin erhoben, inwiefern sich die Einschätzung von zufriedenen und unzufriedenen Polizisten voneinander unterscheidet. Insgesamt sollte die Frage beantwortet werden, ob die Polizei hält, was sich Polizisten von ihr versprochen haben. All das sollte eine Untersuchung an der FHÖ erhellen.

Hierzu wurden insgesamt 179 Berufsanfänger (Studenten im ersten und im dritten Studienjahr ohne einschlägige Berufserfahrung) sowie 166 berufserfahrene Polizeibeamte befragt (Beamte der Bereitschaftspolizeihundertschaft und Ratsanwärter).

Die Ergebnisse der Untersuchung liefern wertvolle Hinweise für die Personalwerbung der Polizei – und auch für die Polizei als Arbeitgeber. Gerade in den kommenden Jahren wird der Markt potenzieller Bewerber immer härter umkämpft werden. Geburtenrückgänge seit den 60er Jahren machen sich sehr deutlich in sinkenden Schulabgängerzahlen bemerkbar. Immer weniger geeignete Absolventen werden in Zukunft dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Schon seit einiger Zeit wird in diesem Zusammenhang vom „War for talents“ gesprochen, für welchen sich Unternehmen wie auch die Polizei rüsten müssen. Um ausreichend gute Mitarbeiter rekrutieren zu können, muss die Polizei als Arbeitgeber wissen, was Polizisten zu zufriedenen Mitarbeitern macht und wie sie mit den Vorteilen des Berufes bei potenziellen Bewerbern Interesse wecken kann.

Was reizt junge Menschen an einer bestimmten Arbeit? Der Verdienst? Sicher auch, aber nicht maßgeblich. Vielmehr erwarten junge Menschen eine interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit, Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen ihrer

**Aus welchen Gründen brechen angehende Polizeikommissare<sup>1</sup> ihr Studium ab? Diese Fragestellung war Ausgangspunkt einer Untersuchung, die Carola Vesper im Rahmen ihrer Dissertation vorlegte. Einige interessante Ergebnisse werden nachfolgend kurz skizziert.**

Arbeit und die Möglichkeit, sich beruflich frei entfalten und entwickeln zu können. Neben den Entwicklungschancen erwarten sie auch Lern- und Aufstiegsmöglichkeiten. Wichtiger wird auch zunehmend ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Berufs- und Privatleben, die „work-life-balance“. Auch auf die Wertschätzung der eigenen Arbeit wird immer mehr Wert gelegt. Teamarbeit ist und bleibt ein Merkmal, dem viele Berufssuchende bei der Wahl ihres Ausbildungsberufes eine große Bedeutung beimessen.

Welche dieser Erwartungen kann die Polizei als Arbeitgeber erfüllen? Welches sind die Merkmale, die Polizisten für ihren Beruf für kennzeichnend halten?

Das am meisten kennzeichnende Merkmal des Polizeiberufes ist die Teamarbeit. Knapp 96 % aller befragten Polizeibeamten haben die Frage, ob das Merkmal zum jetzigen Zeitpunkt für sie kennzeichnend ist, mit „Ja“ beantwortet, dicht gefolgt von der mit dem Beruf verbundenen Arbeitsplatzsicherheit (95 %). Gerade in Zeiten von Unsicherheit in der Wirtschaft und Schließungen von Unternehmen wird diese Komponente des Berufes immer bedeutsamer. Hiernach folgen mit einigem Abstand die Verantwortung, welche mit dem Beruf verbunden ist und die Arbeit mit vielen verschiedenen Menschen.

Für die Attraktivität und Berufszufriedenheit ist entscheidend, wie angenehm einzelne berufliche Merkmale von den Arbeitnehmern – und eben auch von

potenziellen Bewerbern – empfunden werden. Besonders gewichtig sind dabei gerade solche Merkmale, die für besonders kennzeichnend gehalten werden. Welches sind nun die Merkmale, die als sehr angenehm empfunden wurden?

Sehr interessant ist, dass genau die zwei Merkmale, die den Polizeiberuf für die meisten Befragten kennzeichnen, auch diejenigen sind, die als besonders angenehm empfunden wurden: Das sind Teamarbeit und die berufliche Sicherheit. Auf einer 5-Punkt-Skala, auf der von -2 (sehr unangenehm) über 0 (neutral) bis zu +2 (sehr angenehm) gemessen wurde, erreichte die Teamarbeit den Wert 1,58 und die berufliche Sicherheit 1,56.

Wie wird die Polizeiarbeit aber nun speziell von Berufsanfängern wahrgenommen? Und worin unterscheiden sich ihre Wahrnehmungen und die der Berufserfahrenen? Nachfolgende Abbildung zeigt die größten Differenzen:

Gesamt (N=345)			
Nr.	Item	ja	nein
5	Teamarbeit	95,58	4,42
16	Berufliche Sicherheit	95,31	4,69
28	Verantwortung	89,71	10,29
21	Arbeit mit vielen versch. Menschen...	89,38	10,62
26	Abwechslung	89,32	10,68
7	Recht und Ordnung durchsetzen	89,12	10,88
12	Innere Sicherheit, für Sicherheit sorgen	87,72	12,28

Alle dargestellten Merkmale wurden von den Berufsanfängern viel ausgeprägter mit dem Polizeiberuf verbunden als von erfahrenen Polizeibeamten.

Interessant ist, wie das Merkmal „Action, Spannung“ von den beiden Gruppen bewertet wurde: Während Berufsanfänger das Merkmal mit 1,15 bewerteten, schätzten es die Berufserfahrenen mit 0,60 deutlich (*bevorzuge:*) schlechter ein. Die Attraktivität des Merkmals sinkt offenbar mit zunehmender Berufserfahrung.

## Attraktivstes für Berufsanfänger

Welches sind aber nun für Berufsanfänger die attraktivsten, weil angenehmsten Merkmale des Polizeiberufes?





## BERUFSZUFRIEDENHEIT

Gesamt (N=345)			
Nr.	Item	M	SD
5	Teamarbeit	1,58	0,59
16	Berufliche Sicherheit	1,56	0,73
26	Abwechslung	1,39	0,77
21	Arbeit mit vielen versch. Menschen...	1,21	0,76
18	Hilfe leisten, „Freund und Helfer“	1,19	0,73
19	Sport	1,18	0,93
24	Vielseitigkeit, Spezialisierung	1,08	0,93

Ganz oben steht bei dieser Gruppe die berufliche Sicherheit. Mit diesem Merkmal kann also besonders gepunktet werden. An zweiter Stelle der angenehmsten Merkmale steht bei den Berufsanfängern die Teamarbeit, dicht gefolgt von der Abwechslung, die der Polizeiberuf bietet. Teamarbeit zieht sich bereits seit einiger Zeit als Schlagwort durch die gesamte Personalwerbung der Polizei. Aber es ist nicht nur ein Werbeslogan, sondern wird in der Realität auch erfüllt. Auch für

berufserfahrene ist es mit 95 % das am meisten kennzeichnende und auch das angenehmste Merkmal ihres Berufes (mit 1,50). Im Rahmen der Untersuchung stellte sich ferner die Frage, ob das Empfinden eines Berufsmerkmals als an- oder unangenehm davon abhängt, ob man darauf vorbereitet ist oder nicht. Hier liegt eine mögliche Ursache für berufliche Desillusionierung, welche übrigens als Teilaspekt des Burnout-Syndroms gilt: Ansprüche oder Erwartungen entsprechen nicht der Realität des beruflichen Alltags. Wenn diese Erwartungen dann nicht angepasst bzw. korrigiert werden können, entsteht berufliche Desillusionierung. Insbesondere engagierte Berufstätige sind hiervon häufig betroffen. Die nicht erfüllten Er-

wartungen verursachen dann belastende Enttäuschungen.

Bei der genannten Fragestellung stellte sich heraus, dass durchweg alle Merkmale als unangenehmer eingeschätzt wurden, wenn sie vor der Einstellung nicht für kennzeichnend gehalten wurden – wenn die Betroffenen also ungenügend darüber informiert waren.

Die größten Differenzen wurden bei den Merkmalen „Kompetenz“ und „besondere Arbeitsausrüstung“ festgestellt. Weiterhin wurde von den schlecht informierten Personen (nur wenige Personen) die Merkmale „Action“ sowie „Recht und Ordnung“ als signifikant unangenehmer eingeschätzt. Selbst grundsätzlich positiv bewertete Merkmale wie „Zusammenarbeit mit vielen verschiedenen Menschen“ und die mit dem Polizeiberuf verbundene „Abwechslung“ wurden von den schlecht informierten wesentlich unangenehmer eingeschätzt als von den Informierten. Auch hierbei muss angemerkt werden, dass lediglich ca. 6 % die Merkmale vor



Ein guter Fang für Ihre Sicherheit!

### Wir sind der Spezial-Versicherer der Polizei!

Die SIGNAL IDUNA Gruppe gibt Ihnen die finanzielle Sicherheit, die Sie erwarten. Reden Sie mit uns.

**SIGNAL IDUNA**

Versicherungen und Finanzen



Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

**SIGNAL IDUNA Gruppe**

Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst • Joseph-Scherer-Str. 3 • 44139 Dortmund  
Telefon (02 31) 1 35 - 25 51 oder schreiben Sie eine E-Mail an [oed-service@signal-iduna.de](mailto:oed-service@signal-iduna.de)





**Die Arbeit mit dem Titel „Hält die Polizei, was sich Polizisten von ihr versprochen haben“ wurde im Verlag für Polizeiwissenschaft unter der ISBN 978-3-86676-119-3 veröffentlicht. Die Autorin, Dr. Carola Vesper, geborene Scheer, hat sich bereits im Rahmen ihrer Diplomarbeit mit dem Polizeiberuf beschäftigt und untersucht, inwiefern die Zielgruppe der Personalwerbung der Polizei NRW über den Polizeiberuf informiert ist und diesen einschätzt. Die beschriebene Untersuchung ist Teil ihrer Dissertation, welche auf den Ergebnissen der Diplomarbeit aufbaut. Für Feedback und Rückfragen ist sie unter [carola.scheer@gmx.de](mailto:carola.scheer@gmx.de) erreichbar.**

ihrer Einstellung nicht für kennzeichnend gehalten haben – heute jedoch schon.

Im Rahmen der Untersuchung wurden auch vier Fragen gestellt, mit der Berufszufriedenheit ermittelt werden kann. Zum einen wurde die Frage gestellt, ob sich die eigenen Vorstellungen vom Polizeiberuf in der Realität bestätigt haben. Hier hat insgesamt der weit überwiegende Teil diese Frage mit „Ja“ beantwortet, nämlich 77 %. Lediglich 19 % fanden ihre Vorstellungen nicht bestätigt. Bei den Berufserfahrenen waren es immerhin noch 66 % (Ja) zu 33 % (Nein). Und auch auf Frage, ob die Polizei gehalten hat, was sich die Befragten von ihr versprochen hatten, haben insgesamt 68 % mit „Ja“ und 27 % mit „Nein“ geantwortet. Bei den Berufserfahrenen waren es 48 %, die diese Frage mit „Ja“ und 47 %, die sie mit „Nein“ beantwortet haben.

Ob man guten Freunden zu einer Bewerbung bei der Polizei raten würde, bejahten 77 % der Befragten. Ob man den Beruf noch einmal ergreifen würde verneinten 17%.

## Gründe

An vorderster Stelle der Gründe, die gegen eine Weiterempfehlung des Berufes sprechen, wurden finanzielle Einbußen, schlechte Ausstattung, geringe oder ungerecht verteilte Aufstiegs- oder Spezialisierungsmöglichkeiten, Gefahr und Unplanbarkeit der Freizeit aufgrund des Schichtdienstes und der Arbeitszeiten genannt. Außerdem wird eine geringe Akzeptanz in der Bevölkerung und auch innerhalb der Politik angeführt.

Als Gründe für eine Empfehlung des Berufes wurde sehr häufig die berufliche Sicherheit genannt, die Abwechslung und Vielseitigkeit des Berufes und auch die eigene Zufriedenheit mit dem Beruf wurde angeführt – ebenso wie die Tatsache, dass es sich bei dem Polizeiberuf um einen wichtigen und sinnvollen Beruf handelt.

Als ein klassisches Indiz für die eigene Berufszufriedenheit gilt die Frage, ob der

## Der Zufriedenheitsindex

Innerhalb der Untersuchung wurde ein Berufszufriedenheitsindex abgebildet. Hiermit konnten zwei Gruppen, nämlich die weitaus größere Gruppe der „Zufriedenen“ (90 %) und die „Unzufriedenen“ mit ca. 10 % identifiziert werden. Besonders interessant sind die größten Differenzen zwischen diesen beiden Gruppen, insbesondere, in welchen Merkmalen sich die Einschätzungen bezüglich der Bewertung „angenehm“ unterscheiden:

Die größte Differenz zeigt sich beim Merkmal „Beförderung, Aufstieg“. Hier unterscheiden sich die Einschätzungen um 1,47 Punkte auf der Skala. Gefolgt von der Einschätzung des Gehaltes und der Arbeitsausrüstung. Beides schätzten die als unzufrieden Identifizierten signifikant schlechter ein als die Zufriedenen.

Was bedeuten die gewonnenen Erkenntnisse für die Polizei, die Personalwerbung und die Wahrscheinlichkeit von Studienabbrüchen?

Praxisschocks und Desillusionierungen entstehen durch Enttäuschungen. Im schlimmsten Fall können sie zum Studienabbruch oder zum Burnout führen. Es

## Größte Differenzen: Berufsmerkmale kennzeichnend [jetzt] Berufsanfänger vs. Berufserfahrene

Das Diagramm zeigt eine Übersicht über die Einschätzung der jeweiligen Merkmale als kennzeichnend [jetzt] für den Polizeiberuf [ja] oder [nein] von Berufsanfängern (N=179) und Berufserfahrenen (N=130). Die Tabelle weist die größten Differenzen in absoluten Prozentpunkten [00] und die statistische Signifikanz (Chi-Quadrat) der Differenz aus.

Nr.	Bem.	Differenz	Signifikanz	Berufsanfänger (N = 179)		Berufserfahrene (N = 130)	
				kennzeichnend ja	kennzeichnend nein	kennzeichnend ja	kennzeichnend nein
8	Action, Spannung	33,01	0,000**	20	80	47	53
4	Verkehrsarbeit	30,80	0,000**	10	90	59	41
15	Hoheitsgewalt, Macht	28,02	0,000**	31	69	41	59
22	Kriminalitätsbekämpfung	25,72	0,000**	6	94	68	32
24	Vielseitigkeit, Spezialisierung	25,71	0,000**	14	86	60	40
27	Sonderrechte (z.B. Blaulichtfahren)	25,22	0,000**	24	76	51	49
1	Streifendienst, Streife gehen, fahren	22,80	0,000**	6	94	72	28

Wert der JA höher    Wert der NEIN höher    \* stat. signifikant (p < 0,05)    \*\* stat. hoch signifikant (p < 0,001)    ■ kennzeichnend ja    ■ kennzeichnend nein

Beruf noch einmal ergriffen würde. Hier haben insgesamt 88 % geäußert, dass sie dies tun würden. 8 % würden hingegen den Polizeiberuf nicht mehr ergreifen. Und auch die Berufserfahrenen würden zu 78 % ihren Beruf noch einmal ergreifen – 17 % hingegen nicht.

ist daher wichtig, einen Beruf mit realistischen Vorstellungen zu ergreifen. Bereits eine Befragung der Hauptzielgruppe der polizeilichen Personalwerbung brachte zum Vorschein, dass ein großer Wunsch nach genaueren und realen Einblicken in den Polizeiberuf besteht.<sup>3</sup>



## BERUFSZUFRIEDENHEIT

Berufsanfänger (N=179)			
Nr.	Item	M	SD
16	Berufliche Sicherheit	1,67	0,63
5	Teamarbeit	1,64	0,56
26	Abwechslung	1,59	0,63
24	Vielseitigkeit, Spezialisierung	1,35	0,82
21	Arbeit mit vielen versch. Menschen...	1,34	0,65

Bei einer Befragung von Studienabbrechern wurde eine Person identifiziert, die eigentlich gut über den Polizeiberuf hätte informiert sein müssen. Da zum einen der Vater der Person Polizeivollzugsbeamter war und sie darüber hinaus ein Gespräch mit einem Einstellungsberater geführt hat, welches als sehr hilfreich im Hinblick auf die Entscheidung für den Beruf bewertet wurde. Dennoch war die Aussage, den Beruf nicht noch einmal ergreifen zu wollen und damit auch ihre Abbruchentscheidung damit begründet, dass der Person nicht ausreichend bewusst war, „was es bedeutet, Polizist zu sein“.

Bei der Frage der Attraktivität eines Arbeitgebers spielt auch immer die Außenwirkung ihrer Arbeitnehmer eine Rolle. Die Polizei muss sich daher dieser Möglichkeit der Einflussnahme bewusst sein: Die Wahrnehmung der Polizei in der Öffentlichkeit spielt bei der Attraktivität

Dies können die Einstellungsberater der Polizei erfüllen. Sie müssen durch genaue Kenntnis des Berufes auf der einen und Kenntnis der Bewerber auf der anderen Seite beide zusammenbringen, wenn sie zueinander passen. Diese „Berufsberatertheorie“ stammt bereits aus dem Jahr 1909<sup>4</sup>. Die Rolle des Einstellungsberaters kann im 21. Jahrhundert

Zusammenhang von der Messung einer „Berufspassung“. Damit übernimmt sie sogar den Sprachgebrauch des Erfinders dieser Berufswahltheorie. Gleichzeitig ist der Selbst-Check im Internet ein Instrument der Personalwerbung, da er über die Realität des Polizeiberufes informiert und durch das Mitmach-Instrument des Selbst-Checks Interesse weckt.

Ist dieses Merkmal für Sie in Ihrem Beruf angenehm oder unangenehm?							Unzufriedene		Zufriedene			
Nr.	Frage/Item	Differenz	Signifikanz	-2	-1	0	+1	+2	M	SD	M	SD
20	Beförderung, Aufstieg	1,47	0,000**						-1,19	0,910	0,26	1,217
11	Gehalt	1,15	0,000**						-0,53	1,191	0,62	1,043
13	"Besondere" Arbeitsausrüstung: z.B. Streifenwagen, Funkgerät	1,00	0,000**						-0,69	1,230	0,32	1,019
1	Streifen dienst, Streife gehen, fahren	0,94	0,000**						0,03	0,897	0,97	0,891
23	Uniform	0,91	0,000**						-0,53	1,137	0,38	0,942
26	Abwechslung	0,87	0,000**						0,59	1,073	1,47	0,682
3	Schichtdienst	0,80	0,000**						-0,75	1,016	0,05	0,962

auch ein Selbsttest im Internet übernehmen: Er kennt die Anforderungen und Kennzeichen des Polizeiberufes genau und konfrontiert Interessenten mit Standardsituationen, die für den Polizeiberuf kennzeichnend sind. Gleichzeitig erfasst er die Voraussetzungen und Neigungen des Interessenten in Form der verschiedenen Selbsteinschätzungen. Hierdurch wird überprüft, ob sich ein Bewerber in typischen Berufssituationen wohl fühlen würde und damit auch, ob der Polizeiberuf den persönlichen Stärken und Neigungen entspricht. Hiermit wird im Grunde bereits ermittelt, ob die Person in dem Beruf Zufriedenheit erlangen könnte.

<http://selbstcheck.polizeibewerbung.nrw.de/selbstcheck/main.php>

Selbst die Polizei spricht in diesem

### Individuelle Bewertung entscheidend

Andere Überlegungen der Berufswahltheorien postulieren, dass Motivation durch Erwartungen in Verbindung mit einer bestimmten Bewertung der Handlungsfolgen entsteht. Auch dies stellt auf der einen Seite die besondere Bedeutung einer ehrlichen und umfassenden Aufklärung über den Polizeiberuf hervor, um Interesse bei potenziellen Bewerbern zu wecken. Auf der anderen Seite bedeutet dies aber auch, dass nicht die Kenntnis polizeiberuflicher Merkmale allein ausschlaggebend für Arbeitszufriedenheit ist. Ebenso ist die individuelle Bewertung entscheidend.

der Polizei als Arbeitgeber eine wichtige Rolle. Somit sind alle Polizisten in ihrem täglichen Kontakt mit Bürgern ein Botschafter des Polizeiberufes.

*Carola Vesper*

#### Fußnoten:

<sup>1</sup>Um den Lesefluss nicht zu behindern, wird in diesem Artikel die männliche Schreibweise genutzt. Weibliche Personen werden unter dieser grundsätzlich mit verstanden, soweit sich aus dem Kontext nicht etwas anderes ergibt.

<sup>2</sup>Unter „Kompetenz“ wurde die Kompetenz für alle denkbaren Anlässe und Einsätze verstanden.

<sup>3</sup>im Rahmen der Diplomarbeit der Autorin (Scheer, 2003)

<sup>4</sup>Frank Parsons



# 60 VDP Jahre

# Preisa

## 1. Preis iPad 2



## 2. - 5. Preis Buchgutschein



## 6. - 15. Preis Computerspiel Rondo Media



## 16. - 18. Preis Bitburger-Set bestehend aus einem T-Shirt, einem Base- Cap, einer Sweat- shirtjacke und einer Kühltasche



## 19. - 25. Preis Konferenzmappe



## 26. - 40. Preis Ferglas



## 41. - 60. Preis Schlüssel- anhänger mit LED-Lampe

# VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

## Eine Erfolgsgeschichte

dieser Art hätten sich die GdP-Gründungsmitglieder der VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH (VDP) in Hilden vermutlich nicht träumen lassen. Immerhin gelang es dem Verlag in den vergangenen sechs Jahrzehnten, sich als führender Fachverlag mit polizeilicher Ausrichtung erfolgreich zu etablieren und zu behaupten. Heute firmieren unter dem VDP-Logo mit der Anzeigenverwaltung und dem Buchvertrieb zwei eigenständige Wirtschaftsunternehmen.

Rund ein Jahr nach Gründung der GdP wurde am 24. Oktober 1951 der Verlag durch die GdP-Landesbezirke Hamburg und Schleswig-Holstein aus der Taufe gehoben. Mit einem Stammkapital von 20.000 DM startete das Unternehmen, damals noch unter dem Namen Verlag Deutsche Polizei. Sechs Jahre nach Kriegsende war die Zielsetzung klar: Historisch unbelastete und preisgünstige Fachliteratur für Polizeibeamte sollte das Verlagsprogramm prägen. Zu den ersten Titeln gehörten der „Polizei-Kalender“ und das „Taschenbuch für Kriminalisten“.

## „Deutsche Polizei“: Monat für Monat aktuell und kompetent

Anfang 1952 erschien die Erstausgabe der GdP-Mitgliederzeitschrift, in der Sie gerade lesen: die „Deutsche Polizei“. Diese zählt heute mit einer Auflage von rund 175.000 Exemplaren mit Abstand zur auflagenstärksten Zeitschrift im Polizeibereich überhaupt. Von Beginn an wurde zur Finanzierung auch auf die Unterstützung interessierter Unternehmen durch Anzeigenwerbung gesetzt. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, erfolgt die Abwicklung von „Deutsche Polizei“ im Bereich VDP Anzeigenverwaltung.

## Der Klassiker: Das Polizei-Fach-Handbuch

Kurze Zeit später gab der Verlag erstmals das „Polizei-Fach-Handbuch“ (PolFHb) heraus. Die Idee, für die polizeiliche Ausbildung und Praxis eine Sammlung der einschlägigen Rechtsvorschriften mit Erläuterungen herauszugeben, zündete. Eine weitere Erfolgsgeschichte des Verlages nahm ihren Lauf und das Werk entwickelte sich zum „Klassiker“, der nicht mehr aus der Polizei-Ausbildung wegzudenken ist. Auch Polizeibeamte in den fünf neuen Ländern konnten schon kurze Zeit nach dem Mauerfall 1989 und der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf das Polizei-Fach-Handbuch als verlässliches Werkzeug zurückgreifen. Heute erscheint es in 17 Ausgaben als Loseblatt-Werk und in einer digitalen CD-ROM-Version, die es dem Nutzer sogar erlaubt, den gesamten Inhalt auf einen handelsüblichen USB-Stick zu ziehen.

## Vielfältiges Buchprogramm

Auch das Buchprogramm wurde immer weiter ausgebaut. Inzwischen umfasst es über 100 lieferbare Titel mit einem Schwerpunkt im Angebot von Fachbüchern für die polizeiliche Aus- und Fortbildung. Dass sich die Ausbildung mehr und mehr auf (Fach-)Hochschulen verlagerte, spiegelt sich auch im wandelnden Verlagsangebot. Gerade wurde erstmalig mit „Polizei-Studium-Praxis“ eine Fachzeitschrift speziell für die Bachelor-Ausbildung an der Fachhochschule in NRW veröffentlicht. Zudem gibt der Verlag ein Sachbuchprogramm heraus mit Titeln zu Themen wie Frauenhandel, Zwangsprostitution, Pädophilie, vermisste Personen oder Terrorismus. Abgerundet wird es durch die beliebte Kalender-Edition, bestehend aus Terminer, Taschenkalender und dem Cartoon-Wandkalender.

# Preisausschreiben

## **Frage 1:**

**Nennen Sie uns mindestens zwei Themen, zu denen die VDP Anzeigenverwaltung Präventionsbroschüren herausgibt.**

## **Frage 2:**

**Wie viele Loseblatt-Ausgaben des Polizei-Fach-Handbuches gibt es?**

**Einsendeschluss ist der 4. November 2011**

**Die Antworten bitte mit Ihrem Namen und Ihrer Adresse an:**

**VDP GMBH – VDP Preisausschreiben**

**Forststraße 3a, 40721 Hilden**

**oder per E-Mail an [av@VDPolizei.de](mailto:av@VDPolizei.de), Betreff: VDP-Preisausschreiben**

**Die Preise werden ausgelost, eine Barauszahlung ist nicht möglich. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Mitarbeiter des VDP, der OSG und der GdP. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.**

**Die Gewinner werden in der Dezemberausgabe veröffentlicht.**

**Wir wünschen viel Glück beim Mitmachen!**

## **BH feiert sein 60-jähriges Jubiläum**

### **Präventionsarbeit und Feste**

Einen weiteren Schwerpunkt der Verlagsaufgaben bildet das Anzeigengeschäft. Im Jahr 1971 fusionierte der Verlag mit der 1959 gegründeten Anzeigenwerbung Deutsche Polizei GmbH. Das Anzeigengeschäft wurde nach und nach unter der VDP Anzeigenverwaltung mit der Zentrale in Hilden und ab 1999 zusätzlich mit der Betriebsstätte in Worms ausgebaut.

Neben „Deutsche Polizei“ erscheinen mittlerweile mehrere Periodika und vor allem Präventionsschriften zu zahlreichen polizeilichen Themen. Hier fing alles bei den Kleinsten an. Malhefte werden auch heute noch gerne für die polizeiliche Verkehrserziehung eingesetzt. Broschüren zu Themen wie Drogen, sexuelle Gewalt, Gewalt an Schulen, Gebäudesicherheit und vieles mehr können von den GdP-Untergliederungen in der täglichen Präventionsarbeit eingesetzt werden. Die Präventionsbroschüren behalten ihre Aktualität durch regelmäßige Überarbeitung.

Auch die Finanzierung von Festen wird durch die VDP Anzeigenverwaltung kräftig unterstützt. Mit Erstellen einer Festbroschüre schafft der Verlag den GdP-Untergliederungen eine Planungssicherheit, um die Veranstaltung mit Erfolg durchführen zu können. Bei einigen Festen ist die VDP Anzeigenverwaltung bereits seit über 50 Jahren Partner.

### **Hand in Hand**

Seit dem 01.01.1999 bestehen für die beiden Geschäftsbereiche mit der VDP GMBH Anzeigenverwaltung und dem VDP GMBH Buchvertrieb zwei eigenständige Unternehmen. Über ihre Muttergesellschaft OSG mbH sind sie 100%ige Tochterunternehmen der größten polizeilichen Berufsvertretung, der GdP. Nicht immer ist für die Unternehmen der Spagat zwischen marktwirtschaftlicher Orientierung und gewerkschaftlichem Grundgedanken einfach zu handhaben. Eines zeichnet den Verlag aber stets aus: als zuverlässiger Partner der GdP speziell den Interessen der Polizeibeschäftigten verpflichtet zu sein. Jetzt und in der Zukunft.

---

Kontakt:  
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststr. 3a, 40721 Hilden  
[www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

VDP Buchvertrieb:  
Ludger Isfort  
Telefon 0211/7104-218  
[vdv.buchvertrieb@vdpolizei.de](mailto:vdv.buchvertrieb@vdpolizei.de)

VDP Anzeigenverwaltung:  
Antje Kleuker  
Telefon 0211/7104-183  
[av@vdpolizei.de](mailto:av@vdpolizei.de)

## **Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!**

# Der polizeiliche Umgang mit psychisch Gestörten

Folgender Vorfall ereignete sich Anfang Januar 2011 in München: Ein Mitarbeiter einer psychiatrischen Einrichtung teilte der Einsatzzentrale mit, eine ehemalige Patientin habe telefonisch angekündigt, ihre Tochter umzubringen. Diese Frau ging beim Eintreffen eines Polizisten mit erhobenem Messer auf ihn zu. Auf die Aufforderung, das Messer weg zu legen, reagierte sie ebenso wenig wie auf die Androhung des Schusswaffengebrauchs. Auch das Pfefferspray, das der Polizist anschließend einsetzte, zeigte keine Wirkung. Als die Frau sich auf etwa eineinhalb Meter genähert hatte, gab der Polizist einen Schuss ab, der sie tötete.

Dieses Beispiel zeigt nicht nur spezifisch auf, dass die Wirkung des Pfeffersprays überschätzt wird, vor allem gegen psychisch Gestörte, sondern auch, dass der Umgang mit psychisch Gestörten besondere Vorsicht erfordert. So scheinen viele von ihnen weniger Schmerzen zu verspüren. Und weil sie eine höhere Schmerztoleranz besitzen, scheinen sie übernatürliche Kräfte zu besitzen. Das gleiche gilt etwa auch für Betrunkene und Rauschgiftsüchtige.

Allerdings muss nicht jede Begegnung mit psychisch Gestörten so tragisch ausgehen wie in München, wenn man sachgemäß mit ihnen umgeht.

### Innerer Monolog hilfreich

Da bei vielen Menschen alles, was vom Gewohnten, „Normalen“ abweicht, leicht Unsicherheit und Angst auslöst und Vorurteile bewirkt, sollte man in Kontakt mit psychisch Gestörten das Auftauchen von Unbehagen, Angst, Abscheu u. ä. durch bestimmte problemorientierte innere Monologe (Gedanken) verhindern. Inhaltlich könnte man als Motto derartiger innerer Monologe das verwenden, was der chinesische Dichter Tao Yuanming seinen Söhnen schrieb, als er ihnen einen armen Burschen schickte, der ihnen bei der Arbeit auf dem Bauernhof helfen sollte: „Behandelt ihn gut. Auch er ist eines Menschen Sohn!“ Diese Worte, die das Gemeinsame von Menschen betonen, sollten auch die inneren Monologe im Umgang mit psychisch auffälligen Mitbürgern bestimmen.

**Das polizeiliche Gegenüber ist vielfältig – es unterscheidet sich beispielsweise im Alter, in der Ethnie, im äußeren Erscheinungsbild und emotionalen Auftreten und im Bildungsniveau. All das müssen die Kolleginnen und Kollegen berücksichtigen, um erfolgreich agieren zu können. Und noch eine Gruppe kommt dazu, die zwar nicht allzu häufig, dafür aber nicht unkompliziert in Erscheinung tritt, wenig berechenbar ist und zur akuten Gefahr werden kann: psychisch Gestörte, speziell Schizophrene.**

Gewarnt werden muss allerdings vor der vielleicht gut gemeinten Einstellung: „Dass ich keine Vorurteile gegen psychisch gestörte Menschen habe, beweise ich am besten dadurch, dass ich sie genauso wie jeden anderen Menschen behandle.“

Hier werden zwei Dinge miteinander verwechselt:

a) Man muss ohne Vorurteile einschreiten und b) man muss auf spezifische Probleme achten, denn es wird häufig übersehen, dass diese Menschen ja bestimmte Probleme haben. So kommt es gerade dann leicht zu Konflikten, wenn man nicht beachtet, dass sich ein Schizophrener zwar distanziert verhält, aber doch viel sensibler seine Umwelt wahrnimmt und darauf reagiert – weshalb man ihm gegenüber eine größere räumliche Distanz wahren sollte als gegenüber anderen Menschen im Alltag.

Aber nur dann, wenn man die spezifischen Probleme psychisch gestörter Menschen kennt, kann man gezielt einfühlsam und behutsam auf sie eingehen und so eine Begegnung mit ihnen konfliktfrei gestalten.

### Die Vermeidung von Reizüberflutung

Schizophrenie kann sich in verschiedenen Symptomen äußern, z. B.

- Wahnideen: Größenwahn (hält sich für Napoleon, Jesus usw.), Verfolgungswahn
- Halluzinationen (Sinnestäuschungen):
  - Stimmen rufen, schimpfen, drohen, flüstern
  - Leibesempfindungen (fühlt sich elektrisch u. ä. beeinflusst).

Im Gegensatz zu landläufigen Meinungen ist Gewalt nicht typisch für den „durchschnittlichen“ Schizophrenen. Gefährlich können Schizophrene vor allem dann werden, wenn sie

a) zusätzlich unter Rauschgift oder Alkohol stehen oder

b) Wahnideen entwickeln, betrogen, bespitzelt, sexuell belästigt, verhext oder magisch gequält zu werden und unter dem Eindruck dieser Wahnideen die Person angreifen, die sie für ihre Probleme verantwortlich machen. Da sie dann auch normale Reize „in ihrem Sinne“ deuten, kann man in der aktuellen Situation ihr Verhalten nicht immer genau voraussehen. Typisch ist hierbei der Mann, der das Husten seiner Frau als Signal für ihren (von ihm vermuteten) Liebhaber deutet und sie deshalb tötet. Schwer vorhersehbar ist auch, dass jemand plötzlich seinen Freund vor den Zug stößt und dies mit den Worten motiviert: „Gott befahl es mir plötzlich!“

Es kann durchaus sein, dass ein Schizophrener, der nicht selbst den Kontakt mit dem Polizeibeamten gesucht hat, sondern zwangsweise mit ihm in Berührung kommt, sich bedroht fühlt.

Eine wahnhafte Fehldeutung kann der Polizeibeamte kaum oder nur schwer vermeiden: Aber er kann (auch zu seiner Eigensicherung!) vermeiden, dass der Schizophrene eine Reizüberflutung erlebt!

Man hat nämlich bei Schizophrenen häufig festgestellt (und damit auch ihre Symptome erklärt), dass sie aus der Fülle der auf sie einströmenden Reize, Sinneseindrücke (Geräusche, Bewegungen, Gerüche usw.) nicht die heraus sortieren können, die für sie bedeutsam sind. Anstatt also nutzlose Reize auszublenden, werden sie von einer Flut von Eindrücken überschwemmt und erleben dadurch die Welt in chaotischer Weise. Ihr für



Außenstehende bizarr und „verrückt“ erscheinendes Verhalten stellt deshalb häufig den Versuch dar, einen Teil der Reize nicht wahrzunehmen und dadurch ihr seelisches Gleichgewicht halbwegs aufrecht zu erhalten.

Die Reizüberflutung kann aber auch leicht zu einer Irritation, dem Gefühl des Bedrängtwerdens und dadurch zu einer aggressiven Handlung führen:

Konfliktfreies Verhalten im Umgang mit Schizophrenen beruht also auf zwei Erkenntnissen:

- 1) Schizophrene reagieren viel empfindlicher auf ihre Umwelt, als man dies vermutet.
- 2) Das entscheidende Problem bei ihnen ist die Reizüberflutung. Sind mehrere Personen mit dem Schizophrenen zusammen, fühlt er sich bedrängt, irritiert (auch wenn man es ihm nicht anmerkt), besonders, wenn sie noch zusammen auf ihn einreden.

Deshalb ist bei einem Gespräch mit einem Schizophrenen wichtig:

- Ruhige Umgebung schaffen (kein Radio u. ä.),
- Publikum vermeiden,
- nur ein Beamter als Gesprächspartner,
- bei wiederholten Gesprächen immer der gleiche Gesprächspartner,
- langsam und ruhig ansprechen,
- auch wenn sie vom Thema abschweifen, nicht unterbrechen. Bei gutem Kontakt mit dem Schizophrenen kann man nicht selten feststellen, dass das Denken im Laufe eines Gesprächs zunehmend geordnet wird.

### Auf Distanz gehen

Jeder Mensch bevorzugt eine gewisse räumliche Distanz zwischen sich und anderen Menschen. Die Größe dieser persönlichen Distanz (auch „Verteidigungskreis“ genannt) hängt ab von der Persönlichkeit, der Sympathie für die andere Person, kulturellen Faktoren usw. Gewalttätige Personen, aber auch Schizophrene, bevorzugen eine größere persönliche Distanz als andere Menschen. Überschreitet man diese Distanz, werden diese Personen unruhig oder sogar aggressiv. Äußerst wichtig ist deshalb, eine größere räumliche, persönliche Distanz zu dem Schizophrenen zu wahren, als dies sonst üblich ist. Aus diesem Grund halte ich auch folgenden Satz aus einer Broschüre über Grundregeln für die Sicherung der Polizeivollzugsbeamten beim Einschreiten für bedenklich: „... bei ausnahmsweisem Transport im Pkw muss

der Kranke zwischen zwei Beamten sitzen ... Mit überraschenden Situationen rechnen ...“ Abgesehen davon, dass der zweite Satz mangelnde Einfühlung in die Erlebniswelt der „Geisteskranken“ verrät (denn so überraschend ist die aggressive Situation bei derartigen Transportbedingungen wahrlich nicht!), wird etwas Fundamentales übersehen:

Die im ersten Satz vorgeschlagene Maßnahme beschwört die potenziell gefährliche Situation erst herauf. Man könnte auch von einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung sprechen: Weil man Angst vor Aggressionen hat, erzeugt man durch provozierende Maßnahmen/Sicherungsmaßnahmen überhaupt erst die Aggression!

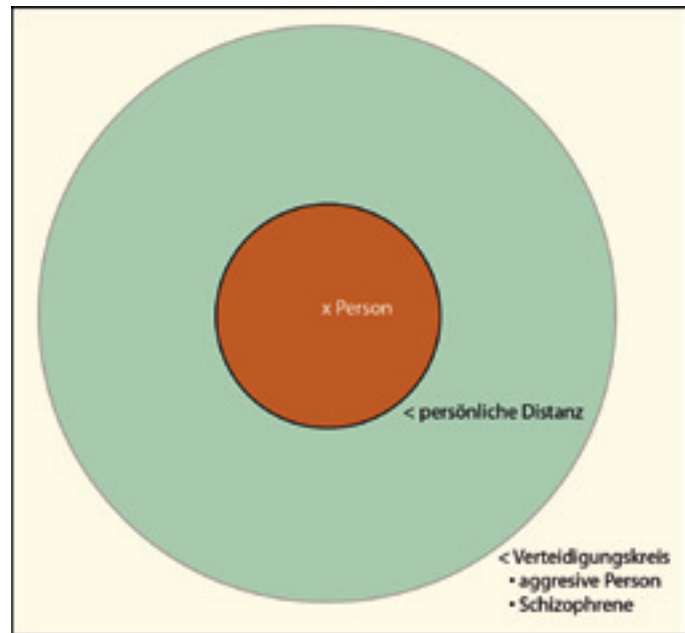
### Das Eingehen auf das Wahnsystem

Was Äußerungen des Schizophrenen aufgrund seines Wahns anbelangt, so sind selbstverständlich Bemerkungen wie „Quatsch“, „Blödsinn“ oder abwertende Kommentare oder gar Auslachen zu vermeiden (aggressionsfördernd, s. defensive Kommunikation). Es ist eben für ihn ein Problem!

Man sollte sich sein Wahnsystem ruhig anhören, sollte aber nicht versuchen, es ihm in einer Diskussion auszureden – es nützt nichts! Neben seiner rein polizeilichen Aufgabe kann der Beamte kaum etwas tun. Er kann nur die vorliegende Situation entspannen und beruhigend auf den Schizophrenen eingehen:

„Setzen Sie sich bitte ruhig hin und erzählen Sie mir Ihre Schwierigkeiten. Wir wollen dann versuchen, gemeinsam einen Ausweg zu finden.“ „Nehmen Sie bitte Platz, Herr ...“, Sie meinen also, dass Ihr Nachbar Ihnen Gift auf den Salat

spritzt. Wir werden uns darum kümmern und dafür sorgen, dass es nicht wieder vorkommt.“



**Der Verteidigungskreis (persönliche Distanz) beträgt für nichtaggressive Personen ca. 45 cm, für Aggressive und Schizophrene ca. 90 cm – einer nichtaggressiven Person kann man sich also bis auf 45 cm nähern, ohne dass sie sich bedroht fühlt, einer aggressiven oder schizophrenen nur bis 90 cm.**

„Sie sind also Napoleon, da wollen wir mal gemeinsam einen Schlachtplan aufstellen.“

Oder: „Ich werde dem Klopfen, das Sie hören, auf den Grund gehen. Ich werde dann im Nebenhaus den Grund beseitigen.“

Manchmal kann es notwendig sein, mit unkonventionellen, phantasievollen Maßnahmen das jeweilige Wahnsystem anzusprechen, um die polizeiliche Maßnahme durchzusetzen:

Nur auf einen „Wink Gottes“ hin wollte eine Hausfrau aus dem Streifenwagen aussteigen. Der „liebe Gott“ habe ihr das verboten, beharrte sie vor den ratlosen Beamten. Doch die Polizeibeamten wussten sich zu helfen. Da sie die Frau in die Nervenklinik Gabersee bringen sollten, ließen sich die Männer schließlich von Kollegen anfunken, berichtete die Polizei in Traunstein: „Hier spricht der liebe Gott, verlassen Sie sofort das Polizeifahrzeug, sonst schlägt ein Blitz ein“, ertönte es aus dem Lautsprecher. Die Stimme aus dem „Jenseits“ erzielte die gewünschte Wirkung. >



### Wer Angst hat, greift eher zur Waffe!

Was geschehen kann, wenn der Schizophrene kein Vertrauen zur Polizei, sondern Angst hat und deshalb aggressiv wird, zeigen folgende Beispiele:



**Ein Einsatzfahrzeug der Polizei steht in Berlin-Reinickendorf vor dem Wohnhaus Senftenberger Ring 66, in dem am 24.8.11 eine mit einem Messer bewaffnete Frau von einem Polizisten erschossen wurde. Der tödliche Schuss eines Polizisten auf eine psychisch kranke Frau in Reinickendorf hat keine strafrechtlichen Folgen.**

**Foto: Paul Zinken/ddp images**

Ein Exilrusse, der zwangsweise in die Klinik gebracht werden sollte, sperrte sich in seine Wohnung ein und drohte den Polizeibeamten, sie mit der Axt zu erschlagen. Als die Beamten eindringen, griff er zur Axt. Er erlag den Verletzungen, die er infolge des polizeilichen Schusswaffengebrauchs erlitt.

Ein ehemaliger Offizier litt unter Verfolgungswahn. Er war rechtmäßig im Besitz von Waffen. Die Behörde sah sich gezwungen, ihm diese wegen der Erkrankung wegzunehmen. Auf die Polizisten, die deshalb bei ihm erschienen, schoss er durch die geschlossene Tür. In langen Verhandlungen gelang es, ihm die persönliche Sicherheit durch den Polizeipräsidenten zu garantieren. Die Waffen wurden gegen diese Garantie eingetauscht.

Eine unter Verfolgungswahn leidende Frau sollte zwangsweise eingewiesen werden. Sie hatte die Wohnung verschlossen. Als der Polizist sie öffnen wollte, schoss die Frau durch die geschlossene Tür und traf den Beamten tödlich. Beim gewaltsamen Eindringen durch andere Kräfte griff sie weiterhin zur Waffe und wurde selbst tödlich getroffen.

Das Tragische an diesen Fällen ist, dass beide Seiten die Situation falsch deuten: Die Polizei glaubt, gegen „hochaggressive Täter“ vorzugehen, während die Schizophrenen aus ihrer Verfolgungsangst heraus handeln und sich gegen ihre „Verfolger“ zur Wehr setzen, die ja „ihr Leben, ihre Freiheit oder ihre Unversehrtheit“ bedrohen.

Die Polizei ist aber derartigen konfliktreichen Situationen nicht hilflos ausgeliefert. Sie muss hier allerdings beachten:

- Personen, die unter Verfolgungswahn leiden, deuten die Verhaltensweisen anderer Menschen eher als „Verfolgung“ und „Bedrohung“. Sind solche Personen bewaffnet, muss mit der Anwendung der Waffe gerechnet werden.
- Der Waffengebrauch ergibt sich aus der Angst vor den „Verfolgern“, wobei die Angst ein derart starkes Ausmaß annehmen kann, dass die Person kopflos handelt.
- Eine freiwillige Herausgabe der Waffe ist nicht zu erwarten, weil sich der Schizophrene ohne Waffe schutzlos

gegenüber seinen „Verfolgern“ fühlt.

- Erfolg versprechend ist besonnenes Vorgehen.

Als erstes stellt sich hier die Frage: Wie viel Zeit habe ich? Muss ich denn unbedingt sofort aktiv werden? Wenn ich ihn jetzt bedränge und seine Wohnung stürme, wird es mit großer Wahrscheinlichkeit zu Gewalttätigkeiten kommen! Kann man evtl. abwarten und die Person außerhalb ihrer Wohnung überraschen, so dass sie zu einer Gegenwehr nicht mehr fähig ist?

Die nächsten Überlegungen gehen von der Frage aus: Welche Möglichkeiten bestehen, die Angst des Schizophrenen zu verringern und dadurch das Festhalten an der Waffe Überflüssig zu machen? Kann man eine Person einschalten, der der Schizophrene vertraut (Familienmitglied, Pfarrer o. ä.) Oder kann der Polizeibeamte selbst durch Worte und Taten erreichen, dass er nicht in der Rolle des „Verfolgers“, sondern des Helfers gesehen wird? Dies könnte vielleicht schon durch die Versicherung des Polizisten bewirkt werden, dass er dem Betroffenen seinen persönlichen Schutz garantiert. Noch überzeugender und zur Schaffung von Vertrauen geeigneter dürfte das Vorschlagen konkreter Maßnahmen zur Problemlösung sein. Dies könnte z. B. mit dem Hinweis geschehen, dass man bei der Polizei alle Möglichkeiten kennt, sich gegen mögliche Verfolger zu schützen: „Wenn wir Ihnen sagen, wie Sie sich am besten schützen können und Ihnen die entsprechenden Sicherungsgeräte beschaffen helfen, geben Sie uns dann Ihre Pistole?“

Hier könnte unter Beachtung der Voraussetzungen einer vertrauensvollen Atmosphäre (Echtheit, Verständnis, Hinweis auf problemlösende Fähigkeiten und Kenntnisse usw.) eine aggressionsfreiere Atmosphäre geschaffen werden.

Auch wenn sich das im sonstigen polizeilichen Alltag ein wenig nach „Polizeitheater“ anhören mag, so kann die Beachtung der vorgeschlagenen Maßnahmen sicher manche Situation entspannen und sogar Menschenleben retten – wie die angeführten Beispiele zeigen. Der Eigensicherung der Polizeibeamtinnen und -beamten, die mit derartigen Fällen zu tun haben, dient es allemal.

**Dr. Uwe Füllgrabe**





# Kapitalmarkt

**UNSER ANGEBOT**  
für Beamte und Arbeitnehmer  
im öffentlichen Dienst

Optimierung ihrer Allzweck- und  
Hauskredite zu einer  
Wunschrate!

Kostenloser Finanzierungs-Check  
für ihre Hausfinanzierung!

Forwarddarlehen!



**06187/90522-0**

vermittelt durch:  
BVD GmbH  
Stresemannstraße 3  
61137 Schöneck

[www.bvdfinanz.de](http://www.bvdfinanz.de)

**BARGELD** noch HEUTE!  
Tel. 0201/22 1348

Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH  
Kredite von 1000–100 000 €.

- Laufzeit bis 120 Monate
- ohne Auskunfts bis 7 000 €

45127 Essen · Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

**Diakonie**   
Katastrophenhilfe

[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)  
Spendenkonto: 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

**Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker** Seit 1997

**Unser Versprechen:** „Nur das Beste für Sie aus einer  
Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen  
von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.  
Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre,  
Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie  
uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

**Top-Finanz.de** • Nulltarif- ☎ **0800-33 10 332**  
Andreas Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Präl.-Höing-Str. 19 · 46325 Borken



**MEHR GELD IM PORTEMONNAIE**  
QUÄLEN SIE SICH MIT IHREN HOHEN KREDITRATEN DURCH DEN MONAT?  
**WIR HABEN DIE LÖSUNG FÜR SIE!**  
RUFEN SIE HEUTE NOCH AN!

**0800 - 666 8 444**

[www.UMSCHULDEN-LEICHT.DE](http://www.UMSCHULDEN-LEICHT.DE)

- RATENZUSAMMENFASSUNG
- ZINSENKUNUNG
- NIEDRIGE WUNSCHRATE
- ZINSGARANTIE
- HYPOTHEKENDARLEHEN
- BEAMTENDARLEHEN
- FORWARDARLEHEN

VERMITTLUNG: REUSCHLING & WEIS GMBH · RIMBACHSTRASSE 19 · 98527 SUHL



**Raten zu hoch?**  
Zeigen SIE ihrer Bank die ROTE KARTE!  
Darlehen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst  
Forwarddarlehen und kostenloser Check für ihre Hausfinanzierung  
einfach ANRUFEN und SPAREN:

**0800 - 7255666**  
[WWW.SALLMON.DE](http://WWW.SALLMON.DE)

vermittelt seit über 40 Jahren:  
Prof. Dr. Sallmon GmbH · In den Wörden 10 · 16356 Ahrensfelde-Berlin



[www.sonderdarlehen.de](http://www.sonderdarlehen.de)  
Sonderzins I-Phone-App gratis  
**NULLTARIF: 0800 056 7836**

**Spezialist für Baufinanzierungen**

- bis zu 120 % Beleihung möglich
- Kaufpreis und Renovierung
- Nebenkosten
- Kreditablösung möglich
- Umschuldung
- Auch in schwierigen Fällen

**Beamten- und Angestellten-Darlehen**  
Fordern Sie Angebote an.

Vermittelt: Gutfinanz Kapitalbeschaffung GmbH  
Kopernikusstraße 15 · 37079 Göttingen  
Fon 05 51 / 9 98 98 44 · Fax 9 98 98 30  
info@gutfinanz.de · [www.gutfinanz.de](http://www.gutfinanz.de)

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite**  
Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.  
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 · 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) · Tel. 02 31/9 14 51 45

  
MÉDECINS SANS FRONTIÈRES  
ARZTE OHNE GRENZEN e.V.

Ärzte ohne Grenzen e. V.  
Lieselingsweg 102  
53119 Bonn

Spendenkonto 97097  
Sparkasse Bonn  
BLZ 380 500 00

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

**[www.kredite-fuer-beamte.de](http://www.kredite-fuer-beamte.de)**  
oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!  
**[www.1a-Beamtendarlehen.de](http://www.1a-Beamtendarlehen.de)**  **0800-040 40 41**  
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NUTZEN SIE IHREN STATUS ALS BEAMTER, ANGESTELLTER ODER ARBEITER IM ÖD

**NÜRNBERGER** Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholt · Pf. 3136 · 46314 Borken-Weesek

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe · Angestellte · Pensionäre bis 58 Jahre · alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst

**TOP-KONDITIONEN** [www.beamtendarlehen-center.de](http://www.beamtendarlehen-center.de)  
Persönliche Sofortberatung: ☎ **0800 - 77 88 000**

Vermittelt: Karin Jaeckel · Am Husalsberg 3 · 30900 Wedemark · Tel. 05130 - 97572-30 · Fax 05130 - 97572-59 · E-Mail [jaeckel@beamtendarlehen-center.de](mailto:jaeckel@beamtendarlehen-center.de)



Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**  
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,  
seit über 30 Jahren.



**Beamtendarlehen supergünstig**  
Hypotheken- und Beamtendarlehendiscounter

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**  
Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178190-25  
Info@AK-finanzen.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

**Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**  
Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,7%, Lfz. 84 Monate, mtl. Rate 434 € effektiver Jahreszins 5,85%, Bruttobetrag 36.456 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

# Die Superhelden kommen

## Das Programm „Mehr Männer in Kitas“ im Spiegel der Medienberichterstattung

von Thomas Gesterkamp

Christian Roy-Chowdhury ist „ein Mann wie ein Baum“. Ein Meter 90 ist er groß und „mehr als zwei Zentner schwer“. „Das dunkle schulterlange Haar“ hat er „zu einem Pferdeschwanz zusammengebunden“. Der 38-Jährige ist Erzieher in der integrativen Kindertagesstätte Dormagen-Stürzelberg im Kreis Neuss. „Auf Feten machen sich meine Freunde manchmal den Spaß, Leute meinen Beruf erraten zu lassen“, erzählt Roy-Chowdhury schmunzelnd der Rheinischen Post. Richtig getippt habe „bislang noch niemand“. Im Privatleben ist der Pädagoge „begeisterter Motorradfahrer“, und im beruflichen Alltag kommt er „ganz selbstverständlich“ auf Ideen, die seinen Kolleginnen „eher fern“ liegen: „Feuer machen, mit Wasser spritzen, Fußball spielen – da ist der Kindergärtner in seinem Element“.

Wolfgang Pomierski weiß, „wie man Besenstiele in Pferde verwandelt. Er reißt Fahrkarten für Busse ab, die aus vier Holzstühlen bestehen.“ Damit nicht genug: Der 50-jährige Erzieher aus der Kita Fünfhandbank in Essen-Kray ist ein „phantastischer Geschichten-Erzähler“ – und „ein Buden-Bauer, einer, mit dem man wild toben und auf Bäume klettern kann“. Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung jubelt schon in der Überschrift: „Wild sein mit Wolffi“. So nennen ihn zärtlich seine Fans, die „zwischen zwei und sechs Jahre alt sind“. Auch die Mütter sind angetan:

**Wenn Zeitungen oder Fernsehsender über männliche Erzieher in Kindertagesstätten berichten, geraten gut gemeinte Geschichten schnell zum Klischee. Die in wohlwollenden Porträts vorgestellten Erzieher sind Männer wie aus dem Märchenbuch, wahre Alleskönner.**

Männliche Erzieher, erzählt eine, „lassen den Kindern mehr Freiräume, trauen ihnen mehr zu und sind auch oft entspannter“. „Wolffi“ bleibt auch bei riskanten Spielen ganz ruhig. „Die Kinder klettern an Seilen. Irgendwann sind die oben und man denkt, oh je, hoffentlich geht das gut. Wolfgang sagt: ‘Das geht schon.’“ Dank energischer männlicher Initiative geht man in der Essener Kita „auch bei Regen raus“ – oder zumindest in den Räumen der Tagesstätte auf „Fantasiereisen, bei denen die Kinder im Cockpit sitzen“. Fazit der Autorin: „Die brave Mal- und Bastelstube war gestern.“

Michael Oehme war früher Gebäudereiniger und Maschinenführer in einer Kabelfabrik. Nach zwei Bandscheibenvorfällen wollte er „etwas Neues machen“. Der 43-jährige „Quereinsteiger“ absolvierte eine reguläre Ausbildung zum staatlich anerkannten Erzieher. Jetzt ist er Fachkraft in der Kita Franz-Wallraff-Straße in Aachen-Brand. Manchmal rasiert er sich tagelang nicht, weil „die Kinder das toll

finden. Eine Frau mit Bart gibt es hier nicht.“ Pädagogisch wertvolles Spielen mit Rasierschaum am lebenden Objekt: Die Kleinen aus der gelben Gruppe dürfen Oehmes Gesicht dick eincremen – „eine gute Übung für den Tastsinn“, loben die Aachener Nachrichten. Auch wenn sich die Pausengespräche in seiner weiblich geprägten Umgebung „um Brust-OPs drehen“, bleibt der „einzige Mann unter 15 Frauen“ wunderbar gelassen. Mit seiner „netten ruhigen Art“ löst der männliche Außenseiter Konflikte einfach anders: „Er zickt nicht so rum wie manche Frauen“, sagt eine Kollegin. Das ist der Reporterin prompt die Schlagzeile wert.

### Einsatz im Sandkasten

Drei Beispiele für die Berichterstattung über das Thema „Mehr Männer in Kitas“. Die Bundesregierung hat dazu ein Millionen Euro schweres Programm aufgelegt und an vielen Orten Modellprojekte gestartet. Seither porträtieren vor allem Regionalzeitungen das exotische männliche Personal. Die Erzieher heißen Nico Wolfrath, Tino Wach, Janno Schütte oder Andreas Franke. Sie sind meist jung, die Älteren haben vorher oft in einem „typisch männlichen“ Beruf gearbeitet. Manche kommen gar, kaum zu glauben, von der Bundeswehr: Statt in der Kaserne oder auf Patrouille liegt ihr „Einsatz im

## Reise & Erholung

**wasser-craft**  
rafting canyoning ötztal

**Sommer Abenteuer bei uns**  
**TOP ANGEBOT**  
Canyoning & Raftingtour,  
1x grillen am Lagerfeuer und  
2 UF / Pension DU-WC  
Preis pro Person ab € 154,-

office@rafting-oetztal.at  
www.rafting-oetztal.at  
Telefon: 0043 5252 6721

**Berliner FeWo Villa Mahlsdorf**  
Tel. 030/56585858 oder 0179/4936842

**Büsum – Nordseeküste**  
gemütliche, ruhige FeWo, Strandnähe.  
Tel. 04825/2206

**Bayerischer/Oberpfälzer Wald**  
Exkl. FeWo ab 30 Euro/Tag, Tel.: 0 99 72/15 60  
www.ferienwohnung-gruber.de

**BERLIN – Komf. FeWo in 2-Fam.-Haus bis 5 Pers. – Tel.: 0 30/6 61 30 82**  
www.fewo-feind.de

**Ostsee**  
Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf, 60–90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick, Hansapark, auch f. Gruppen. Erm. Kollegenpreise.  
Tel.: 0 45 63/70 21, Fax: 0 45 63/70 22  
jochen.lipke@online.de

**Waging am See (Oberbayern)**  
Bauernhof, komf. Fewos/Zi.\*\*\*\*  
Tel. 0 86 81/5 22, www.hirhof.de

**Insel Rügen**  
Ferienhaus direkt am Meer  
www.villa-ostseewoge.de  
Tel.: 01 76/23 58 83 91

**Seychellen**  
Kl. private Ferienanlagen für Kollegen mit Kollegentarifen ab € 60 p. P.  
Tel. 0 21 58/4 01 82 91  
www.inseln-im-indischen-ozean.de

**Franken, bei Bamberg, waldreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 134,- €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt**

**Bayerischer Wald, komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen**  
ab 2 Pers., ab 30€/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

**Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof, Zollkollege bietet komf. Fewos für 2–6 Pers. in schöner Jugendstilla, Fahrradverleih**  
Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23  
www.heidehof-jonsdorf.de

**Fehmarn/Ostsee**  
2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Süstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV Preise gem. Saison  
**Telefon: 040/6784581**  
www.fehmarn4family.de





**Der Autor**  
**Thomas Gesterkamp ist Journalist und Buchautor zu familien- und geschlechterpolitischen Themen, zuletzt „Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere“ (2010) und „Die Krise der Kerle“**

**(2007). Für die bundesweite Koordinationsstelle Männer in Kitas hat er analysiert, wie und wo die Medien das Projekt aufgreifen.**

Der männliche Pädagoge hat durchgegriffen. Die "beziehungslosen Basteleien, zum Beispiel für Muttertag" hat er kurzerhand abgeschafft. Bartträger basteln nicht, sie bauen!

### Abwertung von Erzieherinnen

Und die elektronischen Medien? In der Sendung nano auf 3sat zeigt ein Erzieher umringt von Kindern, wie die Maschine funktioniert. Im Länderreport von Deutschlandradio Kultur hat selbstredend

ten männlichen Alleskönners enthält eine Kränkung der weiblichen Pädagoginnen, die so viel Vielfalt in ihrer Persönlichkeit angeblich nicht zu bieten haben. Oft sind es die Erzieherinnen selbst (oder die Mütter), die in den Berichten über ihre Defizite reden. „Christian traut den Kindern einfach mehr zu als wir Frauen“, lobt die Leiterin der Tagesstätte in Dormagen ihren Mitarbeiter. Der Exot müsse allerdings aufpassen, „nicht zu sehr im männlichen Rollenfach“ aufzugehen, warnt seine Chefin: Sonst werde er „von den Kolleginnen als Hausmeister missbraucht“.

Sandkasten“, titelt griffig die Financial Times Deutschland.

Einsatz für Nick Erdmann, Kita Preußstraße, Berlin-Prenzlauer Berg. Er „war mal Koch und Soldat, aber beides langweilte ihn“. In der Bundeswehrfachschule ließ sich Erdmann zum Erzieher umschulen, inzwischen kann er sich „nichts Besseres mehr vorstellen“. Von einem Extrem ins andere, vom harten Militär zum sanften Fürsorger. Dabei misst Erdmann nicht mal zwei Meter, sondern ist laut Beschreibung der Berliner Tageszeitung „klein, kompakt und kahlköpfig“ – aber immerhin „an den Oberarmen tätowiert“.

Weniger als drei Prozent der Fachkräfte in Kindertagesstätten sind Männer. Die seltenen Exemplare werden als Vorreiter und Vorbilder gefeiert. In den Medien funktioniert das wie die berühmte Meldung „Mann beißt Hund“ – das Gegenteil ist einfach keine Nachricht wert. Autorinnen dieser Berichte sind fast immer Frauen. Die Journalistinnen bemühen sich redlich, gegen Abwertungen wie Weichei und Weiberkram anzuschreiben – und tapfen gerade deshalb in die Falle. Indem sie männliche Erzieher als traumhafte Tausendassas porträtieren, zementieren sie gängige Stereotype über die Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

Den pädagogischen Superhelden gelingt die Quadratur des Kreises. Sie sind Schränke mit Herz, Vorbilder fürs Grobe und dennoch fürsorglich. Willi Göbel, Sozialpädagoge und Leiter der städtischen Kita Hunoldstraße in Köln-Porz, war vor 37 Jahren „einer der ersten im Frauenberuf“. Der „Hüne“ fand es damals „gewöhnungsbedürftig, auf Kinderstühlchen zu sitzen“ und „in den Pausen zwischen all den strickenden Frauen Zeitung zu lesen“. Männer studieren im Aufenthaltsraum die mediale Weltlage, Frauen vergnügen sich derweil mit Handarbeit. Können und wollen die jungen Kolleginnen überhaupt noch stricken? „Willi Göbel ist keine Basteltante“, verkündet die Kölnische Rundschau.



**In der Integrativen Kindertagesstätte „Kinderland“ in Halle (Saale) können Sebastian, Fiona und Nils (r-l) im Kreativraum mit dem Erzieher und Heilpädagogen Steffen Peter das Bearbeiten von Gasbeton üben.**  
**Foto: Waltraud Grubitzsch/dpa**

die männliche Fachkraft für eine Kita in Brandenburg den technischen Baukasten angeschafft. „Zwei Zahnräder auf einem hölzernen Steckbrett. Johanna dreht am Schwungrad, ein hölzerner Zapfen springt von Zahn zu Zahn“. Den „Erfolg für die kleine Ingenieurin“ darf Kevin Kühne für sich verbuchen. Der Erzieher ist auch zur Stelle, „wenn das Bobby-Car ein Rad verloren hat“.

Männer in Kitas kennen sich mit Technik aus, sie toben und raufen, machen Schneeballschlachten und sind Fußballfans. Festschreibungen dieser Art finden sich vor allem dann, wenn Autorinnen mit besten Absichten darstellen wollen, was Männer im Umgang mit Kindern vielleicht anders machen. Das Ergebnis ist der echte Kerl, der „starke Mann im Kindergarten“, wie ihn die Neue Osnabrücker Zeitung nennt.

Das Idealbild des weichen, aber zugleich risikobereiten und handwerklich versier-

### Quellen

- „Kindergärtner sucht das Land“, Rheinische Post, 21. Mai 2011
- „Männer gesucht“, 3sat nano, 31. Januar 2011
- „Kann Mann das?“, Deutschlandradio Kultur Länderreport, 21. Januar 2011
- „Er zickt nicht so rum wie manche Frauen“, Aachener Nachrichten, 6. Januar 2011
- „Wenn der Erzieher für den Hausmeister gehalten wird“, Die Tageszeitung, 8. Dezember 2010
- „Wild sein mit Wolfi“, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 23. November 2010
- „Der starke Mann im Kindergarten“, Neue Osnabrücker Zeitung, 25. Oktober 2010
- „Willi Göbel ist keine Basteltante“, Kölnische Rundschau, 6. August 2010
- „Einsatz im Sandkasten“, Financial Times Deutschland, 19. Mai 2010



# Familienbewusste Schichtarbeit gestalten

Seit einigen Jahren gewinnt das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer größere Bedeutung. Diskussionen um die demografische Entwicklung in Deutschland, den Fachkräftemangel und die stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen zeigen, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeit und Privatleben und eine gerechtere Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern immer notwendiger wird.

Die schwierige Balance von Arbeit und Leben zeigt, dass sich Lebensformen und Ansprüche der Menschen wandeln, Frauen und Männer kaum noch in traditionellen Mustern leben, doch die Arbeitswelt sich darauf bisher kaum einstellt. Während Arbeitgeber von ihren Beschäftigten immer mehr Flexibilität, Mobilität und Erreichbarkeit einfordern, werden die Zeitbedürfnisse von Familien weitgehend ausgeklammert.

Doch mittlerweile ist das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in schwierigen Branchen, Schichtbetrieben und in männerdominierten Betrieben/Behörden angekommen. Viele Einzelfälle zeigen, dass auch unter schlechten wirtschaftlichen und strukturellen Bedingungen familienbewusste Arbeitszeiten realisiert werden können und nicht auf große „Vorzeigebeispiele“ beschränkt sein müssen. Entscheidend sind verlässliche und im Sinne der Beschäftigten flexible Arbeitszeiten und ein Betriebsklima, das die Bedürfnisse von Familien ausreichend berücksichtigt.

Dazu erarbeitet das DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!“ gerade eine neue Broschüre, die sich besonders an Betriebs- und Personalräte in Schichtbetrieben und -dienststellen richtet. „Familienbewusste Schichtarbeit gestalten. Grundlagen – Gestaltungskriterien – Praxis für Interessenvertretungen“ soll Betriebs- und Personalräte dabei unterstützen, möglichst umfassend die verschiedenen Aspekte von Schicht- und Dienstplangestaltung zu berücksichtigen.

Neben einem Überblick über das Spektrum familienfreundlicher Maßnahmen in Schichtbetrieben bietet sie auch Praxisbeispiele, wie eine vereinbarungsgerechte Dienststelle aussehen kann. Insbesondere wird auf die spezielle Arbeits- und Lebenssituation von Schichtbeschäftigten eingegangen. Denn Schichtarbeit stellt große Anforderungen an eine sozialverträgliche Gestaltung der Arbeitszeiten, insbesondere bei Nacharbeit und Wochenendarbeit.

Seit Jahrzehnten existiert eine breite wissenschaftliche Forschung zu den sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen von Schichtarbeit und ebenso lange versuchen Gewerkschaften, Interessenvertretungen und betriebliche Experten gute Lösungen für die Praxis zu finden.

Die Broschüre verknüpft bestehende Empfehlungen für die Schichtplanung und betriebliche Umsetzungsstrategien und zeigt anhand von Beispielen guter Praxis,

plangestaltung mit Teilnehmer/innen aus Produktionsbetrieben, aus dem Dienstleistungssektor und aus anderen Behörden. Alle Beteiligten lobten die Möglichkeit, über den Tellerrand hinweg zu gucken, um neue Ideen und Impulse zu finden und ggf. auf die eigene Dienststelle zu übertragen. Auch die Polizei-Dienststellen brachten viele gute Beispiele familienbewusster Maßnahmen, u. a. eine 24-Stunden-Kindernotfallbetreuung bei Einsätzen, ein gleitender Beginn der Frühschicht bis 8 Uhr, Kontaktprogramme für Elternzeitler/innen und vielfältigste Teilzeitmöglichkeiten.

Im Erfahrungsaustausch kristallisierte sich heraus, dass Interessenvertretungen aus öffentlichem Dienst und Privatwirt-



**Auf der Suche nach passgenauen Lösungen für Dienst und Familie: Polizistinnen und Polizisten auf dem DGB-Pilotseminar „Familienbewusste Schichtarbeit“ am 13. September in Hannover.**  
Foto: DGB

wie Schichtarbeit familienbewusster gestaltet werden kann. Berücksichtigt werden dabei Kriterien der Gesundheit, des Sozialen, des Arbeitsschutzes, der ergonomischen und alter(n)sgerechten Arbeitsgestaltung sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Am 13. September 2011 fand das erste Pilotseminar „Familienbewusste Schichtarbeit“ in Hannover statt. Vorgestellt wurden u. a. Erkenntnisse zur Schichtplangestaltung, neue Praxisansätze, wie Teilzeitmöglichkeiten in Schicht und individuelle Zeitoptionen (z. B. spezielle Auszeiten, Gleitzeiten zu Schichtbeginn und -ende). Aber auch Handlungsstrategien zur Umgestaltung bzw. zur Erweiterung der Schichtmodelle wurden behandelt.

Das Interesse an diesem Seminarthema war sehr groß – über alle Branchen – hinweg und so war das Seminar im Nu ausgebucht. Auch 12 Polizistinnen und Polizisten (siehe Foto) diskutierten aktiv Chancen und Grenzen familiengerechter Schicht-

schaft trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen viel voneinander lernen können. Klar wurde, dass – über alle Branchen hinweg – Verlässlichkeit ein entscheidendes Kriterium familienbewusster Schichtplanung ist. Diese ist wiederum nur zu gewährleisten, wenn eine entsprechende Personaldecke gegeben ist.

Das DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!“ hat sich zum Ziel gesetzt, für das Thema Familienbewusste Arbeitszeiten zu sensibilisieren; zurzeit mit dem Schwerpunkt auf familienbewusster Schichtarbeit. Betriebs- und Personalräte sollen durch entsprechende Informations-, Bildungs- und Beratungsangebote in ihrer professionellen Rolle gestärkt werden (Download der Broschüre ab Mitte Oktober und weitere Informationen unter [www.familie.dgb.de](http://www.familie.dgb.de), oder Bestellung unter: [www.dgb-bestellservice.de](http://www.dgb-bestellservice.de)).

**Dr. Christina Stockfisch,  
Frank Meissner**



Liebe Leserinnen und Leser,

ein wesentlicher Aspekt unseres Lebens ist die physische und psychische Gesundheit.

**Welche äußeren Faktoren können ein Suchtverhalten begünstigen?**

Das Leben in seiner ganzen Breite bietet Anlässe zur Ausbildung süchtigen (abhängigen) Verhaltens. Erfreuliche Arbeit oder unerfreuliche oder keine Arbeit, harmonische oder disharmonische oder keine Partnerschaft, Freundeskreis oder nicht. Zumindest spricht aber die klinische Erfahrung dafür, dass bspw. die Trunksucht auch bei „geordneten Verhältnissen“ in Entmütigung, in Demoralisierung eine fruchtbare Grundlage findet.

**Woran erkennt man ein Suchtverhalten als Außenstehender?**

Zunächst einmal müssen Sie überhaupt Gelegenheit haben, den „Betroffenen“ in seinem aktiven Suchtverhalten zu beobachten. Ein wesentliches Charakteristikum der Sucht ist die Verschiebung der Maßstäbe. Es wird eben zunehmend weniger Maß gehalten. Das Suchtmittel bekommt überwertige Bedeutung in der Lebensführung. Mögliche Folgen der Sucht fallen u. U. zuerst auf: Leistungseinbußen, verringerte Zuverlässigkeit, Gemütsveränderungen. Bei entsprechenden Beobachtungen sollte vor mög-

lichen Schlüssen allgemein der Grundsatz „Alles kann auch ganz anders sein“ beherzigt werden.

**Welche Möglichkeiten bestehen für einen Betroffenen, der das Suchtverhalten bei sich erkannt hat?**

Er/sie kann sich an den Hausarzt wenden. Hinzu kommt eine Vielzahl von Suchtberatungsstellen in freier oder öffentlicher Trägerschaft. Polizeibeamte finden im zuständigen Polizeiarzt einen fachkundigen Ansprechpartner. Alle deutschen Polizeien haben aus dem Kreis der Beamten rekrutierte nebenamtliche Suchtkrankenhelfer. Die Bundespolizei hat darüber hinaus freigestellte Sucht- und Sozialberater, die aus der Beamtenschaft kommen.

- Anzeige -

### Burnout oder Trauma?

**Die Symptome werden von den Betroffenen oft verwechselt. Die HELIOS Privatklinik Bad Grönenbach hilft Ihnen dabei, zwischen Burnout und einer posttraumatischen Belastungsstörung zu unterscheiden.**

Als Polizeibeamte sind Sie in Ihrem beruflichen Alltag immer wieder Situationen ausgesetzt, die posttraumatische Reaktionen auslösen können. Häufig werden diese fälschlicherweise unter dem Begriff Burnout zusammengefasst. Die Behandlung dieser Krankheitsbilder unterscheidet sich jedoch grundsätzlich.

Unsere Privatklinik bietet Ihnen hier im Rahmen ambulanter Vorgespräche – persönlich oder auch per Telefon – die Möglichkeit, Klarheit zu schaffen und unterstützt Sie bei der Entscheidung für die nächsten Schritte einer Behandlung – ganz nach Ihren Bedürfnissen stationär oder ambulant.

Mehr Informationen zu unseren Angeboten und Behandlungsergebnissen erhalten Sie unter der Telefonnummer 0 83 34 / 25 99 29-550, unter [www.helios-privatkliniken.de/bad-groenenbach](http://www.helios-privatkliniken.de/bad-groenenbach) oder [bad-groenenbach@helios-privatkliniken.de](mailto:bad-groenenbach@helios-privatkliniken.de)

BURNOUT. DEPRESSIONEN. ANGST.

### Benötigen Sie Hilfe? Gemeinsam finden wir den Weg.

In einem kostenfreien Vorgespräch klären unsere Chef- oder Oberärzte die Notwendigkeit einer stationären Aufnahme. Gerne kümmern wir uns um alles Weitere, z.B. um die Kostenübernahme durch Ihre Private Krankenversicherung.

HELIOS Privatklinik Bad Grönenbach  
Dr. med. Volker Reinken · Sebastian-Kneipp-Allee 7 · 87730 Bad Grönenbach  
Telefon: +49 (8334) 259 929-550 · [bad-groenenbach@helios-privatkliniken.de](mailto:bad-groenenbach@helios-privatkliniken.de)

  
**HELIOS**  
Privatkliniken GmbH



[www.helios-privatkliniken.de](http://www.helios-privatkliniken.de)



### Gesundes Sitzen (auch) in Leitstellen

Dauersitzen hat für unseren Rücken alarmierende Folgen. So leidet in Deutschland ein Drittel der Bevölkerung zwischen 35 und 50 Jahren an chronischen Rückenbeschwerden. Die genauen Ursachen für Rückenbeschwerden sind vielfältig und nur selten eindeutig bestimmbar. Eines aber steht fest: Richtiges dynamisches Sitzen auf einem dafür geeigneten Stuhl schonen und schützen unseren Rücken.

### Starres Sitzen schadet dem Rücken

Beim Sitzen kippt unser Becken nach hinten – die Wirbelsäule verformt sich. Subjektiv wird diese Haltung als angenehm empfunden, da die rücken- und Bauchmuskulatur entlastet wird. Die keilartige Belastung der Bandscheiben nimmt man dabei nicht wahr. Als unmittelbare Folgen dieses passiven, statischen Sitzens können Verspannungen, Blutstau, Konzentrationsmängel und Kopfschmerzen auftreten.

### Richtiges Sitzen

...hilft Rückenerkrankungen zu verhindern. Im Sitzen fällt es uns leichter, E-Mails zu schreiben, zu telefonieren und Berichte zu lesen. Stehend fehlt uns dafür die Konzentration. Gleichzeitig ist langes Sitzen abträglich für unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden. Was tun? Mehr bewegen. Arbeitsmediziner empfehlen: 60% zu sitzen, 30% zu stehen und 10% der Arbeitszeit bewusst zu gehen.

**365 TAGE**  
**3 SCHICHTEN**  
**1 STUHL**

24h-Drehstühle –  
für Leitstellen & Leitwarten



**StolComfort**®

Telefon 05261 / 288 97 0  
Fax 05261 / 288 97 29  
E-Mail info@stolcomfort.com  
Internet www.stolcomfort.com

Gratis anfordern:  
Broschüre „Gesundes Sitzen“

ME SSE



18. – 21. Oktober 2011 Düsseldorf

Halle 7a  
Stand G 29

**14**  
TAGE GRATIS  
TESTEN



### Behandlungsschwerpunkte:

- Kriseninterventionen
- Interdisziplinäre Schmerzbehandlung
- Burn-out-Folgeerkrankungen
- Mobbing-Folgeerkrankungen
- Problemkreis Schmerz-Angst-Depression
- Trauerbewältigung
- Tinnitusbewältigung
- Traumatherapie
- Essstörungen
- Persönlichkeitsstörungen

### Was unterscheidet uns von Anderen:

- Hohe Behandlungsdichte
- Erfahrenes Team
- Patient-Therapeuten-Schlüssel 4:1
- Kurze Wartezeiten



### Akutklinik Bad Saulgau

Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin & Psychotherapie

Am schönen Moos 9 | D 88348 Bad Saulgau

Fon: +49 7581 2006-0 | Fax: +49 7581 2006-400

info@akutklinik-bad-saulgau.de | www.akutklinik-bad-saulgau.de



## Burnout: Prävention und Behandlung

Rolf Keller, Leitender Psychologe, AHG Klinik Berus

Die meisten Menschen mit einem Burnout-Syndrom berichten davon, dass sich diese psychosomatische Erkrankung schleichend entwickelt und ohne Gegenmaßnahmen auf immer mehr Lebensbereiche ausweitet, bis schließlich „nichts mehr geht“. Dabei dreht sich die Schraube aus wachsendem Druck und verstärkten Anstrengungen zur Bewältigung immer schneller, bis das „Ausbrennen“ beginnt.

Typische Warnsignale sind z. B. zunehmende Nervosität, Unruhe, Überforderungsgefühle, Lustlosigkeit, Gereiztheit, Schlafstörungen, Müdigkeit. Im weiteren Verlauf kommt es ohne professionelle Hilfe oft bis zur völligen Erschöpfung, dem „Ausgebrannt-Sein“, mit Überdruß, Rückzug, Passivität, Stimmungsschwankungen, diversen Körperbeschwerden und z.T. Suizidalität.

Die Warnsignale sollten frühzeitig beachtet werden. Akuter Stress kann am besten durch wechselnd aktive (z.B. Sport, positive Aktivitäten) und passive Entspannung (wie Ruhen, Musikhören, Sauna) abgebaut werden. Zum langfristigen Vorbeugen sollten einerseits die persönlichen Ressourcen wieder aufgebaut, andererseits die Belastungen abgebaut werden. Dazu können mit professioneller Hilfe, wie von der AHG Klinik Berus in jahrelanger bewährter Kooperation mit der Polizei praktiziert, effektive Selbsthilfe-Strategien erlernt werden.

### Warum gerade Polizeiberufe von dem Burnout-Syndrom betroffen sind

Burnout tritt mit steigender Tendenz in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes auf. In den letzten Jahren sind davon besonders die Polizeiberufe betroffen. Polizisten sind eine stark gefährdete Berufsgruppe, da sich diese um andere kümmern und dabei ihre eigenen Impulse und Wünsche zurückstellen. Dazu kommt, dass die ständige Konfrontation mit Gewalt den Stress verstärkt. Auffällige Symptome sind: Nervenzusammenbrüche, Depressionen, Schlafstörungen, organische Erkrankungen und psychosomatische Krankheitszustände. Das Resultat: Burnout. Burnout ist jedoch kein vorübergehendes Stimmungstief, sondern eine ernst zu nehmende Erkrankung, die ärztlich behandelt werden sollte. Die NaturaMed Fachklinik in Bad Waldsee bietet hierzu eine erste Anlaufstelle in belastenden Stress-Situationen an. Sie gilt seit Jahren als Vorreiter in der ganzheitlichen Gesundheitsvorsorge und Prävention und setzt auf eine frühzeitige Hilfe bei potenziellen Burnout-Kandidaten. Am Anfang der gezielten Behandlung steht ein umfangreicher Ursachendiagnosetage. Dieser erfasst mit medizinisch anerkannten Untersuchungsmethoden Entzündungsherde, Stoffwechselstörungen, Energiehaushalt, Störfelder, versteckte Organkrankheiten, Zivilisationskrankheiten, Risikofaktoren und psychologische Faktoren. In schwierigen Fällen kann innerhalb von wenigen Wochen eine Stabilisierung erreicht werden.



**NaturaMed**  
Fachklinik

- **BurnOut**
- Lebenskrise
- Depression
- Ängste
- chronische Schmerzen
- Essstörung

**Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose**

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig | 0 75 24. 990 - 222 | 88339 Bad Waldsee | [naturamed.de](http://naturamed.de)





**LUZIN - KLINIK**  
FACHKLINIK FÜR SUCHTKRANKHEITEN  
ZERTIFIZIERT DIN EN ISO 9001: 2008  
INTERNET: [WWW.LUZIN-KLINIK.DE](http://WWW.LUZIN-KLINIK.DE)  
EVANG. SUCHTKRANKENHILFE MV gGMBH

**LUZIN-KLINIK**  
spezielles Programm  
für Bedienstete im Öff. Dienst, u.a. Polizisten

Therapieansatz:  
Integratives Konzept

Schwerpunkt:  
Individualpsychologie

weitere:  
Gestalt- und Verhaltenstherapie

Besonderheit:  
Posttraumatische Belastungsstörung



Die AHG Klinik Berus ist Ihr Spezialist für

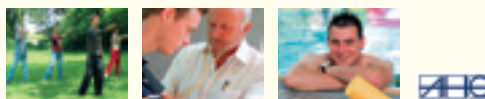
- ▲ Chronischer Tinnitus
- ▲ Burnout
- ▲ Posttraumatische Belastungsstörungen
- ▲ Mobbing und Arbeitsplatzkonflikte

Kostenträger:  
Die AHG Klinik Berus wird von Privaten Krankenversicherungen als sogenannte „gemischte Krankenanstalt“ anerkannt und belegt. Sie ist beihilfefähig gemäß § 7 der Beihilfeverordnung (BhVO).  
Wir sind gerne bereit, Sie bezüglich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen umfassend zu beraten. Bitte wenden Sie sich hierzu an unser Chefarzt-Sekretariat, Frau Steffens, unter Telefon (06836) 39-186.

## AHG KLINIK BERUS

Europäisches Zentrum für Psychosomatik und Verhaltensmedizin

Wir arbeiten nach einem wissenschaftlich begründeten verhaltenstherapeutischen Konzept. Betreut werden Sie von einem qualifizierten Behandlungsteam, bestehend aus Fachärzten und Dipl.-Psychologen, Sport- und Bewegungstherapeuten sowie Ergo- und Physiotherapeuten.



**AHG Klinik Berus**  
Orannastraße 55  
D-66802 Überherrn-Berus  
Tel.: (06836) 39-0  
Fax: (06836) 39-178  
E-Mail: [linikberus@ahg.de](mailto:linikberus@ahg.de)  
Internet: [www.ahg.de/berus](http://www.ahg.de/berus)

Im Januar 2012 wird die Zeitschrift Deutsche Polizei 60 Jahre. Aus diesem Anlass erscheint ein Special.

Anzeigenkontakt  
VDP-GmbH, Herr Reinhard Kaufmann, Telefon 0211-71 04 250



**Liebe Seniorinnen, liebe Senioren,**  
wenn es um die Frage des Versorgungsanspruches im Alter geht, kommt die Politik gern auf den Gedanken, weil der Staat ja sparen muss, es bei denen zu „holen“, die dem Staat dienen bzw. gedient haben. Es ist müßig, an dieser Stelle zu wiederholen, welchen Beitrag der öffentliche Dienst zur Sicherung oder auch Sanierung der Staatsfinanzen geleistet hat. Im Kern ist es hinreichend bekannt. Vor diesem Hintergrund lehnen wir schlicht und ergreifend ab, bis auf den Selbstbehalt herunter alimentiert zu werden.

Weitere Kürzungen und Einschränkungen in der Versorgung verbieten sich auch im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Steuereinnahmen stehen u.a. in direktem Zusammenhang zum Konsumverhalten. Dazu ist es erforderlich, die Versorgungsbezüge so zu gestalten, dass Konsum möglich ist und die Binnennachfrage erhöht wird. Die Ausgaben für Löhne und Gehälter werden in einem gewissen Umfang z. B. über die Mehrwertsteuer refinanziert.

Weitere Einnahmemöglichkeiten werden im Bereich der Finanzverwaltung gesehen. Stichwort Wirtschaftskriminalität.

Hier hat die Politik eine große Verantwortung. Von den Gesamtschäden, die durch Kriminelle angerichtet werden, macht die Wirtschaftskriminalität davon immerhin 55 Prozent aus. Und das sei nur die Dunkelziffer, sagte BKA-Präsident Ziercke. Die Zahlen geben nach Ansicht des BKA allerdings das „tatsächliche Ausmaß der Wirtschaftskriminalität nur eingeschränkt“ wider. So werden beispielsweise Fälle, die von Finanzbehörden und Staatsanwaltschaften ohne Beteiligung der Polizei bearbeitet werden, in dieser Statistik nicht registriert.

Wirtschaftsverbrecher dürfen nicht geschützt werden. Sie destabilisieren den Staat, ja, spekulieren um die Staatspleite. Da gibt es viel zu tun. Zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität muss mehr Personal eingestellt werden. Das ist der richtige Weg zu mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Nicht reden, handeln ist gefordert. Dazu braucht die Politik Mut, den müssen wir ihr machen.

**Anton Wiemers,**  
**Bundesseniorenvorsitzender**



## Pensionierung, was dann? Vielleicht Gesundheit als Hobby?

**Ruheständler werden oft zu Feiern eingeladen. Sie laden auch selbst gerne ein, weil sie nun auch die Zeit dafür haben. Die ehemaligen Arbeitgeber, ihre Vereine, die Verwandtschaft oder Freunde, Städte oder Gemeinden bieten Veranstaltungen für ältere Menschen. Es werden Reisen oder Ausflüge gemacht. Stammtischtreffen werden gepflegt. Manchmal sind mehrere solcher Veranstaltungen dicht hintereinander und verursachen vielleicht sogar Terminnöte.**

Gemeinsam ist all diesen Veranstaltungen, dass es immer „gutes Essen und Trinken“ gibt. Da mutet mancher seinem Körper einiges zu, und das in einem Lebensalter, in dem der Stoffwechsel leider langsamer verläuft als in jüngeren Jahren. Die Folgen sind bekannt, das Körpergewicht nimmt zu, Befindlichkeitsstörungen, aus denen Erkrankungen werden, stellen sich ein. Manchmal ist ein zu früher Tod die Folge.

Solche Aussichten haben mir in Verbindung mit dem auf mich zukommenden „Ruhestand“ gar nicht gefallen und ich wollte sie so auch nicht für mich.

Während meiner mehr als 42-jährigen Dienstzeit als Polizei- und Kriminalbeamter wurde mir sowohl in der Aus- wie auch in der Fortbildung immer wieder vermittelt, dass die vornehmste Aufgabe der Polizei die Prävention sei, und zwar in allen Bereichen des polizeilichen Auftrages. Als Pensionär habe ich diesen Grundsatz der Prävention auf meine Gesundheit übertragen, denn jetzt habe ich die Zeit dazu. Wenn nicht jetzt, wann dann? Meine Gesundheit wurde mein Hobby.

Mit Ablauf des Monats November 2008 ging ich als 60-jähriger Kriminalbeamter in Pension. In den letzten Jahren im Dienst hatte ich mich – bedingt durch die einige Jahre andauernde Krebserkrankung und schließlich den Tod meines jüngeren Bruders – mehr für meine Gesundheit zu interessieren begonnen. Meine damalige Feststellung war, dass ich für meine gesundheitlichen Belange nicht die nötige Zeit hatte, solange ich noch im Dienst war. Ich nahm mir damals also vor, meiner Gesundheit mehr Zeit zu widmen, wenn ich den sogenannten Ruhestand angetreten hatte. Inzwischen sind 2 ½ Jahre vergangen und das Kümern um

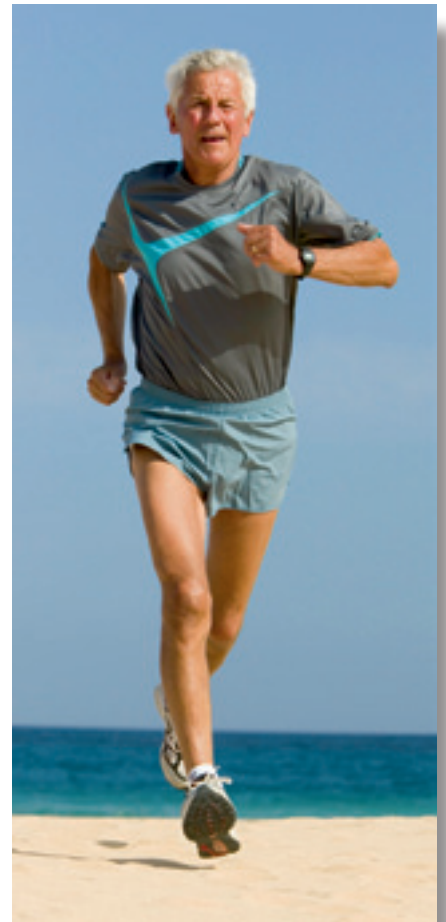


Foto: Alessandro Ventura/dpa

meine Gesundheit gehört zur täglichen Routine und ist ein fester Bestandteil meines Lebens geworden, und zwar mit dem Ergebnis, dass ich mich in jeglicher Beziehung bester Gesundheit erfreue. Inzwischen glaube ich sagen zu können, dass sich mein Gesundheitszustand immer noch verbessert, und zwar trotz zunehmenden Lebensalters.





Foto: dpa

Nachdem ich mich auch in den letzten Dienstjahren vor dem Hintergrund der Erkrankung meines Bruders kreuz und quer durch die einschlägige Gesundheitsliteratur gelesen hatte und viele sich oft widersprechende Meinungen von Ärzten, Anhängern der Naturheilkunde, der traditionellen chinesischen Medizin und sonstigen Autoren kennengelernt hatte, entschloss ich mich zu meinem eigenen Weg, um Erfahrungen zu sammeln. Ich wollte nach meinem gesunden Menschenverstand vorgehen und unterstellte zunächst einmal, dass ich über einen solchen verfüge. Ich nahm mir vor, dass die ersten beiden Stunden jeden Tag nach dem Aufstehen nur meiner Gesundheit gewidmet sein sollten.

Klar war mir, dass mein Körper nur dann gut funktionieren würde, wenn er meine Nahrung gut verstoffwechseln kann. Dazu gehört Bewegung, und zwar jeden Tag. Also begann ich regelmäßig zu joggen, zunächst jeden dritten Tag, nach einigen Wochen jeden zweiten, ab April 2009 – etwa ein halbes Jahr nach meiner Pensionierung – jeden Tag. Ab Mitte 2009 joggte ich täglich Tag 3.000 m, und zwar morgens gegen 7 Uhr. Schon bald bemerkte ich, wie ich mich daran gewöhnte und eine regelrechte Laufflust nach dem Aufwachen verspürte, die mir auch beim Aufstehen half. Inzwischen laufe ich fast jeden Tag ca. 5.000 m.

Aus Solidarität mit meinem krebskranken Bruder hatte ich ungefähr ab Ende 2005 zusammen mit ihm begonnen, den Rohkostanteil in meiner Ernährung zu erhöhen. Das gelang mir im aktiven Dienst aber nicht so gut, denn durch die Arbeitsbedingungen war es manchmal nicht möglich Rohkost zu essen, und ich aß „normales Essen“. Bemerkte ich allerdings schon während der ersten Monate mit mehr Rohkostanteilen, dass sich einige unangenehme körperliche Befind-

lichkeiten nicht mehr einstellten, z. B. bekam ich keine Lidrandentzündungen an den Augen mehr, vorher hatte ich eine solche Entzündung mal am rechten, mal am linken Auge. Auch Ohrenentzündungen traten nicht mehr auf, vorher hatte ich immer mal wieder eine Mittelohrentzündung. Ich beschloss, nach

und nach immer mehr Rohkost in meine Ernährung zu integrieren. Das habe ich praktiziert. Ich stieg ich immer mehr auf diese Ernährungsform um. Mit dem Ergebnis, dass sich seither keine Krankheit, keine Erkältung, keine Grippe, keine Triefnase mehr eingestellt hat, obwohl ich immer wieder Kontakt mit vergrippten und erkälteten Menschen in meiner unmittelbaren Umgebung hatte und habe.

Auch alle Gelenkprobleme, mit denen ich früher zu kämpfen hatte, haben sich nach und nach verabschiedet. Medikamente benötige ich nicht.

Durch die Führung eines Ernährungstagebuches konnte ich eine ganze Reihe interessanter Abhängigkeiten zwischen meiner Ernährung und den körperlichen



Foto: Frank Rumpfenhorst/dpa

Befindlichkeiten erkennen. Dies führte dazu, dass ich schließlich ganz von der sogenannten Normalkost abließ und mich immer mehr roh ernährte, wobei heute der Anteil von frischen, grünen Pflanzen ein relativ hoher ist.

Salz und Zucker, Fleisch und Fisch, Milchprodukte sowie Alkohol in jeglicher Form spielen in meiner Ernährung keine Rolle mehr. Das bedeutet, dass Weihnachtsgebäck, Osterleckereien, Süßigkeiten wie Schokolade, Pralinen und Eis, sowie generell jedes gekochte Es-

sen keine Chance mehr haben, meinen Gaumen zu passieren. Ich gebe aber zu, dass es zu bestimmten Anlässen auch mal eine Ausnahme gibt, aber die liegt anteilmäßig noch unter einem Prozent meiner Ernährung.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen sind mir folgende Aspekte für meine Gesundheit sehr wichtig geworden:

1. Das nötige Maß an täglicher Bewegung für einen funktionierenden Stoffwechsel.
2. Die Auswahl der bestmöglichen Ernährung, für mich reine, rohe Naturkost.
3. Ausreichend Schlaf (ca. 7 - 8 Stunden)
4. Täglich mindestens 2 Stunden Zeit unter freiem Himmel an der frischen Luft
5. Genügend Zeit für die Dinge, die ich gerne tue
6. Wenig Stress und kein Termindruck
7. Positives Denken und Dankbarkeit dem Leben gegenüber

Meine stabile Gesundheit ist mir inzwischen zur soliden Plattform für ein Pensionärsdasein geworden, das mir reichlich Glück, Lebensfreude und Wohlfühl gibt, was ich zusammen mit meiner Frau – mit der ich jetzt 40 Jahre verheiratet bin – sehr genieße.

Der Polizei bin ich verbunden geblieben. Dort leite ich einmal wöchentlich einen Kurs für Rückentraining. Auch in einem Verein an meinem Wohnort bin ich als Rückentrainer tätig. An einem Abend

in der Woche gebe ich Gitarrenunterricht.

So kann es die nächsten 60 Jahre weitergehen. Mein Leben empfinde ich als wunderschön und ich werde alles unterlassen, was sich negativ auf meine Gesundheit auswirken könnte. Ich bin sehr gespannt, welche Erkenntnisse sich mir noch eröffnen.

An diesem Thema Interessierte können sich gerne mit mir in Verbindung setzen, Tel. 06047-5858.

**Ernst Frommann**



## Nachhaltige Finanzierung der Beamtenversorgung

Es liegt mehr als 20 Jahre zurück, dass erste mahnende Stimmen auf die ansteigenden Versorgungsausgaben des öffentlichen Dienstes hinwiesen und eine nachhaltige Finanzierung der Beamten-



versorgung einforderten. Seitdem hat es eine Vielzahl von Reformgesetzen gegeben, durch die Versorgungsleistungen gekürzt und z.T. auch die aktiven Beamten zur Finanzierung der ansteigenden Ausgaben für Pensionen herangezogen wurden. Aber ob nun eine langfristig verlässliche, tragfähige und generationengerechte Lösung für dieses Alterssicherungssystem gefunden ist, bleibt umstritten.

Die Autor/inn/en berechnen in diesem Band die künftigen Zahlungsverpflichtungen im Lichte der zunehmenden Lebenserwartung und analysieren auf der Basis von Modelllebensläufen die Auswirkungen der jüngeren Einschnitte in das Versorgungsniveau. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Finanzlasten höher sind als in den offiziellen Versorgungsberichten angegeben, dass Nachhaltigkeit nicht erreicht ist und dass angesichts des demographischen Wandels nach wie vor Reformbedarf besteht. Sie unterbreiten eigene Reformvorschläge, die auf Kostentransparenz und eine verlässliche Finanzierung sowie eine Umgestaltung der Leistungsseite zielen.

**Nachhaltige Finanzierung der Beamtenversorgung, Ökonomische Perspektiven und rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten, Reihe: Modernisierung des öffentlichen Sektors, Sonderband 37, Gisela Färber, Melanie Funke, Steffen Walther, edition sigma, 2011, 256 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 978-3-8360-7287-8**

## Empirische Polizeiforschung XIII: Polizei: Job, Beruf oder Profession?

Die Polizei als Organisation und Verkörperung des staatlichen Gewaltmonopols und Polizeibeamte als handelnde Personen nehmen für sich das Merkmal „Professionalität“ in Anspruch. Diese Alltagssprachliche Verwendung des Begriffs „professionell“ benutzen aber auch Bürger im Hinblick auf die Polizei (selbstverständlich insbesondere bei einem positiven Kontakt mit für den Bürger erwünschten Ergebnissen, weniger bei negativen Kontakten im Rahmen der Verkehrsüberwachung) und Massenmedien, wenn sie über (gelungene) Polizeiaktionen berichten. Auch fiktional spielen „Profis“ in Kriminalfilmen eine wichtige Rolle.



**Empirische Polizeiforschung XIII: Polizei: Job, Beruf oder Profession?,**

**Hermann Groß, Peter Schmidt, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2011, 203 Seiten, 19,80 Euro, ISBN 978-3-86676-166-7**

## Sicherer Hafen oder gefährvolle Zone?

Inwieweit sind in einer Gesellschaft, deren Altersstruktur starken Wandlungen unterworfen ist, Seniorinnen und Senioren von Straftaten betroffen? Ein interdisziplinäres Forschungsteam hat Kriminalitäts- und Gewalterfahrungen im Leben älterer Menschen empirisch untersucht.



Neben der Gefährdung durch Straftaten spielt der Aspekt der subjektiven Sicherheit eine große Rolle. Die durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Studie analysiert insbesondere auch die Situation derjenigen, die im häuslichen Umfeld gepflegt werden und deren Erfahrungen in Kriminalstatistiken wie in großen standardisierten Bevölkerungsbefragungen kaum Niederschlag finden.

Es entsteht ein differenziertes Bild von Sicherheits- und Unsicherheitszonen im höheren Lebensalter.

**Sicherer Hafen oder gefährvolle Zone? Thomas Görgen, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2010, 649 Seiten, 69 Euro, ISBN 978-3-86676-114-8**



**Deutsche  
Polizei**

Nr. 10 • 60. Jahrgang 2011 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222  
**Homepage des Bundesvorstands der GdP:** www.gdp.de  
**Redaktion Bundesteil:** Rüdiger Holecek (verantwortlicher Redakteur)  
**Gewerkschaft der Polizei,** Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin,  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 117, Fax (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-redaktion@gdp-online.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:** Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

### Titel

Gestaltung: Rembergt Stolzenfeld



**Verlag:**  
**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** ay@vdpolizei.de  
**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
175.199 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887



# Praktische Produkte mit individueller Identifizierung

**EUROSTYLE**  
Leather & more. Since 1899.

iPhone/iPad und Smartphone Etui's bieten Rundumschutz gegen Kratzer und tägliche Gebrauchsspuren. **Personifiziert mit individueller Einzelnamenprägung**



## iPad Etui

einfacher Zugriff auf alle Ports und Tasten. Stoßdämpfer und Schutz vor Schäden, Staub und Kratzer. Mit Magnetverschluss und Aufsteller.

Material: Felina  
Farbe: schwarz  
Maße: ca. 24,5 x 20 cm

**25-3010 14,95 €**



## DIN A4 Schreibmappe mit iPad-Fach

Reißverschlussstasche für iPad-Fach außen. Falten- und Reißverschlussfach, Steck- und Kartenfächer, Stiftköcher.

Material: Rindnappa-Leder  
Farbe: schwarz  
Maße: ca. 35 x 27 x 5,5 cm

**25-3410 49,95 €**

## iPhone/Smartphone Etui

mit Zugband zum einfachen Entnehmen. Weicher gepolsterter Kern für besonderen Schutz.

Material: Rindnappa-Leder  
Farbe: schwarz  
Maße: ca. 13 x 7,5 cm

**25-3110 11,95 €**



## iPhone/Smartphone Etui

mit Steckfach für Visitenkarten o. ä. Weicher gepolsterter Kern für besonderen Schutz.

Material: Rindnappa-Leder  
Farbe: schwarz  
Maße: ca. 12 x 6,5 cm

**25-3210 11,95 €**



**Einzelnamensprägung** (Einzeilig)  
(Bestellungen bitte nur schriftlich)

Textangabe für Zusatzprägung:  
(Bitte in Druckbuchstaben, da verbindliche Vorlage)  
(Umtausch geprägter Mappen ist leider nicht möglich)



Muster



Muster

**25-3310 2,50 €**

**Letzter Bestelltermin: 31.10.2011**



**Wichtig:** Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! **Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:**

**Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH**  
Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -165 • E-Mail: [osg.werbemittel@gdp-online.de](mailto:osg.werbemittel@gdp-online.de) • [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)



**Wir sind Aussteller auf  
der A+A in Düsseldorf  
Halle 5 • Stand B39**

[www.ledlenser.com](http://www.ledlenser.com)

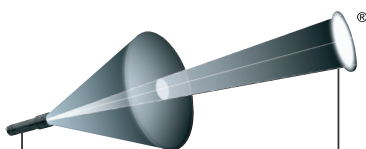


High Performance Line

M-Serie

M8

Art.-Nr. 8308



*Advanced Focus System*

LED	High End Power LED
Länge	183 mm
Gewicht	159 g
Lichtstrom	235 lm*
Batterie	2 x CR 123 A
Energietank	7,8 Wh***
Leuchtdauer	17 h**
Leuchtweite	230 m*

Technische Daten

## LED LENSER® M8

Der Partner für Spezialeinsätze

Mit zwei temperaturbeständigen DURACELL® CR123 Lithium-Batterien als Kraftquelle ausgestattet, ist die LED LENSER® M8 ein leistungsstarker Partner. Dank integrierter Smart Light Technology haben Sie die Wahl zwischen Konstantstromregulierung und laufzeitoptimiertem Energy Saving Mode. Drei einsatzspezifische Lichtprogramme mit bis zu 8 verschiedenen Lichtfunktionen bieten stets ideale Lichtverhältnisse. Die Reichweite der LED LENSER® M8 ist eine der besten ihrer Klasse und das Advanced Focus System begeistert selbst Experten. Zudem ist durch die Einhandfokussierung mit Arretierfunktion eine schnelle und präzise Lichtkegelregulierung gewährleistet.

- 2 Energy Modes
  - Energy Saving
  - Constant Current
- 3 Light Programs
  - Professional
  - Easy
  - Defence
- 8 Light Functions

\* Lichtstrom (Lumen) bzw. maximale Leuchtweite (Meter) gemessen in der hellsten Einstellung beim Einschalten mit einem frischen Lithium - Batteriesatz. Es handelt sich um durchschnittliche Werte, welche im Einzelfall je nach Chip und Batterien um +/- 15 % abweichen können. \*\* Durchschnittliche Leuchtdauer der niedrigsten Stufe bis zu einem Lichtstrom von 1 Lumen. \*\*\* Rechnerischer Wert der Kapazität in Wattstunden (Wh) der im Auslieferungszustand des jeweiligen Artikels enthaltenen Batterien.

Einer der Weltmarktführer bei LED-Metalltaschenlampen.

# ZWEIBRÜDER® OPTOELECTRONICS

Zweibrüder Optoelectronics GmbH & Co. KG • Germany • 42699 Solingen • Kronenstr. 5-7 • Tel.+ 49 212/5948-0 • Fax+ 49 212/5948-200 • [www.zweibrueeder.com](http://www.zweibrueeder.com) • [info@zweibrueeder.com](mailto:info@zweibrueeder.com)